

7. Sitzung

am Dienstag, dem 10. Dezember 2019

Inhalt

Fragestunde

- 1. Klimaangepasste und insektenfreundliche Baumsorten**
Anfrage der Abgeordneten Saxe, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2019..... 314
- 2. Aktueller Stand bei der Umsetzung des „Aktionsplans 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftspflege der Stadtgemeinde Bremen“ in den Kindertagesstätten und Schulen**
Anfrage der Abgeordneten Saffe, Frau Dr. Eschen, Hupe, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. November 2019..... 316
- 3. „Präventive Hausbesuche“ als Beitrag für ein langes eigenständiges Leben von Seniorinnen und Senioren über 80 Jahre**
Anfrage der Abgeordneten Frau Pfeiffer, Güngör und Fraktion der SPD
vom 13. November 2019..... 316
- 4. Neuer Wohnraum im Viertel unerwünscht?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 15. November 2019..... 318
- 5. Schutz gegen Starkregenereignisse**
Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 15. November 2019.....319
- 6. Erfolg des „Mängelmelders“**
Anfrage der Abgeordneten Lübke, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 15. November 2019.....321
- 7. „Schiff weg“ statt „Klar Schiff?“**
Anfrage der Abgeordneten Frau Görgü-Philipp, Frau Dr. Eschen, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. November 2019.....322
- 8. Aufklärung über geschlechtliche Vielfalt durch das Rat & Tat Zentrum an Bremer Schulen?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Wargalla, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Tegeler, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE, Frau Grotheer, Güngör und Fraktion der SPD
vom 20. November 2019.....324
- 9. Was wurde aus der Sanierung des Ortsantes Strom?**
Anfrage der Abgeordneten Frau Awerwenser, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 21. November 2019.....327

10. Wie vernetzt und digital sind Bremens Bauämter?

Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. November 2019379

11. Schulwechsel von kindlichen Opfern aufgrund von Körperverletzungsdelikten an Huchtinger Grundschulen im Jahr 2018

Anfrage des Abgeordneten Beck (AfD) vom 26. November 2019379

Aktuelle Stunde

Über 1 000 Kinder ohne Kita-Platz – wann setzt der Senat den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung um?

Abgeordnete Bergmann (FDP)328
 Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)330
 Abgeordnete Ahrens (CDU)331
 Abgeordnete Krümpfer (SPD)333
 Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)335
 Senatorin Dr. Bogedan338
 Abgeordnete Bergmann (FDP)340
 Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE)342
 Abgeordnete Ahrens (CDU)342

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Dezember 2019 (Drucksache 20/100 S)343

Eingruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher in Bremer Schulen und Kitas in die Entgeltgruppe TVöD-SuE S 8b und eine entsprechende Aufwertung von Sozialassistentinnen und Sozialassistenten umsetzen

Antrag der Fraktion der FDP vom 3. Dezember 2019 (Drucksache 20/89 S)343
 Abgeordnete Bergmann (FDP)343
 Abgeordnete Krümpfer (SPD)345
 Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen)345

Abgeordnete Ahrens (CDU) 346
 Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE) 348
 Senatorin Dr. Bogedan 349
 Abgeordnete Bergmann (FDP) 350
 Abgeordneter Tebje (DIE LINKE) 351
 Abgeordnete Bergmann (FDP) 352
 Senatorin Dr. Bogedan 352
 Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP) 353
 Abstimmung 353

Die Chance auf Bundesmittel nicht verstreichen lassen – Finanzielle Mittel für die Anschaffung von Elektrobussen für die BSAG jetzt bereitstellen

Antrag der Fraktion der CDU vom 3. Dezember 2019 (Drucksache 20/91 S)353
 Abgeordneter Strohmann (CDU) 353
 Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) 354
 Abgeordneter Schäck (FDP) 356
 Abgeordneter Rupp (DIE LINKE) 357
 Abgeordneter Strohmann (CDU) 358
 Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) 359
 Abgeordnete Schiemann (SPD) 360
 Abgeordneter Schäck (FDP) 360
 Abgeordneter Rupp (DIE LINKE) 361
 Abgeordneter Magnitz (M.R.F.) 362
 Bürgermeisterin Dr. Schaefer 363
 Abgeordneter Strohmann (CDU) 364
 Bürgermeisterin Dr. Schaefer 365
 Abstimmung 365

Natürliche Geburten stärken – Den Weg frei machen für einen hebammengeleiteten Kreißsaal in der Stadtgemeinde Bremen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Dezember 2019 (Drucksache 20/97 S)366
 Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE) 366
 Abgeordnete Reimers-Bruns (SPD) 367
 Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen) 367
 Abgeordneter Bensch (CDU) 368
 Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP) 369
 Senatorin Bernhard 369

Abstimmung.....	370	Vorkaufsortsgesetz „Könecke – Coca-Cola, Hemelingen“	
Ausbau des Straßenbahnnetzes bis 2030 beschleunigen		Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2019	
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 5. Dezember 2019 (Drucksache 20/98 S)		(Drucksache 20/94 S)	377
Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	371	168. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2517 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Hemelinger Bahnhofstraße, Zum Sebaldsbrücker Bahnhof, Hastedter Heerstraße, Bahnstrecke Bremen – Bassum und Brauerstraße	
Abgeordnete Schieman (SPD)	372	Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019	
Abgeordneter Tebje (DIE LINKE)	373	(Drucksache 20/102 S)	378
Abgeordneter Schäck (FDP)	374	Anhang zum Plenarprotokoll	
Abgeordneter Strohmann (CDU).....	375	Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 10. Dezember 2019.....	379
Bürgermeisterin Dr. Schaefer	376	Konsensliste.....	381
Abstimmung.....	377		
Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über den Eigenbetrieb Musikschule Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen sowie zum Erlass des Ortsgesetzes über die Musikschule Bremen der Stadtgemeinde Bremen, über die Teilnahme am Unterricht und die Erhebung von Unterrichtsgebühren			
Mitteilung des Senats vom 26. November 2019 (Drucksache 20/87 S)	377		

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Schumann, Frau Strunge

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die siebte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 16, Tagesordnungspunkt 7, Tagesordnungspunkt 9 und die Tagesordnungspunkte 14 und 15 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 16 und 17.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 6, 10, 12 und 13. Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen elf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die zweite Anfrage wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Klimaangepasste und insektenfreundliche Baumarten**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Saxe, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Saxe!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Beabsichtigt der Senat, im Rahmen seiner Klimaanpassungsstrategie verstärkt Baumarten anzupflanzen, die sowohl den Anforderungen der Klimakrise als auch den Kriterien von Insektenfreundlichkeit entsprechen?

Zweitens: Ist eine Baumliste von empfehlenswerten Sorten sinnvoll, und soll so etwas wie in anderen Städten auch in Bremen erstellt werden?

Drittens: Ist der Senat der Auffassung, dass in Zeiten der Klimaanpassung in Bremen zusätzlich mehr geeignete Bäume gepflanzt werden müssen, und gibt es schon Planungen dafür?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat beabsichtigt, verstärkt Bäume zu pflanzen, die an die geänderten Standortbedingungen aufgrund der Klimaveränderung besser angepasst sind und setzt dies bereits um. Die Eigenschaften hitze-, trockenheits- und stadtklima-resistent haben bei der Artenauswahl höchste Priorität. Insektenfreundlichkeit ist im Abwägungsprozess der Baumartenauswahl ebenfalls ein wichtiges Kriterium. Aufgabe der städtischen Straßenraumbegrünung ist vor allem die Kühlung, Staubbindung, Beschattung und damit die Verbesserung des lokalen Klimas in der Stadt.

Zu Frage zwei: Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau hat im September 2019 eine Arbeitsgruppe gegründet, an der auch der Umweltbetrieb Bremen teilnimmt und in der die Ergebnisse verschiedener Fachverbände, Forschungsprojekte und Feldversuche zusammengetragen und mit eigenen bremischen Erfahrungen in Bezug auf „klimaresistente“ Straßenbäume abgeglichen werden. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist die Erarbeitung einer bremischen Baumliste für „Klimabäume“. Die Liste soll zukünftig in regelmäßigen Abständen anhand neuer Erkenntnisse fortgeschrieben werden.

Zu Frage drei: Der Senat ist der Auffassung, dass im Zuge der Klimaanpassung mehr geeignete Bäume gepflanzt werden sollen. Es ist geplant, die Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe Klimabäume in die Baumartenauswahl des Umweltbetriebs Bremen sowie bei anderen städtischen Baumpflanzmaßnahmen einfließen zu lassen, die Standortbedingungen für Straßenbäume kontinuierlich zu verbessern und die Pflanzung der Straßenbäume nach den Regeln der Technik durchzusetzen, um die Nachhaltigkeit von Straßenbaumpflanzungen auch unter dem Aspekt des Klimawandels zu sichern. Außerdem ist geplant, die Pflanzung zusätzlicher, geeigneter Straßenbäume im Zuge des Handlungskonzepts Stadtbäume bei geplanten Baumaßnahmen zu fordern und durchzusetzen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wohl wissend, dass wir uns ja erst vor der Haushaltsaufstellung befinden, würde ich trotzdem gern die Frage stellen: Halten Sie es aufgrund der Trockenschäden, die wir ja schon in den letzten beiden Jahren im Sommer beobachten konnten, für richtig, sich dafür einzusetzen, mehr Geld in diesem Bereich zu investieren, weil wir ansonsten in Bremen weniger Grün haben?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Es sind ja im Übrigen nicht nur die Trocken- und Hitzeschäden, sondern wir hatten auch Sturmschäden – gerade auch im letzten Jahr –, aber wir haben auch immer Schäden durch Streusalz. Insofern sind die bremischen Bäume ganz besonderem Stress ausgesetzt. Wir wollen sie ersetzen, aber ich teile Ihre Anfrage, dass es schon gut wäre, in Zeiten des Klimawandels auch noch einmal verstärkt nicht nur die kaputten Bäume nachzupflanzen, sondern auch neue anzupflanzen, und dementsprechend muss es auch finanziert werden.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, weil es auch die beste Klimaanpassungsstrategie ist! Sehr viele Bäume werden ja auch dadurch geschädigt, dass in der Stadt gebaut wird, der Baumschutz bei Baumaßnahmen ist ja wirklich ein großes Thema. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass es sinnvoll ist, die Zahl der Kontrollen für diese Baumaßnahmen tatsächlich zu erhöhen? Wir haben im Augenblick beim Umweltbetrieb Bremen nur eine Stelle dafür.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben uns ja damals darauf verständigt, dass wir den Baumschutz gerade dort, wo Baumaßnahmen stattfinden, noch weiter stärken wollen. Das hat dazu geführt, dass wir sogar beschlossen haben, wenn es bei einer Firma zu häufigen Verstößen kommt, dass wir sie sogar von Vergaben ausschließen wollen. Das bedeutet aber natürlich, dass es auch nur effizient ist, wenn genügend Kontrollen stattfinden, und dafür braucht man eigentlich mehr Personal als das, was im Moment vorhanden ist.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Gottschalk (SPD): Wird bei der Planung der Bäume, die man künftig anpflanzen will,

auch bereits jetzt systematisch geschaut, welche Stadtteile bisher im Vergleich zu anderen Stadtteilen unterversorgt sind und wo man für mehr Stadtteilgerechtigkeit sorgen musste?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Bei der Stadtteil- oder Naturgerechtigkeit ist es in der Tat so, dass wir Stadtteile haben, wo wir große Flächen mit viel Baumbestand und viele Straßenbäume haben, und wir haben eng besiedelte Innenstadtflächen, wo es nur wenige Bäume gibt. Natürlich ist es sinnvoll, gerade dort, wo es nur wenige Bäume gibt, auch in Zukunft mehr anzupflanzen. Ich merke immer mehr, wie schwierig es manchmal bei Straßenbäumen ist, weil darunter Leitungen oder Kanalisation verlaufen.

Nicht überall lässt sich also ein Baum pflanzen, aber wir identifizieren gerade noch einmal Flächen, wo man verstärkt Bäume anpflanzen kann, und das in allen Stadtgebieten, weil es mir auch wichtig ist, dass es nicht so läuft, wie es vielleicht des Öfteren in der Vergangenheit zumindest auch in der Baudeputation diskutiert wurde, dass es Bauvorhaben gab, und es kann dann immer sein, dass Bäume gefällt werden müssen. Diese müssen kompensiert werden, und wenn man nicht wusste, wo man es direkt vor Ort machen kann, sind sie entweder monetär abgegolten worden oder wurden erst einmal so liegen gelassen. Deswegen wollen wir Flächen identifizieren, damit es in Zukunft nicht mehr passiert, dass sie einfach abgezahlt werden, sondern auch wirklich reell wieder angepflanzt werden; vorzugsweise an Ort und Stelle, aber wenn nicht, dann möglichst im gleichen Stadtteil.

Natürlich schauen wir aber auch in den Stadtteilen mit wenig Grün, wo es dort Flächen gibt, auf denen wir Bäume nachpflanzen können. Da bin ich auch immer für Hinweise offen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Gottschalk [SPD]: Nein, ich bedanke mich bei Frau Senatorin Dr. Schaefer und werde ihr dann auch mit ein paar Hinweisen behilflich sein! – Danke!)

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage wurde inzwischen vom Fragesteller zurückgezogen.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema **„Präventive Hausbesuche als Beitrag für ein langes eigenständiges Leben von Seniorinnen und Senioren über 80 Jahren“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Pfeiffer, Güngör und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Inwieweit hat der Senat Kenntnis über das geplante Pilotprojekt „Präventive Hausbesuche“ des niedersächsischen Sozialministeriums, bei dem kommunale Helferinnen und Helfer sich die Wohnung und das Umfeld von Menschen über 80 Jahren anschauen, Hilfestellungen für den Tagesablauf und die Einbindung in Angebote im Quartier geben sowie einen eventuellen Umzug in eine Pflegeeinrichtung unterstützen?

Zweitens: Wie bewertet der Senat das geplante Angebot im Vergleich zum stadtbremischen Programm der „Aufsuchenden Altenarbeit“?

Drittens: Welche Aspekte des Pilotprojektes „Präventive Hausbesuche“ können aus der Sicht des Senats die „Aufsuchende Altenarbeit“, wie sie in Bremen angeboten wird, weiter verbessern?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Pfeiffer! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Niedersachsen will ab 2020 sogenannte präventive Hausbesuche in drei Kommunen erproben. Seniorinnen und Senioren ab 80 Jahren sollen das Angebot eines präventiven Hausbesuchs erhalten. Im Zentrum steht dabei die individuelle Information und Beratung in der häuslichen Umgebung mit Hinweisen auf lokale Angebote zu den Themen der selbstständigen Lebensführung und Gesunderhaltung.

Geplant ist ein Pilotprojekt in drei Kommunen unterschiedlicher Größe, welches ergänzend wissenschaftlich begleitet werden soll. Ab 2020 sind hierfür – vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags im Rahmen der Haushaltsverabschiedung – zunächst jeweils eine halbe Million Euro jährlich eingeplant. Erst nach Beschlussfassung werden die Modalitäten der Auswahl geeigneter Kommunen

und der wissenschaftlichen Begleitung konkretisiert.

Zu Frage zwei und drei: Sehr viele ältere Menschen möchten möglichst lange zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Die Aufsuchende Altenarbeit unterstützt das durch Besuche bei den alten Menschen und gemeinsame Unternehmungen mit ihnen. Damit wirken sie dem Risiko der Vereinsamung entgegen und verbessern die Lebensqualität insbesondere hochaltriger und in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen.

Hausbesuche im Rahmen der Aufsuchenden Altenarbeit wurden in Bremen deshalb schon vor elf Jahren modellhaft in den Stadtteilen Hemelingen und Obervieland erprobt und wissenschaftlich begleitet. Im Ergebnis ist schon vor Jahren entschieden worden, das Angebot auszuweiten. Inzwischen gibt es die Hausbesuchs- und Begleitdienste der Aufsuchenden Altenarbeit auch in der Neustadt, in Marßel, in der Vahr, in Gröpelingen, Tenever und Bremen-Mitte. Ein weiterer Ausbau wird vorbehaltlich zur Verfügung zu stellender Haushaltsmittel angestrebt, denkbar wäre dies für die WiN-Fördergebiete Huchting, Blockdiek und Oslebshausen.

„Präventive Hausbesuche“ waren in Bremen aber schon vor der Aufsuchenden Altenarbeit gelebte Praxis, die sich in verschiedenen Institutionen wiederfindet. So hat Bremen bereits im Jahr 1975 kommunal geförderte Dienstleistungszentren eingerichtet. Diese Dienstleistungszentren haben eine präventive Funktion und werden in einer Lebensphase in Anspruch genommen, in der Unterstützung erforderlich ist, aber noch keine professionelle Pflege, zum Beispiel vermitteln sie ehrenamtliche Nachbarschaftshilfen. Damit tragen sie dazu bei, Betroffene und ihre Angehörigen vor Überforderung zu schützen, stabilisieren so das Leben in der eigenen Wohnung und wirken damit vorzeitiger Pflegebedürftigkeit entgegen. Dienstleistungszentren, Pflegestützpunkte, die Sozialzentren des Amtes für Soziale Dienste, die Demenz-, Informations- und Koordinationsstelle, DIKS, und die Wohnberatungsstelle kom.fort bilden zusammen mit den acht Standorten der Aufsuchenden Altenarbeit – Hausbesuche eine effektive Unterstützungs- und Beratungslandschaft auf Stadtteilbene.

Wie sich das niedersächsische Modellvorhaben gestaltet und ob Bremen daraus etwas lernen kann, lässt sich aktuell noch nicht bewerten, da es sich

gerade erst entwickelt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Zunächst einmal vielen Dank für die Ausführungen, Frau Senatorin! Ich habe ein bisschen vermisst, dass Sie deutlich machen, dass Sie das niedersächsische Modellprojekt im Blick behalten wollen, denn es soll ja evaluiert werden – ähnlich wie unsere Aufsuchende Altenarbeit –, und da könnte sich ja doch das eine oder andere ergeben, das unser Angebot komplettieren oder ergänzen könnte. Deshalb noch einmal meine Frage: Würden Sie denn im Blick behalten wollen, was da in Niedersachsen passiert?

Senatorin Stahmann: Selbstverständlich!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Sie haben in Ihrer Antwort nicht die Begegnungszentren aufgeführt. Welche Rolle spielen diese denn Ihrer Ansicht nach im Zusammenhang mit unseren Beratungs- und Unterstützungsangeboten?

Senatorin Stahmann: Die Begegnungsstätten bilden in den jeweiligen Gemeinden auch einen wichtigen Baustein im Rahmen ihrer Tätigkeit, und sie sind auch dabei, die Arbeit mit älteren Menschen zu unterstützen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Pfeiffer (SPD): Wir erleben ja immer wieder, dass Menschen trotz eines guten Hilfe-, Unterstützungs- und Beratungssystems doch überfordert sind, gerade, wenn die Pflege der eigenen Person oder der Eltern ansteht. Wie ist aus Ihrer Sicht das Zusammenspiel all dieser Angebote, die wir in Bremen haben, auf der Quartiersebene? Wie funktioniert das, welche Strukturen der Zusammenarbeit gibt es dort?

Senatorin Stahmann: Wir wollen die Zahl der Pflegestützpunkte gemeinsam mit den Pflegekassen und den Krankenkassen in Bremen erhöhen, das heißt, wir sind gerade dabei, zwei Dependancen zu planen. Eine wird im Bremer Süden, der andere Standort soll im Bremer Westen sein, und wir arbeiten auf Stadtteilebene eng zusammen, um die Hilfsangebote miteinander abzustimmen. Also,

dort gibt es Arbeitsbeziehungen/Arbeitskreise, wir haben mittlerweile auch in vielen Stadtteilen Stadtplaner und Stadtführer für ältere Menschen, und wir arbeiten da weiter an einem Feintuning.

Anders als in Skandinavien, wo die Hausbesuche schon zu den Leistungen der Krankenkassen gehören, sind wir da jetzt erst in der Startposition. Die Bundesregierung hat ja angekündigt, dass Hausbesuche im Rahmen des Präventionsgesetzes künftig auch eine Leistung werden könnten, für die wir Anträge stellen können, aber die Modalitäten sind auch da noch nicht klar. Wir warten jetzt darauf, dass die Weichen auf Bundesebene gestellt werden und wir Genaueres erfahren können, ob wir die Arbeit vor Ort hier auch noch einmal verstärken können.

Präsident Imhoff: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Sie haben eben die Nachbarschaftshelfer erwähnt, die über die Dienstleistungszentren aktiv sind. Da hat es ja gerade Berichterstattungen darüber gegeben, dass ihre Zahl eigentlich immer weiter abnimmt, gleichzeitig aber die Zahl der Anforderungen der Nachbarschaftshelferinnen eigentlich steigt, und mit Blick auf die Demografie wird die Zahl sowieso noch steigen. Gibt es Überlegungen, wie man das kompensieren kann, denn es entsteht ja eine Lücke, wenn es nicht genügend Nachbarschaftshelfer gibt?

Senatorin Stahmann: Wir haben aufgrund der demografischen Entwicklung eine wachsende Anzahl von älteren Menschen, wir haben in Bremen 4 000 Nachbarschaftshelferinnen und Nachbarschaftshelfer, und Sie beschreiben es richtig: Wir sind auf der Suche, weil sich immer mehr Menschen melden und um Alltagshilfe bitten. Viele wollen in ihren Stadtteilen in ihren Wohnungen bleiben und sind auf der Suche nach Unterstützung im Alltag.

Es steigen auch die Anforderungen. Viele Menschen pochen mittlerweile am Telefon auch darauf und sagen, ich habe doch vielleicht einen gesetzlichen Anspruch auf Unterstützung zu Hause. Das müssen wir immer ein bisschen einschränken. Es gibt jetzt eine Alltagshilfe, die in einem geringen Umfang bezuschusst wird, weil es eben eine Hilfe und kein Pflegedienst ist. Frau Grönert, ich verspreche mir eine ganze Menge davon, dass wir die Quartiersarbeit weiter verstärken, denn es werden niemals alle älteren Menschen in stationären Wohneinrichtungen leben können, sondern wir brauchen barrierefreie Stadtteile für Menschen von null bis 99 Jahren, wo sich die Funktionen und

auch die Dienstleistungen wiederfinden. Deshalb, glaube ich, stecken wir da am Anfang einer ganz spannenden Entwicklung, auch in der Stadtentwicklung und der Stadtteilentwicklung.

Im Augenblick gibt es einen enormen Personalbedarf in allen pflegerischen Bereichen, und deswegen bleibt uns zurzeit nur die Werbung um Menschen, die sich für diese Aufgabe interessieren. Auf eine andere Idee sind wir noch nicht gekommen, also machen wir Öffentlichkeitsarbeit und versuchen, Interessierte anzusprechen, und – das ist auch interessant! – es melden sich jetzt mehr Männer, die in diesem Bereich tätig werden wollen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grönert (CDU): Wenn Sie jetzt sagen, Sie werben – und Sie werben ja eigentlich schon immer, es hat ja auch das Projekt „Herbsthelfer“ gegeben, über das auch geworben wurde –, aber man kann den Bedarf im Moment letztlich nicht abdecken, und wenn Sie davon sprechen, dass die Quartiere umgerüstet werden sollen – –, Entschuldigung! Ich soll ja eine Frage stellen, ich merke es schon! Was wollen Sie dann jetzt tun? Der Bedarf ist ja jetzt vorhanden, und wir können ja nicht Jahre warten!

Senatorin Stahmann: Der Senat hat sich in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen, die Nachbarschaften/das Thema Wohnen in Nachbarschaften zu stärken und auch im Bereich der Pflege verschiedene Instrumente voranzutreiben. Dazu gehört auch der Ausbau der Aufsuchenden Altenarbeit, und das sind die Schritte, die wir in den nächsten Jahren gehen müssen.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage.

Die vierte Anfrage trägt den Titel „**Neuer Wohnraum im Viertel unerwünscht?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Gründe sprechen aus Sicht des Senats gegen die Beschlussfassung des Bebauungsplans 133, Drucksache [20/4 S?](#)

Zweitens: Wann rechnet der Senat mit einem beschlussfähigen Bebauungsplan für die Fläche westlich der Blumenstraße?

Drittens: Inwieweit wurde während der Aufstellung des Bebauungsplans die Bürgerinitiative „Blumenstraße“ beteiligt?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat sieht Überarbeitungsbedarf hinsichtlich der Positionierung des Gebäudes auf dem Grundstück und einer präziseren Dimensionierung der Blumenstraße. Geprüft wird, inwieweit der südliche Gebäudeteil geringfügig nach Westen verschoben werden kann, um das Lichtraumprofil der Blumenstraße zu vergrößern.

Zu Frage zwei: Ziel ist es, in der Blumenstraße schnellstmöglich rechtskräftiges Baurecht zu schaffen.

Zu Frage drei: Nach der förmlichen Einwohnerversammlung fand unter Leitung des Ortsamtes Mitte ein runder Tisch mit Anwohnervertreterinnen und Anwohnervertretern statt. Die Anwohnervertreterinnen und Anwohnervertreter haben im weiteren Verfahren die Bürgerinitiative gegründet und wurden regelmäßig über den aktuellen Planungsstand informiert. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): In der Antwort zu Frage zwei sprachen Sie eben von „schnellstmöglich“. Was muss ich mir darunter vorstellen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Anders als der Titel Ihrer Anfrage vermuten lässt, ist auf jeden Fall neuer Wohnraum im Viertel sehr erwünscht, und dementsprechend wollen wir auch schnellstmöglich Baurecht schaffen. Jetzt gab es Vorschläge zur Überarbeitung, auf die man sich auch geeinigt hat. Was ist das? Man versetzt den Baukörper noch einmal um weitere 50 Zentimeter nach hinten, man will auch noch einmal günstigere Mieten für zwei Wohneinheiten realisieren. Wir warten jetzt darauf, dass der Architekt diese überarbeiteten Pläne bei

uns einreicht, und dann werden wir das in den normalen Prozess der Deputation und der Bremischen Bürgerschaft weitergeben. Also, uns liegt es sehr am Herzen, das Baurecht jetzt sehr schnell zu schaffen, aber wir können kein genaues Datum nennen, weil es eben vom Architekten abhängt, wie schnell er jetzt die Pläne einreichen kann.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage.

Die fünfte Anfrage steht unter dem Betreff „**Schutz gegen Starkregenereignisse**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Frau Kollegin Neumeyer, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den derzeitigen Schutz gegen Starkregenereignisse an noch nicht ausgebauten Straßen?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, kurz- beziehungsweise mittelfristig gegen die Entwässerungsproblematik durch Extremwetterereignisse an noch auszubauenden Straßen entgegenzuwirken?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Entwässerung rund um die Straßen Johannes-Trüper-Straße und Rekumer Bucht?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Ein Straßenausbau schützt die Anwohnerinnen und Anwohner nicht generell gegen die Auswirkungen von Starkregenereignissen. Bei Starkregen fließen die Wassermassen, anders als bei normalen Regenereignissen, von bebauten und versiegelten Flächen überwiegend oberflächlich ab und den nächstgelegenen Tiefpunkten zu. Die Entwässerungseinrichtungen und Straßeneinläufe der privaten und öffentlichen Grundstücke sind, wie überall in Deutschland, grundsätzlich nach dem Stand der Technik dimensioniert und nicht für Ext-

remereignisse ausgelegt. Bei Starkregenereignissen werden Straßeneinläufe durch die schnell abfließenden Wassermassen überströmt.

Zu Frage zwei: Wie überall im Stadtgebiet sind es vor allem privat einzurichtende Objektschutzmaßnahmen der Grundstückseigentümer und Grundstückseigentümerinnen, die wirkungsvoll den Überflutungsschäden durch Starkregen vorbeugen.

Ein absoluter Schutz vor Starkregenereignissen im öffentlichen Raum ist nicht möglich. Im März 2019 haben das Umweltressort und die hanseWasser GmbH über das Projekt KLAS daher das Starkregen-Vorsorgeportal unter starkregen.bremen.de veröffentlicht. Das Portal sensibilisiert und informiert Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer mit einer Karte über die Starkregengefahren im Stadtgebiet, bietet eine detaillierte Grundstücksauskunft auf Antrag sowie ein Beratungsangebot vor Ort zu Risiken und möglichen Objektschutzmaßnahmen. Das Angebot des Portals ist kostenlos, neutral gehalten und kann flächendeckend von allen Bremer Grundstückseigentümern und Grundstückseigentümerinnen in Anspruch genommen werden.

Darüber hinaus greifen flankierende Maßnahmen der öffentlichen Bauvorsorge. Im Zuge von Straßenwiederherstellungen nach Kanalsanierungsmaßnahmen werden sukzessive Maßnahmen an der Oberfläche zur Überflutungsvorsorge in Abstimmung zwischen dem Amt für Straßen und Verkehr und der hanseWasser GmbH umgesetzt.

Daneben werden Maßnahmen der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung und der Starkregenvorsorge bei öffentlichen Baumaßnahmen umgesetzt, die zu einer Entlastung bei extremem Regen führen. Als Beispiel sei hier die klimaangepasste Straßengrundsanie rung der Münchener Straße genannt. Dort wurden Rückhalteräume für Niederschlagswasser im Straßenraum geschaffen sowie eine Teilversickerung von Oberflächenwasser durch Baumbete und versickerungsfähiges Pflaster auf den Parkstreifen hergestellt.

Zu Frage drei: Besonders in Bremen-Nord gibt es eine Vielzahl von Straßen, die vor Jahrzehnten provisorisch und daher ohne eine ordnungsgemäße Straßenentwässerung erstellt wurden. Ein Straßenausbau mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen hat dort nicht stattgefunden. Viele Straßen befinden sich auch heute noch in diesem Ursprungsstatus, einschließlich der Straßenentwässerung. In den

Straßen rund um die Johannes-Trüper-Straße und Rekumer Bucht werden derzeit normale Regenereignisse nicht gefasst und reguliert entwässert. Die Problematik der Betroffenheit privater Grundstücke entsteht allerdings vornehmlich bei Starkregenereignissen. Hier kann auch ein Straßenausbau mit geregelter Entwässerung nicht hinreichend vor den Auswirkungen schützen. Daher ist die Umsetzung von Objektschutzmaßnahmen auf dem Grundstück selbst anzuraten. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Frau Senatorin, ich weiß nicht, ob Sie die Ecke kennen. Ich war im Sommer nach diesen Starkregenereignis vor Ort und habe es mir persönlich angesehen, ich habe mir die Grundstücke der Anwohner angesehen und auch den Lauf des Wassers. Dort wurden erst in den letzten Jahren zusätzliche Häuser und Straßen gebaut, das Gelände ist ein bisschen hügelig, und dahinter liegt ein großes Feld, das höher liegt. Meine Frage lautet: Das ist ja eine Maßnahme, die die Stadt gemacht hat, dort sind neue Straßen entstanden, durch die diese Anwohner jetzt mehr belastet sind. Finden Sie es richtig, dass man die Anwohner damit alleinlässt?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe es so verstanden, das Problem bei der Johannes-Trüper-Straße ist in der Tat, dass sie ein Tiefpunkt ist, weil darüber der Rekumer Mühlenberg liegt und bei Starkregenereignissen das Wasser vom Rekumer Mühlenberg in die Johannes-Trüper-Straße fließt, die nicht jemals richtig hergestellt wurde. Allerdings – und das sagen wir ja – passiert es im ganzen Stadtgebiet immer wieder, dass Keller volllaufen, weil auch ein normaler Straßenbelag bei Starkregen nicht vor Überflutungen schützt, sondern man müsste, wie in der Münchener Straße, richtige Regenrückhaltefunktionen mit einbauen.

Ich erinnere mich gut an dieses Starkregenereignis, weil meine Eltern nicht unweit von dort in Neuenkirchen wohnen und das Wasser bei ihnen von der Veranda in das Wohnzimmer hineingelaufen ist. Deswegen war das ein wirklich richtiges Starkregenereignis, von dem ich glaube, selbst dann, wenn die Straße geteert und mit Regenrinnen versehen gewesen wäre, hätten wir wahrscheinlich nicht verhindern können, dass Keller volllaufen. Deswegen wird hier auch explizit noch einmal auf die Objektschutzmaßnahmen hingewiesen, die man natürlich auch als Grundstückseigentümer in

Anspruch nehmen sollte, damit das Haus vor Starkregenereignissen geschützt ist. Ich glaube, dieses sehr drastische Regenereignis hat nicht unmittelbar etwas damit zu tun, dass weiter oben Neubaumaßnahmen stattgefunden haben. So weit würde ich das erst einmal beantworten.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Neumeyer (CDU): Würden Sie sich selbst noch einmal ein Bild von der Situation machen, denn ich denke, es hat doch etwas mit den Neubauten dort zu tun?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Mitarbeiter meines Hauses haben selbst eine Vor-Ort-Besichtigung in der Straße gemacht. Ein Problem, das ich vorhin nicht erwähnt habe, ist, dass es dort viele versiegelte Flächen gibt, im Übrigen auch Vorgärten. Das ist ja der Grund, warum wir auch gesagt haben, wir wollen in Zukunft nicht mehr, dass Vorgärten gepflastert werden, weil wir jede Rückhaltefläche brauchen.

Ich bin gern bereit, das mit Ihnen auch noch einmal vor Ort anzuschauen, aber das haben Mitarbeiter meines Hauses getan, und sie kommen zu dem Schluss, egal, wie der Ausbau dieser Straße ist – würde man sie ausbauen wollen, und das wissen Sie auch aus der Deputation, dann werden Erschließungsbeiträge fällig –, weil es sich um einen Tiefpunkt in der Fläche handelt, wird es bei Starkregenereignissen nicht zu verhindern sein, dass sich dort auch vermehrt Wasser in der Johannes-Trüper-Straße, auch vom Rekumer Mühlenberg, ansammelt.

Deswegen noch einmal das Plädoyer, sich wirklich noch einmal damit zu beschäftigen! Dafür haben wir dieses Regenwasserportal auch geschaffen, wo man sich auch noch einmal von hanseWasser beraten lassen kann, wie man sein Haus so sichern kann, dass der Keller eben nicht vollläuft. Frau Abgeordnete, ich gehe aber gern mit Ihnen noch einmal dorthin und sehe mir das in der Johannes-Trüper-Straße an.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Neumeyer [CDU]: Nein, danke, und das Angebot nämlich dankend an! – Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir machen einen Termin!)

Weitere Zusatzfragen zu diesem Thema liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Erfolg des ‚Mängelmelders‘**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Lübke, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Lübke (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Mängel wurden im Rahmen des „Mängelmelders“ seit dessen Einführung gemeldet?

Zweitens: Wie viele Einsätze sind aus den Meldungen erwachsen, und mit welchen Konsequenzen?

Drittens: Wie bewertet der Senat den langfristigen Erfolg des „Mängelmelders“ in Bezug auf die Sauberkeit der Stadt?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Bei der „Die Bremer Stadtreinigung“ werden über den Mängelmelder pro Jahr knapp 3 000 Mängel von Bürgerinnen und Bürgern gemeldet. Die überwiegende Zahl der Meldungen betrifft größere illegale Müllablagerungen.

Zu Frage zwei: Nach den eingegangenen Meldungen erfolgen verschiedene Aktionen der Bremer Stadtreinigung, DBS. Dies sind zum Beispiel das Abräumen von wilden Ablagerungen, das Erfassen und Entsorgen von Schrottfahrrädern, die Beseitigung von Verschmutzungen im Rahmen der Straßenreinigung und die Überprüfung und Reinigung von verstopften Sinkkästen.

Zu Frage drei: Der Mängelmelder ist nur eine Möglichkeit, der DBS, also der Bremer Stadtreinigung, Verschmutzungen mitzuteilen. Die Bürgerinnen und Bürger nutzen über den Mängelmelder hinaus die Möglichkeit, Verschmutzungen über Telefon und E-Mail zu melden. Pro Monat werden aktuell circa 200 Anrufe, die sich auf Verschmutzungen beziehen, registriert. Der telefonische Kontakt wird von der DBS effektiver eingeschätzt als die Meldung über den Mängelmelder, da konkrete Nachfragen im Gespräch möglich sind.

Die Summe der Meldungsmöglichkeiten, die kontinuierliche Serviceverbesserung der DBS und die konkreten Handlungen zur Beseitigung des Mülls haben nach Angaben der DBS dazu geführt, dass nach Auswertung des Beschwerdemanagements und der systematischen digitalen Erfassung der Stadtsauberkeit sowie den bisherigen Erfahrungen aus dem Projekt „Sichere und saubere Stadt“ die Sauberkeit der Stadt bereits verbessert wurde. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Ich kann also davon ausgehen, wenn ein Fall über den Mängelmelder gemeldet wird, dass dem auch nachgegangen wird?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Genau!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Können Sie mir sagen, wie lange es dauert, wenn ich zum Beispiel draußen etwas sehe und diesen Mangel melde, wie lange es dauert, bis diese Störung beseitigt wird? Gibt es darüber statistische Werte?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Das reiche ich Ihnen gern nach! Beim Mängelmelder kann man ja nicht nur, ich sage einmal, Verunreinigungen oder illegale Ablagerungen melden, sondern zum Beispiel auch, wenn eine Ampel defekt ist, wenn irgendwo übervolle Mülleimer sind oder ob irgendwo ein Sinkkasten in der Kanalisation verstopft ist. Über den Mängelmelder kann man also alles melden, was im öffentlichen Raum als Mangel betrachtet wird, und dementsprechend ist es auch ein bisschen unterschiedlich, wie schnell Abhilfe geschaffen wird. Bei illegalen Müllablagerungen geht eigentlich in der Regel zeitnah jemand los und sammelt den Müll ein. Ich reiche Ihnen das aber gern nach, und es wäre gut, wenn Sie mir dann noch einmal konkret sagen, ob Sie das für alle Mängel oder speziell für illegale Müllablagerungen wissen wollen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Mich interessiert auch, ob es Anhaltspunkte gibt, in welchen Stadtteilen dieser Mängelmelder besonders häufig oder

gar nicht genutzt wird. Wird das irgendwo statistisch erfasst?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Mir ist keine Statistik bekannt, dass stadtteilgenau differenziert wird, wo der Mängelmelder genutzt wird. Klar ist – das hatte ich ja auch in meiner Antwort gesagt –, es wird eben nicht nur der Mängelmelder genutzt, sondern die Menschen greifen vor allen Dingen direkt zum Telefon und rufen bei der Bremer Stadtreinigung an, wenn es zum Beispiel um Müllablagerungen geht. Natürlich gibt es Stadtteile, von denen man weiß, dass dort mehr Müll auf öffentlichen Flächen oder auf der Straße zu sehen ist, der abgeräumt werden muss, als woanders, und im Übrigen sind auch illegale Ablagerungen in Kleingartengebieten ein riesiges Problem.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Lübke (CDU): Mir fällt dann doch noch eine letzte Frage ein: Zum Stichwort Ordnungsamt! Wenn Sie jetzt feststellen, dass es in irgendeinem Stadtteil besonders viele Meldungen gibt, hat das auch Einfluss auf den Einsatz des Ordnungsamtes?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Wir haben zum Beispiel im Rahmen des Projekts „Sichere und saubere Stadt“ jetzt vermehrt Beschäftigte und Mitarbeiter in Gröpelingen eingesetzt, weil wir dort einfach wissen – und das wird dort auch oft gemeldet –, dass es eine Vermüllung in den Straßen gibt. Es wird zum Beispiel auch vermehrt geschaut, wenn darin Abfalltüten sind, ob man Hinweise auf den Verursacher findet, zum Beispiel irgendwelche Papierschnipsel mit Adressen darauf. Da sind wirklich Beschäftigte und spannen dann auch ein rot-weißes Band mit der Aufschrift „Hier wird kontrolliert!“, um den Menschen zu zeigen, dass sie hier nicht einfach den Müll auf die Straße werfen können, und es passiert nichts, sondern wir entsorgen den Müll nicht nur, sondern schauen auch ganz genau nach, ob wir den Verursacher finden, der dann auch zur Kasse gebeten wird.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Schiff weg statt ‚Klar Schiff?‘**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Görgü-Philipp, Frau Dr. Eschen, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Zustand des Spielschiffs im Grünzentrum Huchting?

Zweitens: Welche Planungen verfolgt der Senat mit dem Spielschiff für die Zukunft?

Drittens: Welche Bedeutung misst der Senat Spielmöglichkeiten für Kinder im betreffenden Quartier zu?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Zuge seiner Spielgerätekontrolle hat der Umweltbetrieb Bremen eine Vielzahl kleinere und größere Verkehrsunsicherheiten und Schäden festgestellt, die sich über das gesamte Spielschiff erstrecken. Es wurden auch statisch relevante Schäden, wie morsche Standbalken, Pilzbefall und ein Brandschaden im Bereich der Rutsche, festgestellt. Das Spielschiff im Grünzentrum Huchting ist abgängig. Eine Reparatur ist nicht mehr möglich und wirtschaftlich. Das Spielschiff wurde in der 48. Kalenderwoche 2019 aus Verkehrssicherheitsgründen abgebaut.

Zu Frage zwei: Das Grünzentrum Huchting ist im Bebauungsplan 2020 als öffentliche Grünfläche mit Spielfläche ausgewiesen. Der Spielplatz wurde im Jahr 2004 im Zuge des Neubaus der Grünanlage durch den Senator für Umwelt mit hergestellt. Das Spielschiff stellt das zentrale Großspielgerät des Spielplatzes dar.

Der Senat vertritt die fachliche Ansicht, dass das Spielschiff als zentrales Spielgerät in einem Stadtteil, in dem ein Großteil der Bevölkerung in Mietwohnungen wohnt und auf die Nutzung öffentlicher Grün- und Spielanlagen angewiesen ist, ersetzt werden sollte. Ein Neubau würde nach erster Kostenannahme bis zu 60 000 Euro kosten.

Aus dem konsumtiven Haushalt für die Grünflächenpflege lässt sich diese kostenintensive Maßnahme nicht finanzieren, zumal die im zukünftigen Haushalt 2020/2021 voraussichtlich veranschlag-

ten Budgets für die Grünflächenpflege nicht steigen und durch die Regeltätigkeiten der Grünflächenpflege ausgeschöpft werden. Der geringe Anschlag für investive Maßnahmen im öffentlichen Grün kann dafür ebenfalls nicht verwendet werden, da diese Mittel für dringend benötigte Wegesanierungen auf der Grundlage der zu gewährenden Verkehrssicherungspflicht benötigt werden.

Zu Frage drei: Die vorhandenen Spielräume der näheren Umgebung, wie zum Beispiel das Schulgelände der Grundschule Delfter Straße und die Stadtteilmfarm, sowie die angrenzenden Flächen bieten den Kindern des Quartiers weitere Spielmöglichkeiten. Darüber hinaus befinden sich im Ortsteil Sodenmatt die öffentlichen Kinderspielplätze Amersfoorter Straße und Tilburger Straße, jedoch liegen diese nicht in der unmittelbaren Umgebung des Spielschiffes sowie des Grünzugs. Im Bereich der Oldenburger Straße/B 75, Heinrich-Plett-Allee und Bahntrasse befindet sich als weitere öffentliche Spielfläche die Skateranlage am Sodenmattsee.

Das Spielschiff im Grünzentrum Huchting stellt einen wichtigen und ohne große Hindernisse erreichbaren Spielort im Ortsteil Sodenmatt dar. In Kombination mit den Outdoor-Fitnessgeräten und Sitzgelegenheiten ist das Spielschiff ein Ort für generationenübergreifende Begegnung. Es dient den Menschen im ganzen Stadtteil, aber vor allem den in der Nähe wohnenden Menschen als zentraler Treffpunkt. Als Spielplatz im öffentlichen Grün erhöht das Spielschiff die Aufenthaltsqualität für Kinder in der Parkanlage. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen):

Erst einmal natürlich pure Begeisterung darüber, dass Sie die Begeisterung teilen, die wir auch haben! Frau Senatorin, gleichwohl stellt sich die Frage: Wie konnte es dazu kommen? Haben Sie Erkenntnisse darüber, was dazu geführt hat, dass das Schiff abgängig war? War es Vandalismus, war es mangelnde Pflege? Woran hat es gelegen?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Es ist ja eine Kombination aus beidem! Ein Brandschaden entsteht nicht einfach so aus der Natur heraus, sondern das ist garantiert Vandalismus. Pilzbefall deutet eher darauf hin, dass nicht genügend Pflege betrieben worden ist. Das Spielschiff ist offensichtlich 15 Jahre alt – das ist nicht das einzige Spielschiff in

Bremen, das abgänglich war, es gibt auch andere Beispiele, wie in Vegesack –, und deswegen glaube ich, ist es die Kombination aus beidem. Man hat das Spielschiff –. Ich weiß gar nicht, für wie lange solche Spielgeräte aus Holz konzipiert sind. Das ist eben ein Naturstoff, der nicht ewig hält, aber es ist sicher so, dass der Pflegeaufwand hätte größer sein müssen, um es vielleicht noch länger in Betrieb zu haben. Der Brandschaden allerdings ist Vandalismus.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehen Sie die Möglichkeit, Teile der Millionen, die für die Seute Deern zur Verfügung gestellt worden sind,

(Heiterkeit)

für dieses Schiff aufzuwenden?

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Ich habe verstanden, bei allergrößter Herzenssympathie, was 46 Millionen Euro in einem Stadtstaat wie Bremerhaven und Bremen bedeuten, auch für andere Projekte, dass man sie gern für andere Dinge verwenden würde. Ich habe aber verstanden, dass das Geld aus einem Kulturtopf des Bundes kommt, der maßgeblich nur für Kulturdenkmäler zu verwenden ist. Deswegen, glaube ich, soll daraus ja die Seute Deern nachgebaut werden und wenn Geld übrig bleibt, für andere Museumsschiffe in Bremerhaven weiter verwendet werden.

Ich glaube, die Idee, die Seute Deern nur in einem Maßstab wie hier im Rathaus hängend nachzubauen und 45 Millionen Euro anderweitig zu verwenden, lässt sich nicht mit den Spielregeln des Bundes vereinbaren.

Präsident Imhoff: Haben Sie noch eine Idee in Form einer Frage?

(Heiterkeit – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich könnte noch, Herr Präsident, aber ich weiß, dass noch andere fragen wollen! – Herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Aufklärung über geschlechtliche Vielfalt durch das Rat & Tat Zentrum an Bremer Schulen?**“. Die Anfrage ist

unterschrieben von den Abgeordneten Frau Wargalla, Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Tegeler, Frau Leonidakis und Fraktion DIE LINKE und Frau Grotheer, Güngör und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Tegeler!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Umstand, dass zum Januar 2020 die einzige hauptamtliche Stelle im Rat & Tat Zentrum für queeres Leben für Schulaufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gekündigt werden musste?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, diese Stelle im Rat & Tat Zentrum kurzfristig ab Januar 2020 doch noch abzusichern?

Drittens: Gibt es Pläne seitens des Senats, im Sinne des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie sowie in Zusammenarbeit mit dem Rat & Tat Zentrum ein Konzept für Schulaufklärung zu entwickeln, um den gestiegenen Bedarfen gerecht zu werden?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen wurden dem Rat & Tat Zentrum für queeres Leben von der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport für das Jahr 2019 Mittel zur Verfügung gestellt, um verschiedene Projekte durchzuführen. Diese beinhalteten zum Beispiel die Übernahme von Beratungsangeboten, die Durchführung von Veranstaltungen und die Erstellung von Informationsmaterialien. Sie wurden in Abstimmung mit dem Ressort zur Umsetzung des Aktionsplans geplant und für den Zeitraum eines Jahres festgelegt. Bei den Mitteln für die Arbeit mit jungen Menschen handelte es sich um eine Projektförderung der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport für das Haushaltsjahr 2019. Eine Fortschreibung dieser Mittel mit dem Schwerpunkt einer regelhaften Schulaufklärung ist im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit nicht möglich oder in Aussicht gestellt worden.

Zu Frage zwei: Die Frage, wie und in welcher Form zukünftig Aufklärungsarbeit mit Jugendlichen durch außerschulische Träger über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zur Umsetzung des Landesaktionsplans erfolgen soll, ist noch offen.

Zu Frage drei: Im Rahmen der Unterrichtsinhalte in mehreren Fächern und unter Einbeziehung verschiedener Projekte wie zum Beispiel pro familia werden die Schülerinnen und Schüler mehrfach in ihrer Schullaufbahn altersadäquat in allen Bereichen des Themenkomplexes Familie, Pubertät, Freundschaft und Sexualität unterrichtet. Die Darstellung und die Toleranz gegenüber den verschiedenen Familienmodellen, der geschlechtlichen Vielfalt und der sexuellen Orientierung ist immer eines der Lernziele.

Die Senatorin für Kinder und Bildung wird ein Konzept erstellen, das die Gesamthematik den gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechend in den Blick nimmt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Der letzte Punkt ist begrüßenswert. Ist denkbar oder schon verabredet, dass dieses Konzept in enger, wertschätzende Abstimmung mit dem Rat & Tat Zentrum entwickelt wird, damit dort eben keine Expertise, etwa der ehrenamtlichen Schulaufklärer oder auch Queer Teachers, verloren geht, und kann dann dazu möglicherweise auch eine Stelle geschaffen werden?

Senatorin Stahmann: Zu Ihrer ersten Frage, ob die Kompetenz vom Rat & Tat Zentrum einbezogen wird, würde ich sagen, das ist ein Punkt, der sicher in der Bildungsdeputation vor dem Hintergrund des Konzepts diskutiert wird, das ich eben angekündigt habe. Ob jetzt eine Stelle geschaffen werden kann, ist natürlich von den Haushaltsberatungen abhängig, die jetzt laufen. Dass das Thema oben auf der Agenda der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft steht, jedenfalls der der Koalitionsfraktionen, ist bekannt, und deshalb gehe ich davon aus, dass wir uns an der Stelle noch einmal anschauen, wie viele Mittel derzeit eingesetzt und welche für kommende Aufgaben benötigt werden.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Grotheer. – Bitte sehr!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Ich habe nicht nur eine Zusatzfrage, das muss ich leider sagen. Frau

Senatorin, ich finde Ihre Antwort des Senats wenig lösungsorientiert. Jetzt stellt sich für mich die Frage, ob Sie wirklich glauben, dass pro familia die bisherigen Angebote durch das Rat & Tat Zentrum adäquat ersetzen kann. Was macht denn deren Qualifikation in diesem speziellen Themenbereich aus?

Senatorin Stahmann: Das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe gesagt, pro familia ist einer der Träger, der sich auch außerschulisch in Schulen engagiert. Ich glaube, diese Debatte, welche Träger mit Schulen kooperieren, muss dann in der Bildungsdeputation geführt werden, für diese Debatte bin ich jetzt nicht so die zielführende Person; über das Ressort Soziales kann ich das anders wiedergeben.

Wichtig ist der Punkt, dass die Senatorin für Kinder und Bildung sagt, das ist das Thema, das im Rahmen eines Gesamtkonzepts behandelt werden muss, das dann auf den Weg gebracht und diskutiert wird. Das finde ich richtig.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Ich habe gar nichts gegen Gesamtkonzepte, ich habe nur das Gefühl, dass jetzt von einer Beratungsstelle auf die nächste gezeigt wird, die im Übrigen kein Projekt ist, wie der Senat meint, sondern eine Beratungsstelle. Ich frage mich, ob denn pro familia tatsächlich in der Lage ist, das auch noch zu leisten, ohne dass man dafür zusätzliches Geld in die Hand nimmt.

Senatorin Stahmann: Ich denke, dass nicht geplant ist, dass pro familia diese Aufgabe übernimmt, sondern ich gehe davon aus, wie ich es eben zu der Kollegin Frau Tegeler gesagt habe, dass die Kompetenz des Rat & Tat Zentrums einbezogen wird. Das Sozialressort hat ja mit dem Rat & Tat Zentrum mehrfach darüber gesprochen, wie wir die Arbeit auf solidere Füße stellen können. Wir haben es geschafft, eine institutionelle Förderung für dieses Beratungszentrum zu schaffen, wir haben zusätzlich Bundesmittel für das Rat & Tat Zentrum erworben, aber die Aufgaben und – ich sage einmal, das nehme ich aus dem politischen Raum war – der Wunsch, noch mehr zu tun in Sachen der queeren Politik, ist ja vorhanden, und deswegen werden wir schauen müssen, welche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können, um dieses wichtige Politikfeld auch vernünftig zu bearbeiten. Da haben wir noch nicht alle Antworten auf die Fragen, die im Augenblick noch im Raum stehen, aber

wir wollen nicht jetzt pro familia noch eine Aufgabe überstülpen. Das ist nicht der Fall, das steckt nicht mit in der Antwort darin.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Grotheer (SPD): Trotzdem ist es so, dass diese Stelle jetzt zum Jahresende ausgelaufen und nicht absehbar ist, ob es im nächsten Jahr wieder eine ähnliche Struktur geben wird. Heißt das, dass wir als Haushaltsgesetzgeber dann mit der Frage begrüßt werden, in welcher Struktur wir eine weitere Unterstützung dieses Themengebiets und insbesondere der Jugendlichen, die Fragen zur Homo- und Transsexualität haben oder Opfer eines derartigen Mobbing werden, sicherstellen können, dass eine weitere Beratung auch in diesem Rahmen erfolgen kann?

Senatorin Stahmann: Ich gehe davon aus, wir haben einen Landesaktionsplan gegen Homophobie, bei dem sich alle Ressorts bereit erklärt haben, ihre Teile zu übernehmen. Das gilt sowohl für den Bereich Soziales als auch für die anderen Ressorts, das ist miteinander verabredet. Ich kann nur aus den Zahlen sagen, die ich mir eben noch aus unseren Datenbanken herausgezogen habe, wir haben in den letzten Jahren mehr Geld für dieses Thema in die Hand genommen, auch mehr Geld für Personal. Gleichwohl weiß ich, dass es noch mehr Wünsche gibt, und wir haben das Thema, das im Rahmen der Schule bearbeitet werden muss, und da muss ein Konzept vorgelegt werden, auf dessen Basis dann geschaut werden muss, wie kann und wie soll es finanziert werden. Das kann der Senat zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten.

Präsident Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Mein Eindruck ist, dass das Thema der Homo-, Trans- und Interphobie an Schulen zugenommen hat – das ist aber auch nur mein persönlicher Eindruck –, deswegen die Frage: Gibt es dazu Statistiken? Wird das überhaupt statistisch erfasst, oder wie ist da im Moment die Situation?

Senatorin Stahmann: Ich kann nur subjektiv antworten, und dann auch nicht für den Senat! Nach meinem Erleben ist es so, dass sich mehr junge Menschen trauen, auch über ihre Sexualität zu reden und auch zu sagen, ich bin schwul oder lesbisch, oder ich weiß noch nicht, in welche Richtung

mein Leben verläuft, und dass das auch zunehmend in Ordnung ist. Wir hatten aber auch einmal eine Untersuchung an einer Schule im Bremer Osten, wo ein Lehrer im Rahmen eines Schulprojekts ganz deutlich herausgearbeitet hat, dass es auch eine sehr starke Homophobie an Schulen gibt. Wir haben also ein gewisses Spannungsfeld: auf der einen Seite mehr Offenheit in der Gesellschaft, und auf der anderen Seite auch eine ganz eindeutige Abwehr. Das kann man auch auf der Straße erleben, und das wird mir auch von Menschen aus der Community geschildert, was sie auch an Ressentiments erleben, und das war hier auch schon Gegenstand der Debatten in der Bremischen Bürgerschaft. Ich glaube aber auch, dass die Gesellschaft offener geworden ist. Ich glaube, in den Fünfziger-/Sechzigerjahren oder auch in den Siebzigerjahren hätte man an einer Schule niemals so offen darüber gesprochen, wie es heute der Fall ist.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Schäck (FDP): Noch einmal eine Nachfrage: Fälle an Schulen werden aber nicht statistisch erfasst?

Senatorin Stahmann: Mein Haus erfasst das nicht statistisch, das müsste man vielleicht in der Bildungsdeputation fragen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass Lehrer in Schulen die sexuelle Orientierung ihrer Schülerinnen und Schüler erheben. Das wäre aus meiner Sicht auch absoluter Unsinn. Es ist ja eine freie Entscheidung, wen man liebt, wen man nicht liebt und was man liebt.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Schäck (FDP): In die Richtung ging meine Frage auch nicht, sondern eher dahin, was aus dem Freundeskreis auch an mich von Lehrerinnen und Lehrern herangetragen wird. Sie sagen: Das Thema kommt zunehmend auf meinem Tisch, dass auch Mobbing auftritt, wo dann der Schüler –. Ich frage den Schüler nicht, welche Sexualität er hat, aber spätestens dann kommt der Schüler zu mir, er weint, wird gemobbt, und diese Situationen nehmen einen größeren Raum ein als in der Vergangenheit. Vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass man mittlerweile mehr und offener damit umgeht. Mich hat nur interessiert, ob es überhaupt statistisch erfasst wird. Trotzdem vielen Dank!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Frage?

(Abgeordneter Schäck [FDP]: Nein, alles gut! – Heiterkeit)

Senatorin Stahmann: Das war eine Bemerkung!

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Vielen Dank!

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „Was wurde aus der Sanierung des Ortsamtes Strom?“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Averwenser, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Averwenser!

Abgeordnete Averwenser (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was hat der Senat seit dem Beschluss der Stadtbürgerschaft, Drucksachen-Nummer [20/11 S](#) unternommen, um die Arbeitsfähigkeit des Ortsamtes Strom und die Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten?

Zweitens: Aus welchem Grund liegt der geforderte Zeit- und Maßnahmenplan zur Sanierung der Räumlichkeiten an der Stromer Landstraße 26 a bisher nicht vor, und wann rechnet der Senat mit einer entsprechenden Vorlage?

Präsident Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Strehl.

Senator Strehl: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Um die Arbeitsfähigkeit des Ortsamtes Strom und die Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, ist die hauptamtliche Mitarbeiterin des Ortsamtes am Standort Seehausen erreichbar. Sie hat in Seehausen und Strom jeweils eine halbe Stelle und sitzt nun interimweise ganztags in Seehausen. Größere Sitzungen werden, wie bereits in der Vergangenheit praktiziert, in separaten Räumlichkeiten abgehalten. Im Januar 2020 kann das Ortsamt wieder in die ursprünglichen Räumlichkeiten in Strom zurückziehen. Bis dahin wird der geforderte zweite Rettungsweg mittels einer Gerüsttreppe und Einbau eines Fluchtfensters hergestellt.

Zu Frage zwei: Zur Erstellung des Zeit- und Maßnahmenplans steht derzeit die Entscheidung aus, ob lediglich Sanierungsmaßnahmen vorgenommen

werden, um die Barrierefreiheit und den Brandschutz herzustellen, oder ob ein Erweiterungsanbau erstellt wird, der zusätzlich zur Barrierefreiheit und zum Brandschutz auch den Ganztagsbetrieb der Schule ermöglicht.

Aktuell werden die kurzfristig notwendigen Baumaßnahmen für das Ortsamt und die langfristigen Sanierungspläne für den Ganztagschulaausbau der Grundschule Strom abgestimmt. Eine Einschätzung, wann der Zeit- und Maßnahmenplan vorliegen kann, ist deshalb momentan nicht möglich. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Averwenser (CDU): Gibt es denn schon eine Machbarkeitsstudie über die Erweiterung der Schule?

Senator Strehl: Es hat im Jahr 2016 eine Machbarkeitsstudie gegeben, in der eigentlich auch beschrieben ist, wie man alles gemeinsam lösen kann, aber es ist bei solchen Projekten natürlich auch eine Abstimmung notwendig, was prioritär gemacht wird, gerade beim Ganztagsschulbetrieb. Das ist eine komplexe und manchmal auch eine sehr schwierige und schmerzhaft Diskussion, das muss man auch sagen.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Averwenser (CDU): Wie schätzen Sie das Verhalten des Landesbehindertenbeauftragten ein, dessen Aufgabe es ja ist, die Barrierefreiheit des Ortsamtes auf jeden Fall einzufordern? Ist er bereit, das zu akzeptieren, wie es jetzt vorgenommen wird?

Senator Strehl: Es gibt ja die Vereinbarung, dass solche Übergangssituationen maximal bis zu fünf Jahre akzeptiert werden. Da sind wir auch im Gespräch mit ihm, und wir müssen jetzt überlegen, ob Immobilien Bremen jetzt beauftragt wird, eine Sanierung vorzunehmen und anschließend dann irgendwann den Ganztagsschulbau, oder ob man das zusammenbekommt. Das ist der schwierige Prozess, der jetzt gerade abläuft, aber im Januar kann das Ortsamt dort an der Stelle dann auch wieder übergangsweise mit einer Nottreppe/Gerüsttreppe arbeiten.

Präsident Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Averwenser (CDU): Verstehe ich Sie richtig, dass wir noch maximal bis zu fünf Jahre warten können/müssen, bis das Thema dann erledigt sein wird oder bis wir dann wieder dort stehen und der Landesbehindertenbeauftragte seiner Arbeit nachgeht?

Senator Strehl: Nein, wir haben jetzt ja gesagt, es ist in der Abstimmung, wie man langfristig mit der Schule umgeht, ob man einen Erweiterungsanbau macht oder nicht. Wenn man das macht, dann kann man ein größeres Verfahren machen. Dann wird es natürlich auch so sein, dass das Ortsamt während der Bauzeiten auch nicht darin sein kann, das ist klar, aber das wird jetzt gerade abgestimmt. Ich kann jetzt aber noch nichts dazu sagen, wo wir dort landen.

Präsident Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. - Ich bedanke mich für die Beantwortung der Anfrage.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angelangt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Bergmann, Frau Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Über 1 000 Kinder ohne Kita-Platz – wann setzt der Senat den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung um?

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Schulabgänger ohne Abschluss, rote Laternen bei PISA, IQB und anderen Vergleichen, gnadenlos überforderte Kitas und viel zu wenig Geld, um wenigstens die finanziellen Bedarfe zu decken: So kann es nicht weitergehen!

Das Ganze beginnt ganz unten beim Sockel der frühkindlichen Bildung. Über 1 000 Kinder sind ohne Betreuungsplatz, und die Zahl steigt weiter.

Wir fordern den Senat heute auf, in Bremen den Bildungsnotstand auszurufen.

(Beifall FDP)

Drei Monate nach dem Start des Kita-Jahres hat sich nichts verbessert. Der angeblich gute Weg erweist sich weiterhin als Holzweg, der für viele Familien bis heute in der Sackgasse endet, und auch das Versprechen, das wir von Herrn Dr. Sieling im Wahlkampf hörten, jedes Kind werde versorgt werden, ist in einem Ausmaß nicht eingelöst worden, das wir selbst nicht für möglich gehalten hätten. Jetzt, nach elf Jahren Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, sind wir meilenweit davon entfernt, diesen umsetzen zu können.

Wir müssen reden, und zwar darüber, dass Kindern der Zugang zu frühkindlicher Bildung in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen verwehrt wird, und darüber, dass Eltern daran gehindert werden, den Lebensunterhalt für ihre Kinder zu verdienen oder sich selbst zu qualifizieren. Für Alleinerziehende, deren Armutsrisiko in dieser Stadt übrigens auffallend hoch ist, wird es existenziell und der staatliche Leistungsbezug der einzige Ausweg.

Wir müssen darüber reden, dass in dieser rot-grünrot regierten Stadt damit die Zahl der von Armut bedrohten Kindern weiter steigt, und darüber, dass bei vielen Familien das Betreuungsthema über Monate das Alltagsklima bestimmt. Von der Auswahl der Kita über die Beantragung eines Platzes bis zur Absage und zur erneuten Interessenbekundung gehen Monate ins Land. In den Familien wird telefoniert, eine Tagesmutter gesucht, die Oma rekrutiert, es werden weitere private Möglichkeiten der Betreuung überlegt. Es wird wieder bei den Kitas angerufen, ob es eine Warteliste gibt, der Arbeitgeber wird mit seiner Frage hingehalten, wann man denn nun mit wie viel Stunden wieder zur Verfügung steht. Kurz: Das selbstverständliche, per Rechtsanspruch geregelte Thema Kinderbetreuung ist allgegenwärtig.

Kinder entwickeln gerade in den ersten Lebensjahren sehr schnell ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten, die ihren späteren Lern- und Lebensweg bestimmen. Die Grundlage für eine optimale Entwicklung ist eine sichere und anregende Umgebung. Kinder, die eine Kita besuchen können, in der sie liebevoll und qualifiziert begleitet und gefördert werden, in der sie ein warmes Essen, Aufmerksamkeit und Zuwendung bekommen, profitieren davon ein Leben lang. Umso erschreckender ist

es, dass es die größten Versorgungslücken in Vegesack, Hemelingen und der Vahr gibt, also genau dort, wo Kinder am meisten unter Armut zu leiden haben. Das ist nicht sozial und einer rot-grün-roten Regierung unwürdig!

(Beifall FDP, CDU)

Meine Damen und Herren, nach dem fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag für Kinderrechte im November bekommen wir vom Deutschen Kinderhilfswerk jetzt eine bittere Rechnung. Der Anteil der Haushaltsausgaben ist gemessen an Bremens Wirtschaftsleistung zu gering und die Zahl der Kitas ohne Zeit für Leitung und Verwaltung zu groß. Erneut sind es externe Stimmen, die die Handlungsfelder für den rot-grün-roten Senat aufzeigen. Jetzt brauchen wir einen fraktionsübergreifenden Schulterschluss für zielführende Veränderungsvorschläge.

Übrigens, neulich sprach ich mit einem Familienvater darüber, was er tun würde, wenn tatsächlich eine Rezession kommen würde. Er sagte, er würde ein kleineres Auto kaufen, er würde an Kleidung sparen, vielleicht auch aus dem Haus in eine Mietwohnung ziehen, aber niemals an Ausgaben für seine Tochter sparen. Ihr wird es an nichts fehlen, und ich bin überzeugt, dass die meisten Eltern genauso entscheiden würden, und sie würden es auch tun. Sollte das nicht auch unsere Haltung sein, die wir als Land unseren Kindern gegenüber haben? Wissen Sie was? Wir Freien Demokraten fordern ein Kindersparverbot in Bremen!

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Mittel, damit den Worten endlich Taten folgen. Wir werden den Senat in dieser Legislaturperiode stellvertretend für die Betroffenen nicht aus der Verantwortung entlassen.

Wir brauchen noch etwas: Wir brauchen den Mut, die echten Zahlen einmal offen auf den Tisch zu legen. Es wurden nämlich nur Familien gezählt, die ihr Interesse neu bekundet haben. Dabei ist nicht klar, ob dieses Verfahren, etwa wenn Sprachhürden bestehen, tatsächlich verstanden wird. Das heißt, die 1 000 Plätze sind das Hellfeld, das Dunkelfeld kennen wir nicht. Hierzu gehören auch die, die zum Beispiel resigniert haben und eben weniger Stunden arbeiten gehen. Passgenaue Betreuung ist das nicht. Kurz: Wir brauchen den Mut, die reale Lücke zu beschreiben. Der kariöse Zahn kann

nicht mehr mit einer Füllung gefüllt werden. Wir müssen endlich in die Wurzel bohren und die Krone aufsetzen.

Wir brauchen den Mut, ein Ziel, eine Vision zu formulieren: Bremer Bildung 2030, da wollen wir hin, flexibel, passgenau, bedarfsgerecht! Wir wollen keine starren Platzkontingente von 8 Uhr bis 16 Uhr, sondern ein Öffnungszeitenfenster, das tatsächlich hilft, Arbeit und Familie zu organisieren. Wir wollen unterjährige Anmeldungen, eine Auswahl an Betreuungskonzepten und Onlinemeldev Verfahren, die uns innerhalb von Sekunden informieren, an welchen Kitas Plätze frei sind.

Wir wollen Qualitätsstandards, die auch evaluiert werden. Wir wollen systematischen Spracherwerb und Betreuung ohne Notdienste. Wir wollen Trägervielfalt. Ich glaube, wir müssen über Betriebskitas, die Frau Dr. Bogedan neulich mit unserem Antrag vom Tisch gefegt hat, angesichts der aktuellen Zahlen dann doch noch einmal reden, denn wir brauchen alle Varianten, alle Anstrengungen, alle vereinten Kräfte inklusive der Kindertagespflege, wenn wir dem Bremer Bildungsnotstand etwas entgegensetzen wollen.

Wir brauchen eine enge Verzahnung von Schule und Kita, damit nicht jedes Kind alle drei bis vier Jahre neu erfunden werden muss (?), sondern durchgängig begleitet werden kann. Wir brauchen Arbeitsbedingungen, die es den Erziehern auch erlauben, Erzieher zu sein, den Kindern zugewandt zu arbeiten und sich selbst regelmäßig zu qualifizieren. Das sind Teile unserer Vision. Welche Bausteine haben Sie? Lassen Sie uns Maßnahmenpakete definieren, Baustein für Baustein.

Wir waren in den Siebzigern die Wiege der Inklusion. In Bremen wollte man als junge Erzieherin arbeiten, und da wollen wir wieder hin. Dafür muss sich aber in der Praxis noch einiges bewegen. Frau Dr. Wehrmann ist eine Fachfrau für den Bau von Kitas. Sie realisiert in verschiedenen Städten Kita-Bauten in sechs Monaten anstatt wie in Bremen in dreieinhalb bis vier (Anmerkung Protokolldienst: Liegt hier ein Versprecher vor?). So groß können also die Unterschiede sein, wenn es Herzenssache ist, was man tut.

Größte Behinderung für Frau Dr. Wehrmanns Truppe in Bremen sind die Baugenehmigungen. Aktuell stocken alle Planungen, weil der Unterausschuss für frühkindliche Bildung noch überhaupt nicht getagt hat. So gehen Monate ins Land. Okay, er hat sich konstituiert. Meine Damen und Herren,

das ist ein Skandal! Das können wir uns im Bildungsnotlageland Bremen nicht leisten. Frau Dr. Wehrmann baut derzeit mit dem PVM Familienservice eine Kita am Wall.

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Das heißt pme!)

Gestern hätten die ersten Familien fröhlich hier hineinspazieren können. Doch was ist passiert? Herr Jablonski, zuständiger Entscheidungsträger der Bildungsbehörde, entzog am letzten Freitagabend die frisch ausgestellte Betriebserlaubnis, weil der Brandschutz erst Ende Januar einen Termin anbieten könne.

Es gibt weitere absurde Meldungen: In Osterholz schenkt ein Investor dem Familienservice ein 3 500 Quadratmeter großes Grundstück, um eine Kita zu bauen. Die Planungen liegen vor, im September könnte sie stehen. Doch was passiert? Ein unglaublicher Brief aus der Behörde argumentiert, dass die dortige Zielgruppe überwiegend nicht mobil sei und ein Fußweg von einem bis zwei Kilometern nicht zumutbar sei. Wenn das Ihre Vorstellung von fordern und fördern ist, dann herzlichen Glückwunsch!

(Beifall FDP)

Wahrscheinlich winden sich schon einige auf ihren Stühlen und haben das vielleicht auch schon mit dem Blick auf die Tagesordnung getan und haben gedacht: Ach nein, nicht schon wieder Kita, und dann auch noch in Hülle und Fülle! Ich kann Ihnen aber darauf nur sagen, wenn ich etwas in der Politik gelernt habe, dann ist es, dass man manche Sau schon mehrmals durch das Dorf mit Straßenbahn treiben musste, damit sie die Beachtung fand, die ihr auch gebührte. In diesem Sinn lasse ich die Sau jetzt noch einmal los. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Eschen.

Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Woche erreichte mich zu diesem Thema eine positive Nachricht: Unsere Nachbarstochter bekommt nach Monaten des Wartens im Januar einen Kita-Platz. Ihre Mutter ist Apothekerin und hat die Vierjährige seit

den Sommerferien, in denen sie nach Bremen gezogen sind, jeden Tag mit zur Arbeit in die Apotheke genommen, also ein halbes Jahr lang, und das in Vollzeit.

Nun gibt es also ein Happy End in diesem Fall, aber es gibt nichts zu beschönigen: 1 000 fehlende Kita-Plätze sind 1 000 zu viel.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU)

Auch ich würde hierbei sogar noch weitergehen und davon ausgehen, dass es wirklich noch deutlich mehr sind. Auch dem sollten wir offen ins Auge sehen. Es gibt drei Gruppen von Kindern ohne Kitaplatz. In der ersten Gruppe finden wir die knapp über 1 000 Kinder, das sind diejenigen Kinder, deren Eltern einen Platz gesucht und keinen gefunden haben und ihr Gesuch bei der Behörde bestätigt haben. Eine zweite Gruppe von Kindern wurde ebenfalls bereits oft in den Medien erwähnt, nämlich diejenigen Kinder, die auch auf internen Wartelisten von Kitas stehen.

Mir liegt aber noch eine dritte Gruppe von Kindern am Herzen, und zwar diejenigen, deren Eltern sich aufgrund verschiedener Faktoren oder Ausgangslagen gar nicht um einen Kita-Platz bemüht haben. Darunter sind mit Sicherheit Kinder, deren Eltern eine bewusste Entscheidung getroffen haben – diese will ich ihnen auch gar nicht in Abrede stellen –, aber es gibt auch Kinder in dieser unversorgten Gruppe, die einen Kita-Besuch für ihre sprachliche und soziale Entwicklung dringend brauchen würden und deren Eltern Unterstützung dabei bräuchten, dies zu erkennen. Diesen Kindern entgeht die Chance auf frühkindliche Bildung und die auf eine gute Vorbereitung auf den Schuleinstieg ebenso.

Dennoch möchte ich betonen, dass natürlich diverse Anstrengungen unternommen wurden und werden. Der Platzausbau schreitet stetig voran, Immobilien Bremen, die GEWOBA und auch andere bauen Räumlichkeiten, mit vollem Einsatz, aber der Fachkräftemangel ist nach wie vor unser Hauptproblem.

Gerade in der letzten Woche habe ich in Blumenthal das Kinder- und Familienzentrums Kapitän-Dallmann-Straße besucht. Dort gibt es tolle neue Räumlichkeiten für sieben Gruppen, es steht also schon ein schöner neuer Bau, aber lediglich vier Gruppen sind bisher eröffnet, da die Fachkräfte für die weiteren Gruppen fehlen. 45 weitere Kinder könnten hier eigentlich betreut werden. Darauf

muss also neben der Schaffung neuer Räumlichkeiten der Schwerpunkt unserer Anstrengungen liegen, und ich kann Ihnen allen sagen, das tut er auch.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Einiges ist schon geschehen, zum Beispiel die Einführung der praxisintegrierten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, die auch ausgeweitet werden soll, und eine Anhebung der Eingruppierung von S 8a auf S 8b für Fachkräfte mit Tätigkeiten mit besonderen Belastungen in sozial herausfordernden Stadtteilen oder Inklusion und Integration.

In der letzten Sitzung der Kinder- und Bildungsdeputation haben wir nun beschlossen, den Quereinstieg in den Erzieherberuf für Fachkräfte mit Vorbildung zu vereinheitlichen und zu vereinfachen, natürlich in Kombination mit verbindlicher und hochwertiger Fortbildungsstruktur. Klar ist aber auch, dass das noch nicht reicht. Daher bringen wir als Koalition in dieser Woche in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) auch noch einen Antrag zur Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern in die Bürgerschaft ein.

Ziel des Antrags ist es, die Ausbildungsplätze in den Fachschulen entsprechend dem Fachkräftebedarf auszubauen. Außerdem wollen wir ein Modell auf den Weg bringen, das die unterschiedlichen Ausbildungsformate zu einem transparenten Aus- und Weiterbildungskonzept zusammenführt. Hierzu gehört auch eine flächendeckende Vergütung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Es gibt also wirklich viel zu tun, das ist klar, aber wir sind mitten in der Arbeit. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es stimmt, die aktuellen Zahlen sind erschreckend. Neben den Kindern, die auf internen Wartelisten der jeweiligen Kitas stehen und die die Behörde nicht einmal als unversorgte Kinder erfasst hat, haben sich im laufenden Kindergartenjahr im Januar und danach 1 520 Kinder mehr angemeldet, als es Krippen- oder Kita-Plätze gab. Doch selbst, wenn man diese Zahl noch einmal bereinigt und nur die Kinder als unversorgt zählt, deren Eltern mit einem

zweiten Brief der Behörde erneut gegenüber gesagt haben, ja, wir wollen auch stadtweit eine Vermittlung haben, bleiben 1 066 unversorgte Kinder übrig.

Dabei muss man wissen, dass allein durch diese Handhabung viele Kinder aus deprivierten Familien mit besonderen Herausforderungen automatisch abgehängt werden, denn diese melden sich eben auf solche Behördenpost gar nicht erst zurück. Das bestätigen uns die Einrichtungsleitungen Jahr für Jahr. Das heißt, das Dunkelfeld, wie es meine Vorrednerin Frau Bergmann gesagt hat, ist erheblich größer.

Diese hohen Zahlen von unversorgten Kindern sind auch nicht wirklich neu, sie steigen von Jahr zu Jahr. Die Aussage von Herrn Bürgermeister Sieling im Wahlkampf – meine Kollegin hat es eben schon ausgeführt –, jedes Kind bekomme einen Platz, kann man also getrost in das Land der Märchen verweisen. Das war Wahlkampfrhetorik ohne jegliche Substanz!

(Beifall CDU)

Erstmalig sind dabei nicht hauptsächlich fehlende Krippenplätze das Problem der letzten Jahre, sondern – und das zeigt die eigentliche Dramatik an dieser Stelle wirklich auf – es sind 877 und statistisch bereinigt 644 Kindergartenkinder, also Dreis- bis Sechsjährige, in der Vielzahl Vier- und Fünfjährige, die unversorgt ohne einen Platz dastehen.

Symptomatisch für das, was in dieser Stadt tatsächlich los ist, zitiere ich hier einmal aus der „Norddeutschen“ vom 21. November 2019: „Die Dunkelziffer der Kinder ohne Kita-Betreuung ist jedoch offenbar viel höher. Darauf wies Vanessa Meier-Heinrich, Leiterin des Kinder- und Familienzentrums Helsinkistraße, hin.“ Ich zitiere Frau Meier-Heinrich weiter aus dem Artikel, übrigens wörtlich: „Wir haben bei uns im Stadtteil eine hohe Anzahl unversorgter Kinder, darunter viele Vier- und Fünfjährige.“ Insgesamt gehe ich bei meinen eigenen Berechnungen, die ich inzwischen angestellt habe, von bis zu 200 unversorgten nahezu fünfjährigen Kindern aus, die wahrscheinlich im nächsten Jahr ohne Kindergarten erfahrung in die Schule starten müssen.

Wenn man die Zahlen der Behörde hochrechnet – 70 befinden sich derzeit in Sprachfördermaßnahmen, sind fünf Jahre alt und hatten CITO-Auffälligkeiten, 56 hat die Behörde als unversorgt bei sich gemeldet, plus die Kinder, die stadtweit überall auf

den internen Wartelisten der Kitas stehen und der Behörde gar nicht bekannt sind, weil sie dort nicht mehr ankommen –, dann kommt man relativ schnell auf diese Zahl. Es sind Kinder aus Blumenthal, aus Vegesack, aus Huchting, aus den ganzen Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen, denen wir an dieser Stelle die Teilhabe an frühkindlicher Bildung verwehren und die Chance auf den Ausgleich eventueller Defizite nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion nicht hinnehmbar.

Die Elternvertreter haben recht, wenn sie in ihrem offenen Brief schreiben: Es reicht nicht! Nichts reicht: nicht die Plätze, nicht das Personal, auch nicht die Leistungen! Weltweit mögen wir einen Klimanotstand haben, in Deutschland, und insbesondere in Bremen, haben wir aber einen Bildungsnotstand. Mit klappernden rostigen Eimern laufen wir hektisch von einer Ecke zur anderen, um einen Flächenbrand zu löschen. „Halt!“ müsste jemand rufen und den Schlauch ausrollen, um das Feuer endgültig zu löschen, denn lange läuft keiner mehr mit den rostigen Eimern.

Die Lehrer und die Erzieher sind ausgebrannt. Die Eltern wissen vor lauter Notdiensten und Ausfallstunden in den Schulen nicht mehr, wohin mit ihren Kindern, während sie doch selbst versuchen, das Familieneinkommen zu verdienen und die Generation Bildungsnotstand heranwächst, in der allein die Geburt in wirtschaftlich stabile Verhältnisse halbwegs sicherstellt, dass er oder sie lesen und schreiben lernen wird. Das, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis rot-grüner und jetzt in dem Fall – die Roten sind dazugekommen! – dunkelroter Politik. Das kann man nicht besser auf den Punkt bringen.

(Beifall CDU)

Wo bleibt die Antwort darauf, wie viel pädagogisches Personal wir tatsächlich in den nächsten fünf Jahren in den Kitas benötigen, und die Antwort darauf, wie viele Kinder aus den noch kommenden, noch geburtenstärkeren Jahrgängen ebenfalls den jetzt schon unversorgten Krippen-, Kita- oder Schulplatz benötigen? Für die so dringend notwendigen Analysen und Schlussfolgerungen haben wir immer noch keine direkten Ergebnisse.

Ich sehe in der Tat – meine Vorrednerin hat das ausgeführt – ein bisschen blinden Aktionismus: kleine Programme wie PIA oder eine Prämienzahlung im Falle einer Zweitausbildung, wenn man sich für die Ausbildung zum Sozialassistenten entschließt, aber wo, bitte schön, meine Damen und Herren, ist der Masterplan? Wo, bitte schön, ist eine umfassende Bedarfsanalyse, die nachfragt: Wie viele Erzieherinnen und Erzieher brauchen wir in den nächsten fünf Jahren in den Schulen? Wie viele brauchen wir in den Kitas und Krippen? Wie viele brauchen wir denn tatsächlich in der Jugendhilfe – auch da werden Erzieherinnen und Erzieher benötigt – und in den anderen sozialen Bereichen, von der Behindertenhilfe bis zu den anderen artverwandten Berufen, wo Erzieher regelhaft beschäftigt sind?

Wie viele werden uns denn tatsächlich in den nächsten fünf Jahren in all diesen Bereichen fehlen, denn alle zerren an der einen Erzieherin/dem einen Erzieher, die oder der fertig wird, und befeuern den Fachkräftemangel? Solange wir dafür keine Lösungen haben und nicht einmal eine Analyse, meine Damen und Herren, reden wir am eigentlichen Problem vorbei.

(Beifall CDU)

Ich muss der FDP und auch den Elternvertretern recht geben. Ihnen reicht es nämlich jetzt. Es ist tatsächlich fünf nach zwölf. Es war ein Unding, dass sich die Ressorts Soziales und Bildung zwei Jahre lang über die Federführung gestritten haben, bis endlich die ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Fachkräftemangel“ nun Ende November das erste Mal getagt hat, auch das übrigens nicht ganz freiwillig. Auch da musste der Landesjugendhilfeausschuss noch einmal ordentlich Druck machen, und nur aufgrund dieses hartnäckigen Drucks gab es jetzt das erste Treffen. Viel zu langsam, viel zu spät, meine Damen und Herren! So kann das nicht funktionieren!

Sobald es um die Zusammenarbeit verschiedener Ressorts geht, funktioniert hier in dieser Stadt übrigens auch gar nichts mehr, wie alle Kita-Träger leidvoll berichten. Es ist ein Unding, wenn einem im November fertiggestellten Kindergarten mitgeteilt wird – meine Kollegin hat es auch ausgeführt –, dass die feuerschutztechnische Prüfung Ende Januar 2020 erfolgen kann und die Kita bis dahin leider nicht geöffnet werden könne! Wieso braucht man drei Monate? Wieso wird hier nicht genügend Personal für die Ausbauten vorgehalten? Ich

denke, das ist Ihr Schwerpunkt? Ich denke, das haben Sie sich im Koalitionsvertrag als absolute Federführung auf die Fahnen geschrieben? Drei Monate! Ist das Ihre Art von Priorisierung, meine Damen und Herren?

(Beifall CDU, FDP – Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Der Senat muss den Personalbedarf anpassen, und er muss die verbindliche Koordination auf Arbeitsebene viel verzahnter und verbindlicher regeln. Da müssen wir viel besser werden. Da hilft uns auch keine Senatskommission, wo sich die Senatoren einmal in der Woche am Dienstag nach dem Frühstück noch einmal treffen und noch andere Probleme besprechen. Auf der Arbeitsebene hakt es, und das müssen wir angehen,

(Beifall CDU)

denn es ist fünf nach zwölf und keine Zeit mehr für Schlamperereien!

In keinem anderen Bundesland hängt der schulische Erfolg so sehr mit der sozialen Herkunft zusammen wie in Bremen. Je ärmer ein Stadtteil, desto mehr Schulabbrecher und desto weniger Abiturienten bringt er hervor. Das waren die zentralen Ergebnisse des gerade veröffentlichten Bildungschecks von „buten un binnen“. Genau hier fehlen aber die meisten Krippen- und Kindergartenplätze. Die politisch gesetzten Rahmenbedingungen befeuern also die soziale Spaltung, und das seit Jahren.

Der Sozialforscher Günter Warsewa vom Institut für Arbeit und Wirtschaft stellte klar, dass die Probleme schon vor der Schule entstehen, also Krippen und Kindertagesstätten eine immense Bedeutung zukommt. Wir als CDU-Fraktion wollen nicht – in Hemelingen sind es 124 unversorgte Kindergartenkinder, in Vegesack 83, in Huchting 71, und ich könnte das fortsetzen –, dass immer mehr Kindern in diesen Größenordnungen, die jeweils ganze Kita-Neubauten beinhalten, die frühkindliche Bildung vorenthalten wird. Den Eltern ist kein Vorwurf zu machen, meine Damen und Herren. Viele von ihnen haben sich im Rahmen ihrer Möglichkeit zum Teil zwei bis vier Jahre hintereinander um einen Platz bemüht, sie habe ihn aber nicht erhalten, weil er nicht da war.

Wir wollen Lösungen – insbesondere jetzt in erster Linie als Notprogramm – für die unversorgten Fünfjährigen, die nächstes Jahr in die Schule kommen

und eben nicht in der Kita soziale Gruppeninteraktion oder Grob- und Feinmotorik im Gruppenalltag lernen konnten. Bildungsnahe Eltern können noch einen Teil auffangen und mit ihren Kindern malen und basteln. Andere Eltern können ihre Kinder nicht so unterstützen.

Ein fehlender Kita-Platz bedeutet also für diese Eltern, dass das Kind am ersten Schultag ganz konkret den Stift nicht richtig halten kann. Es wird also von vornherein abgehängt, wenn es wie die anderen das Schreiben lernen soll. Wir brauchen kurzfristige Notmaßnahmen, insbesondere in den Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen, für die Sie als Koalition doch eigentlich so stehen, und ein Angebot, um wenigstens mit geringer Stundenzahl Spracherwerb, Gruppen-Interaktion, grob- und feinmotorisches Training stattfinden zu lassen, da wir auch in den nächsten Jahren – und ich bitte, das jetzt auch wirklich ernst zu nehmen! – nicht genügend Kita-Plätze für alle, insbesondere in den Stadtteilen mit diesen besonderen Herausforderungen haben werden. Das ist heute schon klar ersichtlich und erkennbar, und das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Bildungsressort in den jeweiligen Beiräten auch schon deutlich gesagt, und in den Fachausschüssen der jeweiligen Beiräte ist das Konsens und auch so besprochen worden.

Wenn wir also wollen, dass in den nächsten Jahren für die fünfjährigen Unversorgten tatsächlich eine Lösung geschaffen wird, dann brauchen wir an dieser Stelle ein Umsteuern. Deswegen legen wir heute auch unseren Antrag „Chancen auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!“ ebenfalls zur Abstimmung vor, um genau das zu erreichen, und wir hoffen auf Ihre Zustimmung, denn kein Kind in Bremen – und ich hoffe, das eint uns hier in allen Fraktionen – sollte ohne jegliche Kindergartenerfahrung in die Schule starten müssen. Ich hoffe, dass wir uns alle gemeinsam hinter diesem Ziel versammeln können. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Krümpfer.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wollen wir jetzt einmal ein bisschen sachlicher bleiben!

(Beifall SPD)

Zunächst freuen wir uns sehr, dass mittlerweile viele Eltern die Angebote der frühkindlichen Bildung schätzen und diese gern in Anspruch nehmen möchten. Ja, Sie haben recht, liebe Kollegen von der FDP, es ist nicht gut, dass so viele Eltern keinen Platz für ihr Kind in der Kita haben. Diese Situation wollen wir alle nicht, für die Eltern nicht und für die Kinder nicht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Der Presse können wir aber auch entnehmen, dass viele Städte, wie Nürnberg, Dortmund und Essen, im Vergleich mit Bremen dieselben Herausforderungen haben wie wir. Wir stehen in der Bundesrepublik mit noch nicht vorhandenen oder nicht ausreichenden Kita-Plätzen nicht allein da.

Blicken wir doch noch einmal kurz ein paar Jahre zurück: Im August 2013 ist das Gesetz zum Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr in Kraft getreten. Zu dieser Zeit gingen viele Kommunen davon aus, dass sich ungefähr 35 Prozent der Eltern für ein solches Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen entscheiden würden. Diese Annahme war falsch. Des Weiteren lagen die Statistiker mit ihren demografischen Prognosen falsch. Sie haben den starken Anstieg der Kinderzahl nicht kommen sehen, und hinzu kam noch die Zuwanderung. Das tröstet jetzt niemanden, und damit hat auch niemand einen Kita-Platz mehr, das ist uns auch klar.

Um aber kurzfristig kleine Lösungen für angehende schulpflichtige Kinder zu schaffen, hat die Verwaltung ja ein Angebot geschaffen. Es ist nicht ausreichend, aber es ist ein kleines Angebot, Frau Ahrens hat es eben gerade schon erwähnt. Dieses Angebot nutzen 56 Kinder. 70 Plätze sind dafür geschaffen. Wir werden im nächsten Jahr zu diesem Thema ja weiter in der Deputation und wahrscheinlich auch im Unterausschuss diskutieren, welche möglichen und nötigen Voraussetzungen für diese Kinder noch geschaffen werden können.

Das allergrößte Problem ist natürlich auch, dass uns zusätzlich die Fachkräfte fehlen. Aufgrund der vorgenannten Prognosen sind in den Bundesländern entsprechend weniger Fachkräfte ausgebildet worden, viel zu wenige, wie wir heute wissen. Diese fehlenden Fachkräfte spielen auch heute die zentrale Rolle, wenn es darum geht, ausreichend Plätze bereitzustellen.

Nun kann man uns nicht nachsagen, dass wir in den letzten Jahren untätig geblieben wären. Ganz

im Gegenteil, es sind in der letzten Legislaturperiode ungefähr 3 000 neue Kita-Plätze entstanden, so viele wie nie zuvor in solch einem Zeitrahmen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Auch im laufenden Jahr sind bereits 400 neue Plätze geschaffen worden, die allerdings nur sukzessive an den Start gehen können, weil noch dringend Personal benötigt wird. In diesem Kita-Jahr werden voraussichtlich noch 700 weitere Plätze geschaffen. Auch da ist es natürlich nur möglich, dass alle an den Start gehen können, wenn wir auch das Personal dazu haben. In erster Linie möchten wir uns an dieser Stelle aber bei all den Trägern bedanken, die sich trotz der schwierigen Personalsituation auf den Weg machen, um weitere Plätze zu schaffen und diese auch an den Start bringen zu wollen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, wir werden den Ausbau weiter vorantreiben. Das bestehende anerkannte, transparente und schnelle Entscheidungsverfahren wird im Verbund mit den nun auf den Weg gebrachten Senatskommissionen für Kita- und Schulbauten dazu beitragen, dass Planungen schneller entschieden werden können.

Beim Bauen gibt es aber auch noch weitere Probleme, und damit stehen wir ebenfalls nicht allein in der Bundesrepublik, denn die Bauwirtschaft und die angeschlossenen Handwerksbetriebe leiden ebenfalls unter einem eklatanten Fachkräftemangel, weil neben neuen Kitas und neuen Schulen auch mehr Wohnräume geschaffen werden müssen. Da ist die Konkurrenz jetzt noch einmal besonders groß.

Neben dem kontinuierlichen weiteren Ausbau haben wir eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Natürlich haben wir bereits die Ausbildungskapazitäten massiv aufgestockt. Für die Sicherung und Gewinnung von Fachkräften müssen wir die Ausbildung und den Beruf attraktiver machen. Wir haben daher bereits begonnen, Erzieherinnen und Erzieher stufenweise besser nach der Entgeltgruppe S 8b zu bezahlen.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei aber auch eine vergütete Ausbildung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb haben wir PiA eingeführt, die praxisintegrierte, von Anfang an vergütete Ausbildung. 100 Personen sind bereits in Ausbildung, 50 weitere folgen, und wir werden in den nächsten Tagen – darauf hat die Kollegin schon hingewiesen – ein Konzept auf den Weg bringen, das aufzeigen soll, wie während der Aus- und Weiterbildung möglichst alle eine Vergütung bezahlt bekommen, um so Ungleichheiten auszuräumen.

Mit der Einführung einer Teilzeitausbildung soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert oder auch gleichzeitig die Berufstätigkeit ermöglicht werden. Damit wollen wir die Erzieherinnen-ausbildung für einen größeren Personenkreis attraktiver machen. Auch das Quereinsteigerprogramm – das ist ebenfalls von den Kollegen schon genannt worden – haben wir in der letzten Woche in der Bildungsdeputation beschlossen.

Keine Frage, wir müssen an vielen Stellen auch noch besser werden, aber es liegt weder am fehlenden Wissen noch am Geld, das wir bereitstellen wollen. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich allen Eltern einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen. Das müssen wir alle mit vereinten Kräften tun. Wenn Sie alle hier im Raum in Ihrem Stadtteil noch Flächen entdecken – am liebsten natürlich in Hemelingen, Huchting oder Vegesack! –, wo wir noch Kitas bauen können, dann wenden Sie sich doch bitte mit dieser Information direkt an die Senatorin!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Aus meiner Sicht sind viel zu wenige konkrete Vorschläge von der Opposition gekommen,

(Lachen CDU)

Doch, ja, also keine Maßnahmen, von denen wir meinen, dass es die richtigen sind! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Zurufe CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kurz vor Weihnachten, die letzte Sitzung der Bremischen Bürgerschaft im Dezember, und da kommt einem das Lied „Alle Jahre wieder“ in den Sinn: Alle Jahre wieder stehen wir hier und müssen leider über fehlende Kita-Plätze sprechen, und Sie können mir glauben, das schmerzt mich

persönlich als Mutter, das schmerzt aber uns alle in diesem Raum, denn natürlich kann uns das nicht zufriedenstellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt mindestens 1 066 unversorgte Kinder – es wurde schon gesagt –, da sind nicht diejenigen dabei, deren Eltern nur einmal ihren Bedarf geäußert haben, und es sind nicht diejenigen dabei, die auf einrichtungsbezogenen Wartelisten stehen. Deswegen sind es also mindestens 1 066 unversorgte Kinder. Das ist ein echtes Drama für die Betroffenen selbst – für die Kinder und ihre Eltern –, es ist aber auch frauenpolitisch, bildungspolitisch und sozialpolitisch nicht zufriedenstellend, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir alle wissen, genauso, wie Weihnachten nicht plötzlich kommt, ist auch dieser Zustand nicht plötzlich über uns hereingefallen, sondern er ist eine Folge eines jahrelangen Sparkurses, aber auch einer Ausbauplanung, die immer wieder regelmäßig angepasst und nach oben korrigiert werden musste.

Meine Kollegin Frau Krümpfer hat es eben schon erwähnt, im Jahr 2013 griff der Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr, und als dieser im Jahr 2008 im KiföG, im Kinderförderungsgesetz, eingeführt wurde, ging man davon aus, dass in den Kommunen bundesweit ein Bedarf von 35 Prozent bestehen würde. Das hat der Deutsche Städtetag damals empfohlen, und so wurde auch ausgeplant. Wir alle wissen, heute planen wir mit 60 Prozent, das hatte aber eben auch zur Folge, dass auch nur entsprechend ausgebaut wurde.

Der Ausbau dann bis zum Jahr 2013 – der Ausbauplan sah den Bau von Krippen vor – hat aber im Wesentlichen Plätze durch die Aufnahme von unter dreijährigen Kindern, die im dritten oder vierten Quartal eines Jahres geboren sind, in den Elementargruppen geschaffen, dadurch wurden 1 066 unter dreijährige Kinder versorgt. Wir alle wissen, dadurch ist keine zusätzliche Einrichtung oder kein zusätzlicher Platz geschaffen worden, sondern das war eine Verschiebung, die uns jetzt auf die Füße fällt, weil jetzt die Elementargruppen voll sind und wir eben auch drei- bis sechsjährige unversorgte Kinder haben.

(Beifall DIE LINKE)

Beim Wirksamwerden des Rechtsanspruchs hatten wir dann eine ungleiche Versorgung von unter Dreijährigen in den Stadtteilen. Darauf hat die damals rot-grüne Koalition mit einem Antrag reagiert, der im Jahr 2013 vorgelegt wurde, er hieß „Alle Kinder mitnehmen“. Da nahm man sich vor, den aufholenden Ausbau in allen Stadtteilen zu bewältigen, das heißt, eben auch in den Stadtteilen, in denen noch eine unterdurchschnittliche Krippenversorgung bestand.

Damals ging man noch davon aus, man müsste erst die Krippen schaffen, und dadurch würde man eine Nachfrage generieren, weil gerade in den ärmeren Stadtteilen die Eltern ihren Rechtsanspruch noch nicht in Anspruch nahmen, also die Zahl der Anmeldungen sehr viel niedriger war als die der Anmeldungen in den reicheren Stadtteilen.

Wir wissen, heute ist die Situation anders. Im Jahr 2015, also ein Jahr später, gab es dann einen neuen Ausbauplan auf Basis dieses Antrags des Senats, der 50 Prozent Versorgungsquote in allen Stadtteilen vorsah – das war sozusagen erstmals eine flächendeckende Versorgung –, und er sah einen Ausbau von 2 464 Plätzen bis zu diesem Sommer vor. Wir wissen, geschehen ist noch viel mehr als die damalige Ausbauplanung. Man hat die Ausbauplanung noch übertroffen, weil man sie übertreffen musste, weil sie am Ende von der Realität überholt wurde und man mehr Plätze schaffen musste, als man sich einmal vorgenommen hatte. Das sehen wir inzwischen in der Retrospektive immer.

Im Jahr 2017 hatte man trotzdem noch eine Spaltung der U3-Versorgung in den Stadtteilen. Wir hatten uns das einmal ausgerechnet nach der Zahl der Kinder, die in den Stadtteilen wohnen, und der Versorgungsquote von U3-Plätzen. Da hatten wir in Gröpelingen eine U3-Versorgungsquote von 19 Prozent und in Horn-Lehe von 54 Prozent, das ist mehr als das Doppelte. Der Grund war, dass die Eltern in den reicheren Stadtteilen eher ihren Rechtsanspruch geltend machen und ihn und auch durchsetzen können.

All das ist auch nicht vom Himmel gefallen, sondern all das ist auch die Folge eines Sanierungspfades, der zwar Haushaltslöcher gestopft, aber leider Lücken oder Löcher in die Kita-Versorgung gerissen hat. Die Haushaltssanierung ist also die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite haben wir einen Investitionsstau bei Straßen, Schulen und Schwimmbädern, aber eben auch einen Mangel an

Kita Plätzen, mit dem, wie gesagt niemand in diesem Haus zufrieden sein kann.

Der Grund ist natürlich klar: Bei knappen Ressourcen befriedigte man die Rechtsansprüche, die geltend gemacht wurden – wie gesagt, von den Eltern, die die Mittel und die Ressourcen und auch die Lobby dafür haben –, und die Nachfrage, die nicht geäußert wurde, deckte man eben nicht, weil ein Euro nur einmal ausgegeben werden konnte.

Im Jahr 2017 änderte sich dann die Lage, und ein riesiger Platzmangel kam auf. Über die Sommerferien wurde dann bekannt, dass 1 700 Kinder unversorgt sind, und zwar vor allem in den ärmeren Stadtteilen. Das ist einerseits gut, weil es bedeutet, dass jetzt auch die Eltern in den ärmeren Stadtteilen ihren Rechtsanspruch und die Förderung für ihre Kinder in Anspruch nehmen. Das heißt, die Prognose von damals, dass man erst Angebote schaffen muss und dann eine Nachfrage generiert wird, hat sich bewahrheitet.

Das ist gut, denn das bedeutet, dass den Eltern etwas an der frühen Förderung ihrer Kinder und an der frühkindlichen Bildung gelegen ist. Das hat aber eben auch zur Folge, dass wir gerade da leider immer noch eine große Unterversorgung haben. Die Behörde hat dann in einem echten Kraftakt, das muss man sagen, über 1 000 Plätze in Mobilbauten geschaffen, sie hat Einrichtungen bewilligt, hat Krippen und auch Regeleinrichtungen an den Start gebracht. Das war ein unvergleichbarer Kraftakt, der in der Stadtgemeinde so noch nicht vorgekommen ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das Problem dabei ist, wir haben es mit steigenden Geburtenzahlen zu tun, wir haben Zuzüge von Kindern und Familien gerade in diese Stadtteile, weil dort der bezahlbare Wohnraum ist, wir haben größere Anforderungen an Sprachförderung, an soziale Bedarfe, und das bedeutet eben, dass die Anforderungen leider stärker gestiegen sind, als man Einrichtungen schaffen konnte, sogar SoProMop schaffen konnte. Deswegen sind wir nach wie vor in der Situation dass wir 1 066 unversorgte Kinder haben. Wie gesagt, wir finden es gut, dass die Nachfrage existiert, und es schmerzt, dass wir gerade diesen Kindern, die diese Förderung so dringend brauchen, ihren Rechtsanspruch, ihren Kita-Platz nicht zur Verfügung stellen können, gerade – es wurde schon gesagt – in Hemelingen, Huchting oder Vegesack. Das ist ein Drama, und wir setzen alles daran, das zu verändern.

Gerade auch die 56 unversorgten fünfjährigen Kinder, die in die Schule kommen, bereiten uns Sorgen. Es ist aber nicht so, dass die Behörde da tatenlos wäre. Es werden Programme angeboten, 70 Plätze werden angeboten für die Sprachförderung für die Kinder, die in die Schule kommen, und Ähnliches schlagen Sie von der CDU ja auch vor.

Die Bildungsgerechtigkeit erfordert Plätze, sie erfordert aber eben auch ausreichendes Personal, und damit sind wir beim Fachkräftemangel. Wir haben fertige Einrichtungen, es wurde schon gesagt, aber leere Gruppen, weil das Personal für diese Einrichtungen nicht zur Verfügung steht. Das DJI hatte schon länger einen Fachkräftemangel prognostiziert, und 2017 hatte die LINKE eine Große Anfrage zum Bedarf an pädagogischen Fachkräften eingereicht.

Im Nachhinein muss man auch an der Stelle sagen, das Problem ist seitdem eher größer als kleiner geworden. Wir haben Vakanzen, wir haben Notdienste, wir haben Elternbriefe, so weit sind wir uns doch einig in der Analyse. Was folgt aber daraus, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ja, ich nörgele auch manchmal gern, das macht auch manchmal Spaß, aber es ist nicht besonders konstruktiv,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Bensch [CDU]: Welch Sinneswandel! – Zuruf Abgeordneter Schäck [FDP])

und vom Nörgeln, Herr Schäck, ist auch noch kein einziger Kita-Platz entstanden. Die FDP hat heute eine Aktuelle Stunde beantragt, aber ehrlich gesagt, Frau Kollegin Bergmann, ich habe keinen einzigen konkreten Vorschlag von Ihnen gehört.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie fordern hier einen fraktionsübergreifenden Konsens, aber konkrete Umsetzungsmaßnahmen, die Sie konkret zur Abmilderung der Unterversorgung vorschlagen, habe ich von Ihnen heute nicht gehört, außer einem „Wünsch Dir was“, das Sie hier vom Stapel gelassen haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

In der Deputation für Kinder und Bildung, die hat ja erst kürzlich getagt, kamen stattdessen etwas abstruse Vorschläge, man könnte Kinder ja noch in den Bürgerhäusern betreuen. Ehrlich gesagt, das sind nicht die Vorschläge, die ich mir vorstelle oder die uns in dieser Frage in irgendeiner Weise voranbringen.

Wir machen es uns doch nicht leicht in dieser Frage! Wir – damit meine ich jetzt vor allem das Ressort – krepeln die Ärmel hoch und schaffen. Wir schaffen Kita-Plätze im wesentlichen Umfang und in einem nie dagewesenen Tempo, und wir tun, was wir können, und wir sind uns auch nicht zu fein dazu, Kompromisse einzugehen. Auch wir ergreifen Maßnahmen, die wir in einer anderen Situation nicht ergreifen würden, zum Beispiel solche, die kurzfristig greifen und akut helfen, weil die Lage akut ist. Wir haben das Quereinsteigerprogramm beschlossen, da waren Sie in der Deputation dabei. Da werden Berufsgruppen für die Kindertageseinrichtungen zugelassen, wo ich ehrlich gesagt sagen würde, ich hätte lieber Erzieherinnen und Erzieher. Die haben wir aber leider nicht, und deswegen öffnen wir dieses Berufsfeld auch für angelehnte Berufsgruppen.

Ganz ehrlich, Frau Bergmann, ich weiß zwar nicht, wo Sie in der Sitzung der Deputation geistig waren, physisch waren Sie jedenfalls anwesend. Wir haben in dieser Sitzung auch weitere Interessenbekundungen bewilligt. Was Ihr Problem ist, weiß ich auch nicht! Es werden doch Standorte bewilligt! Das lassen Sie einmal eben hinten hinunterfallen, und das finde ich nicht ganz lauter, würde ich jetzt einmal sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben auch noch einmal über dieses Modell angestellter Kindertagespflege gesprochen – damals noch aus der Opposition heraus, wo wir im Gegensatz zu Ihnen auch schon konstruktive Vorschläge gemacht haben, Entschuldigung! –, weil wir glauben, dass ein Anstellungsverhältnis für Personen in der Kindertagespflege möglicherweise attraktiv sein kann, damit man zusätzliche Personen für die Kindertagespflege gewinnen könnte, weil wir wissen, dass das bisherige Modell in einer Selbstständigkeit auch einen hohen Verwaltungsaufwand und ein hohes Risiko mit sich bringt.

Insofern würden wir gern noch einmal intensiv an dieses Modell der Angestellten in der Kindertagespflege herangehen, weil wir glauben, dass man dadurch in einem relativ kurzen Zeitraum zusätzliche Personen gewinnen kann, die Kinder auch mit den derzeitigen Standards, also mit guten Standards, betreuen können. Wir scheuen uns auch nicht davor, Maßnahmen in der Fläche jenseits dieser partiellen Maßnahmen zu ergreifen, die sozusagen partiell die akute Notlage abmildern sollen.

Ich finde es interessant, dass Sie das mit dem Fachkräftebedarf noch einmal ansprechen, weil wir in der Bürgerschaft (Landtag) – ich weiß nicht, ob Sie bis übermorgen gedacht haben! – doch den Antrag zur Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern haben,

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Wir haben eigenen Antrag dazu, Frau Kollegin!)

und da ist auch eine valide Bedarfsprognose ähnlich dem Gesundheitsberufe-Monitoring enthalten. Also, auch das gehen wir an, und enthalten ist auch die Arbeitsgruppe zur bezahlten Aus- und Weiterbildung. Das sind Maßnahmen, die wirken in der Fläche – sie wirken leider nicht morgen oder heute, aber sie wirken in der Fläche – und mildern die Situation und verbessern sie von morgen, und das finde ich wichtig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie gesagt, es ist kurz vor Weihnachten. Es kann sein, dass die FDP sich die 1 066 Kinder vom Weihnachtsmann wünscht,

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Kinder sind ja da!)

dass Sie Ihren „Wünsch Dir was“-Zettel an den Weihnachtsmann geschickt haben, ich weiß es nicht. Wir warten nicht auf die Rentierkutsche mit den Geschenken, sondern wir machen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass eine Opposition bestehende Problemlagen in einer Stadt, in einer Gemeinde aufgreift. Frau Bergmann, es ist allerdings nicht notwendig, dass sie uns darauf aufmerksam machen. Ich glaube, es ist kein Zustand – das haben wir jetzt eben in den vorangegangenen Reden immer wieder gehört –, der von irgendjemandem schöngeredet wird, es ist kein Zustand, der irgendwie negiert wird, und es ist vor allem kein Zustand, an dem wir nicht mit voller Tatkraft arbeiten, damit er behoben wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es wurde jetzt viel kritisiert, wir wüssten nicht, wohin wir wollen, und wir würden auch nichts dafür tun, diese nicht vorhandenen Ziele zu erreichen. Ich würde das gern zurückweisen, und vor allem würde ich gern einmal die Fakten darstellen.

Tatsächlich ist es so, dass wir im Koalitionsvertrag ein ganz klares Ziel verabredet haben, das Ziel heißt Vollversorgung. Wenn wir davon sprechen, dass wir 60 Prozent Plätze für unter Dreijährige und 100 Prozent Plätze für über Dreijährige schaffen, ist das nichts anderes als das Ziel Vollversorgung, denn wir müssen davon ausgehen, dass in der Altersgruppe der Null- bis Dreijährigen das erste Lebensjahr, die ersten 14 Lebensmonate in der Regel durch Elternzeit abgedeckt sind. Das heißt, wenn wir für zwei Drittel der weiteren Kinder Plätze anbieten, haben wir eine Vollversorgung.

Das zweite Ziel haben wir hier auch an ganz vielen Stellen diskutiert. Wir machen das nicht irgendwie oder irgendwie so zum Spaß, sondern wir haben ein klares Ziel: Wir tun das für die Kinder in dieser Stadt, um ihnen faire Bildungschancen zu gewährleisten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb ist natürlich das Ziel, wenn wir diese Vollversorgung haben, dann hören wir nicht auf zu laufen, sondern das Ziel ist natürlich, dass wir eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung organisieren, und das heißt eben auch, dass wir uns in der langfristigen Perspektive – auch das kann man in der Koalitionsvereinbarung nachlesen – dafür starkmachen wollen, dass wir in den Stadtteilen auch Ungleiches ungleich behandeln können, wie wir es als unsere Maxime benannt haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das heißt bessere Ausstattung dahin, wo die Kinder die größeren Bedarfe haben! Das ist unsere Marschrichtung. Davon abgeleitet ist es relativ klar, dass wir dann unsere Maßstäbe setzen, und unsere Maßstäbe heißen Plätze, Plätze, Plätze. Das heißt, wir brauchen Dächer und vier Wände, wo die Kinder betreut werden, aber wir haben eben auch schon gehört, allein damit ist es nicht getan. Wir brauchen auch die Erwachsenen, die gut ausgebildet sind, um dann diese qualitativ hochwertige Bildung anbieten zu können.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode sozusagen ein Stichwort für diese Zielperspektive gefunden, das Stichwort heißt aufholende Entwicklung.

Aufholende Entwicklung ist nichts anderes als der Garant dafür, dass wir aus der Unterversorgungssituation herauskommen, indem wir permanent kontinuierlich Monitoring betreiben und nicht irgendeine fixe Zahl in den Raum stellen und sagen, sondern so viele Plätze wollen wir bis zum Zeitpunkt XY schaffen, sondern wir überprüfen Jahr für Jahr, ob wir die Versorgungsquote, das heißt ein wachsendes Ziel, ein sich bewegendes Ziel, auch erreichen. Natürlich schmerzt es, es schmerzt ohne Ende, wenn die Lage in diesem Jahr so ist, dass wir über 1 000 Kindern ihren Rechtsanspruch nicht erfüllen können. Natürlich lässt es mich auch nicht ruhen, dafür Sorge zu tragen, wie wir dies gewährleisten können.

Wir haben eben schon davon gesprochen, es sind mittlerweile nicht mehr nur 3 000 Plätze aus der letzten Legislaturperiode, sondern es ist ja schon einiges in den letzten Monaten auch wieder hinzugekommen. Wir sind bei mittlerweile annähernd 4 000 Plätzen, die wir seit 2015 geschaffen haben, das kann man auch jetzt noch einmal schön mit dem neuen Statusbericht nachrechnen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wir haben eben auch gehört, das hört ja nicht auf, sondern wir haben jetzt schon eine lange Liste von Einrichtungen, die im Übrigen auch schon in den Gremien Thema waren, die also auch schon von der Deputation zur Realisierung vorgeschlagen worden sind, wo Interessenbekundungen vorliegen, die sozusagen jetzt in die Realisierung gehen, sodass wir unser Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode eine auskömmliche Situation zu schaffen, dann auch realistisch erreichen können.

Der Fachkräftemangel – das haben wir eben auch schon gehört – ist dummerweise etwas, was damit einhergeht. Wenn wir viele Plätze schaffen, müssen wir auch mehr Fachkräfte haben, aber auch dort ist es mitnichten so, als hätten wir in den letzten Monaten oder in den letzten Jahren die Hände in den Schoß gelegt und gesagt, na ja, irgendwie ruckelt sich das schon zurecht. Nein, genau das haben wir ja nicht gesagt, sondern wir haben uns angesehen, was wir machen können, um mehr Menschen in die Ausbildung zu bekommen.

Es ist relativ naheliegend, wenn man in einem Zweistädtestaat lebt und da die Verantwortung trägt, dass man das, was man dann auf der Landesebene regeln kann, auch tut, nämlich in den Verordnungen und in Ausbildungsordnungen zu korrigieren und Möglichkeiten zu schaffen, mehr

Menschen hereinzuholen. Das haben wir getan, und das führt unter anderem dazu, dass wir Anrechnungszeiten aus der Praxis verbessert haben, was dazu führt, dass die Ausbildung verkürzt wird. Das heißt, dass diejenigen, die jetzt in Ausbildung sind, dann auch schneller als fertig ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stehen, denn es muss doch weiter unsere Maßgabe bleiben, dass wir gut qualifizierte Fachkräfte haben und diese dann so schnell wie möglich in unsere Einrichtungen bekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Damit wir auch hier von Fakten sprechen: Wir haben die Zahl der Absolventinnen und Absolventen aus SPA- und Erzieherinnenausbildung seit 2015 um zwei Drittel gesteigert. Wir gehen davon aus, dass wir pro Jahr circa 500 Erzieherinnen und Erzieher brauchen. Das wird sozusagen je nach Aufwuchs der Plätze einmal mehr und einmal weniger sein, und wir haben mittlerweile pro Jahr eben 665 Absolventinnen und Absolventen. Das heißt, wir sind mitnichten in einer Situation, in der wir hinterherhinken, aber wir müssen natürlich auch dafür Sorge tragen, und das ist eine Maßnahme, über die wir ja auch heute noch diskutieren werden: Wie können wir dann auch den Beruf so attraktiv gestalten, dass wir diejenigen, die wir ausgebildet haben, auch im Beruf halten? Auch das ist ein wichtiges Thema. Wir müssen uns auch um die Arbeitsbedingungen derjenigen kümmern, die in den Einrichtungen tätig sind.

Die bezahlte Ausbildung – wir haben es eben schon gehört – ist eine Maßnahme, mit der wir eben nicht nur etwas Kleines geschafft haben, sondern mittlerweile gibt es ja 150 Plätze, die wir für die PIA-Ausbildung geschaffen haben, und es soll weitergehen, wir wollen mehr Plätze schaffen, das haben wir fest verabredet, auch gegenüber dem Bund.

Wir haben eine Werbekampagne gestaltet, wir haben in der letzten Deputationssitzung das Quereinsteigerprogramm, das in der Summe auch wieder 270 Plätze und Menschen in die Einrichtung bringen wird, geschaffen. Wir haben die berufsbegleitende Qualifizierung ausgeweitet, auch da mehr Plätze geschaffen, um mehr Leute schnell in die Ausbildung zu bekommen, denn das sind diejenigen, die nicht diese fünfjährige Ausbildung durchlaufen, sondern eben auch über einen Seiteneinstieg kommen und sich dann berufsbegleitend weiterqualifizieren. Dafür gibt es eine Abschlussprämie, auch als Anreizsystem. Es ist also nicht so, als hätten wir nichts getan.

Klar ist aber auch, wir müssen noch mehr tun. Ich kann Ihnen versichern, dass wir das auch in gewohnter Weise pragmatisch umsetzen werden, dass wir uns an der Stelle auch, liebe Frau Ahrens, konstruktiven Hinweisen nicht verschließen werden. Die Frage der Änderung des BremAOG, finde ich, ist eine Frage, die fachlich diskutiert werden muss. Es gibt Für und Wider, und ich fände es gut, wenn wir die Gelegenheit nutzen würden, tatsächlich über solcherlei konstruktive Hinweise dann auch gemeinsam zu entscheiden und vielleicht auch zu gemeinsam getragenen Kompromissentscheidungen zu kommen, denn es ist tatsächlich ein Abwägen von unterschiedlichen Aspekten, eben von Für und Wider.

(Zuruf Abgeordnete Ahrens [CDU])

Genau, und wir teilen das Ziel! Wir teilen das Ziel, denn es geht am Ende um Bildungsgerechtigkeit, und es geht darum, dass wir den Kindern eine Chance geben. Deshalb haben wir ja – wir haben es auch eben schon gehört – 70 Plätze bereits für Kinder geschaffen, die einen ganz dringenden Bedarf haben, die einen nachgewiesenen Sprachförderbedarf haben, um ihnen ganz pragmatisch jetzt schon ein ganz konkretes Angebot zu machen, das sie jetzt schon annehmen, um auf das kommende Schuljahr vorbereitet zu werden. Ich glaube, das zeigt, dass wir bereit sind, auch pragmatische, kurzfristige Lösungen umzusetzen und an der Stelle nicht dogmatisch zu sein. Ich kann auch noch einmal versichern, es gibt niemanden im Senat, der in Abrede stellen würde, dass das unsere drängendste und auch die wichtigste Aufgabe der gesamten Stadt ist, die im Moment zu lösen ist, und es ist eine gemeinsame Kraftanstrengung.

Ich möchte mich an der Stelle auch noch einmal ganz, ganz herzlich bei allen Trägern bedanken, bei allen Menschen, die hier in der Stadt auch in den letzten Monaten mit dazu beigetragen haben, die durch die Stadtteile gelaufen sind, uns Orte gemeldet haben, die Investoren gebracht haben, die Träger, die sich engagiert haben, die Fachkräfte gesucht haben, die mit uns Konzepte weiterentwickelt haben. Es geht nicht ohne diese gemeinsame Kraftanstrengung, und ich finde, da haben alle Akteure in der Stadt, die für die Jugendhilfe zuständig sind, sehr Gutes geleistet und uns auch sehr stark dabei unterstützt. Dafür einen herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Deshalb zum Schluss nur noch ein persönlicher Satz: Ich bin angetreten, um Kindern in der Stadt

Bremen bessere und faire Bildungschancen zu ermöglichen. Ich habe gesagt, dafür ist es wichtig, dass wir genau hinschauen. Zum genauen Hinschauen gehört es auch, dass ich es ehrlich gesagt nicht mag, wenn man über Säue und Dörfer spricht, wenn über Kinder und die Chancen von Kindern gesprochen wird. Ich werde jedenfalls alles tun, um für die Kinder unserer Stadt gute und faire Bildungschancen zu bieten, und ich werde damit auch nicht aufhören! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich auf den Besuchsplätzen recht herzlich in der Bürgerschaft die Studiengruppe G des Polizeivollzugsdienstes der Hochschule für Öffentliche Verwaltung begrüßen.

Seien Sie heute bei uns recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich höre von der Senatorin „pragmatisch“, „langfristig“, „konstruktiv“, lauter sehr positive Worte, aber ich habe sie jetzt auch so oft so erlebt, dass sie eine Wand, die ich deutlich als grün erkenne, so beschreibt, dass ich hinterher fast überzeugt bin, dass sie blau ist, sodass ich weiß; sie ist eine Wortkünstlerin. Auch dieses bewusste Verdrehen der Äußerung über diese Sau, die ich durch das Dorf getrieben habe – da gab es keine Analogie zu den Kindern! –, unterstreicht das für mich.

Ich habe ein Zitat von ihr aus der Presse der letzten Woche, die Schwarzmalerei sei furchtbar, es laufe doch. Mann, das ist doch der Ausgang des Problems, dass man überhaupt nicht erkennt, dass es ein Problem gibt!

(Beifall FDP, CDU)

Ich habe zu diesem Absurdistan, das ich vorher am Ende der Debatte im Zusammenhang mit dem geschenkten Kita-Platz und den Bauten von Frau Wehrmann genannt habe, kein Wort gehört. Das ist doch ein Unding, das zeigt doch eine Haltung!

Zu dem Themen von Frau Leonidakis und Frau Krümpfer: Ich weiß nicht, wo Sie mit Ihren Gedan-

ken waren, aber ich habe hier ungefähr zehn Vorschläge gemacht, konstruktive Vorschläge, wohnen wir wollen! Ein Vorschlag war zum Beispiel die digitale Anmeldung von Kindergartenplätzen, sodass man sofort auf einen Blick sieht, wie viele frei sind und wo es Plätze gibt.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das schafft doch keinen Platz mehr! – Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD] – Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Alle Anmeldungen werden digital erfasst!)

Wenn es Ihnen nicht gelungen ist, diese Bausteine aufzunehmen, man kann alle zehn im Protokoll nachlesen, das ist gar kein Problem!

(Beifall FDP)

Die Dinge mit dem Blick zurück gemeinsam zu beurteilen, hat wahrscheinlich keinen Wert, weil wir zu verschiedenen Ergebnissen kommen. Schauen wir nach vorn: Wenn es uns gelingen sollte, gemeinsam Ziele zu definieren, dann werden ja vielleicht auch unbequeme Maßnahmen tragbar. Dann braucht man vielleicht zwei Jahre das 21. Kind, aber dann können wir die Maßnahme beenden und blicken wieder auf einen besseren Betreuungsschlüssel. Vielleicht brauchen wir auch drei Jahre lang viele Quereinsteiger, um den Beruf zu schultern. Ich kann nachvollziehen, dass man da erst einmal schluckt, und ich kenne auch die Diskussion über das Thema Quereinsteiger: Wie kann jetzt eine Mama, die Kinder hatte, so eine Qualifikation haben wie jemand, der fünf Jahre Berufsausbildung hat?

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Moment! Ich greife Sie gar nicht an! Dass nicht jeder, der auch einmal mit der Märklin-Eisenbahn gespielt hat, einen ICE führen kann, ist klar, aber ich habe eine Situation in der Bildungsdeputation erlebt, die mir für das Thema Quereinsteiger sehr viel Mut gemacht hat, und zwar habe ich da den Herrn Schlepper von den evangelischen Kitas gehört. Der ist aufgestanden und meinte: Wir Träger tragen die Verantwortung, und wir tun es schon immer. Wir schauen uns unser Personal an und treffen verantwortliche Entscheidungen.

Die Aussage und noch mehr die Haltung haben mich sehr erfreut und mir wirklich Mut für diese Zwischenlösungen gemacht, die nötig sind, bis wir wieder Wasser unter dem Kiel haben, Entscheidungsträger, die mutig, kompetent und verantwor-

tungsvoll Entscheidungen treffen und gut hinschauen, wen sie einstellen. Wir übernehmen die Verantwortung für unser Personal, was für eine Aussage! Verlassen wir uns doch auf die jahrzehntelangen Akteure des Alltags und darauf, dass sie wissen, was sie brauchen! Wir Freien Demokraten – und ich hoffe, auch alle anderen! – wollen sie stützen und ihnen keine Steine in den Weg legen.

Diese Stadt ist voller Menschen mit einem Herz für Kinder. Für all die darf ich noch etwas aussprechen, was wir brauchen: Wir brauchen eine gut funktionierende senatorische Behörde, aufrichtig und ehrlich in ihren Aussagen, klar in ihren Zielen und mit starkem Umsetzungswillen, eine Behörde, die ein Problem anerkennt und es tatsächlich lösen möchte. Ja, es werden viele Maßnahmen ergriffen, aber niemand beurteilt, wie zielführend sie sind. Warum? Weil das Ziel gar nicht definiert ist!

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das Ziel ist doch gesetzlich definiert!)

Mit der Maßnahme ist das Problem nicht gelöst. Der Weg ist nicht gefegt, wenn ich den Besen in die Hand nehme. Deswegen brauchen wir eine transparente Kommunikation mit allen Interessengruppen, wir brauchen eine strukturierte, statistisch solide Datenerhebung von Geburten, Kita-Bedarfen, Schulplätzen und dann in der Folge auch Menschen, die in Ausbildung und Weiterqualifizierung gehen. Im Moment lassen wir die Familien im Stich und riskieren damit unsere Zukunft.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihre Aussage, es gebe kein Ziel, ist falsch, denn es ist doch gesetzlich definiert!)

Die Zahlen sind schon sehr hart. Wir brauchen den Mut zu ehrlichen Zahlen, wir brauchen den Mut, den Bildungsnotstand anzuerkennen, damit bei uns die Hauptsache zur Hauptsache wird. Wir brauchen den Mut, ein Kindersparverbot zu verhängen, und wir brauchen endlich gemeinsam messbare Ziele. Es geht nicht um irgendwelche Ziele, es geht um messbare Ziele.

(Glocke)

Dann können wir einen Weg definieren, ihn auch über Hindernisse hinweg gehen und überprüfen, ob wir auch angekommen sind. In diesem Sinne, Bremer Bildung 2030: Freie Fahrt! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Sie haben noch eineinhalb Minuten Redezeit.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich habe mich eben etwas zu sehr über die Luftschlösser der FDP aufgeregt und mich deswegen zu einer zu pauschalen Oppositionsschelte hinreißen lassen. Ich muss mich bei der CDU-Fraktion entschuldigen, Sie haben zumindest einen konstruktiven Vorschlag gemacht.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Zwei!)

Oder zwei! Über einen möchte ich hier sprechen, nämlich den der Angebote für die fünfjährigen Kinder und die Änderung des Aufnahmeortsgesetzes. Diesen Antrag wollen wir deswegen auch überweisen.

Ich möchte hinzufügen: Auf das Thema sind wir nicht nur wegen Ihnen gekommen, sondern es war meine Kollegin Frau Dr. Eschen, die die Zahlen abgefragt hat. Also, wir haben diese Kinder im Blick, das ist sozusagen unser Fokus, und er deckt sich an der Stelle auch mit Ihnen. Deswegen sind wir uns an der Stelle einig und greifen diesen konstruktiven Vorschlag gern auf, der jetzt nicht nur von Ihnen initiiert wurde, sondern an dem wir ohnehin daran waren.

Die Schelte gegenüber der FDP, sage ich jetzt einmal, hat sich aber eben noch einmal als richtig erwiesen, muss ich sagen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

denn das Einzige, das Sie gemacht haben, ist, hier Luftschlösser zu zeichnen. Ganz ehrlich, wenn Sie glauben, dass ein Klick zu einem Kita-Platz führt, dann weiß ich auch nicht, wer Ihnen noch helfen kann! Das ist vollkommen unseriös, und da war nichts Konstruktives, nichts Pragmatisches und nichts Umsetzbares dabei. – Vielen Dank, und einen schönen Abend!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gar nicht so weit in die Vergangenheit schauen,

aber einen Punkt möchte ich doch noch ansprechen, Frau Krümpfer, weil Sie gesagt haben, dass die Länder warten mussten!

Ja, das gilt für 15 Bundesländer, aber es gilt nicht für das 16. Bundesland. Bremen hatte zwei Studien des Deutschen Jugendinstituts, und die Studien haben schon im Jahr 2013 bescheinigt, dass wir in einzelnen Stadtteilen auf 60 Prozent gehen. Das Deutsche Jugendinstitut hatte damals auf Initiative des Bundes eine entsprechende Erhebung gemacht, und zwar heruntergebrochen auf die einzelnen Stadtteile in Bremen. Wir hatten im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern klare Zahlen, und Frau Leonidakis hat ja dankenswerterweise noch einmal die Misere des Wegsehens der bisherigen/damaligen Regierung mehr oder weniger dargestellt. Das ist mit Ansage erfolgt, weil Sie es verschlafen haben, meine Damen und Herren, das muss man so deutlich sagen.

(Beifall CDU, FDP)

Sich dann hier hinzustellen und anderen vorzuwerfen, sie würden nicht redlich argumentieren, und gleichzeitig mit solchen Dingen um die Ecke zu kommen, da zeigt man mit einem Finger auf jemand anderen, und vier Finger zeigen auf einen zurück.

(Beifall CDU, FDP)

Ich möchte jetzt noch einen Punkt ansprechen – ich habe nicht mehr sehr viel Redezeit –, der mir besonders wichtig ist! Neben dem Antrag, den wir zu den unversorgten fünfjährigen Kindern eingebracht haben, der mehrere Komponenten beinhaltet – ein Sofortprogramm für die jetzt unversorgten Fünfjährigen und ein zusätzliches Verfahren, wie wir zukünftig mit den Unversorgten umgehen wollen mit der Änderung des Aufnahmeortsgesetzes –, haben wir noch einen weiteren Punkt, das ist die Frage der Fachkräftesicherung.

Am Donnerstag haben Sie einen Antrag eingebracht, der aber nur eine Teilmenge betrachtet, und ich möchte Sie bitten, sich unseren Antrag „Bremen muss seine Anstrengungen zur Fachkräftesicherung und -entwicklung in sozialpädagogischen Berufen intensivieren!“, den „Dazu“-Antrag zu Ihrem Antrag, der am Donnerstag um 14:30 Uhr besprochen wird, noch einmal genau anzusehen, weil Sie einem Fehler aufsitzen.

Sie haben eben gesagt, Frau Dr. Bogedan, dass Sie die SPA- und die Erzieherinnenausbildung auf 665

Absolventinnen und Absolventen gesteigert haben und dass Sie nicht hinterher seien. Doch, liebe Frau Dr. Bogedan, Sie sind hinterher, weil Sie an der Stelle nur den Bedarf für die Kindergärten und die Krippen berechnet haben! Es gibt aber auch noch einen nicht unerheblichen Teil im Bereich der ambulanten und stationären Jugendhilfe, in messbaren Zahlengrößen. Da reden wir von vielen Erzieherinnen und Erziehern, die dort ebenfalls benötigt werden, von der Behindertenhilfe und von den vielen anderen sozialen Trägern, die ebenfalls regelmäßig Erzieherinnen und Erzieher beschäftigen, und deswegen haben uns die Träger im Landesjugendhilfeausschuss ja immer wieder gesagt, wir müssen das Thema Fachkräftemangel aufgreifen.

Deswegen haben wir in unserem Antrag, der am Donnerstag debattiert wird, ganz deutlich gesagt, dass wir diese Punkte mit aufnehmen und betrachten müssen und einen Zeit- und Maßnahmenplan darüber brauchen: Wie viel brauchen wir in der Analyse tatsächlich für alle Bereiche – nicht nur für den Kita-Bereich –, und wie schaffen wir es, das in vielleicht fünf Jahren oder sechs Jahren zu erreichen? Über diesen Antrag werden wir am Donnerstag noch einmal sprechen, das ist der zweite konstruktive Vorschlag neben den vielen Stichworten, die ich in meiner Rede genannt habe. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Chance auf frühkindliche Bildung nicht verwehren – Vorrang für schulpflichtig werdende Kinder bei der Aufnahme in die Kita!

Antrag der Fraktion der CDU vom 10. Dezember 2019 (Drucksache [20/100 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kinder und Bildung beantragt.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

Eingruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher in Bremer Schulen und Kitas in die Entgeltgruppe TVöD-SuE S 8b und eine entsprechende Aufwertung von Sozialassistentinnen und Sozialassistenten umsetzen

Antrag der Fraktion der FDP vom 3. Dezember 2019 (Drucksache [20/89 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nanu, werden sich die guten Bürgerschaftschronisten denken, gab es nicht bereits 2018 einen Antrag zur Anhebung des Erziehergehaltes?

(Zuruf Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE])

Weil Tarifpolitik für uns nicht in die Bürgerschaft gehört, haben wir den inhaltlich unterstützenswerten Antrag damals abgelehnt.

Im März 2019 hat der Senat hier aber neue Fakten geschaffen. In unterschiedlichen Stadtteilen werden seit dem 1. April Erzieherinnen und Erzieher unterschiedlich bezahlt. Erziehende, die in belastenden Stadtteilen arbeiten, werden gemäß dem gültigen Tarifvertrag der Entgeltgruppe S 8b anstatt 8a zugeordnet. Das sind 630 Erziehende und betrifft 56 Prozent der Kitas. Die freien Träger mit 96 Kitas mit Sozialindex waren aufgefordert, bis zum 1. August nachzuziehen. Für das Ressort bedeutet das 2019 2,82 Millionen und ab 2020 4,8 Millionen Euro Investitionen. Ein großartiges

Wahlgeschenk, das im Mai nicht besser platziert werden konnte!

Der Statusbericht II, der über die 900 schon damals fehlenden Kita-Plätze informiert hätte, wurde auf nach der Wahl verschleppt. Meine Damen und Herren, das moralisch zu beurteilen, überlasse ich Ihnen, aber ich persönlich finde, auch der Zweck eines potenziellen Wahlerfolgs heiligt nicht jedes Mittel. Wie gesagt, wenn die Bildungsbehörde ein Problem identifiziert, wird sogleich eine Maßnahme ergriffen, aber niemals evaluiert, ob diese das Problem wirklich löst. Deswegen evaluieren nun wir.

Die Reaktionen haben keinen Zweifel gelassen, die unterschiedliche Bezahlung hat enorme Sprengkraft: Streiks, Brandbriefe und kritische Kommentare von Experten, wie zum Beispiel von Christian Gloede, der damals noch Landessprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft war, oder von Frau Glasmeyer und Herrn Schlepper, den Geschäftsführern der kirchlichen Kitas, oder von Wolfgang Bahlmann, Geschäftsführer von KiTa Bremen. Neiddebatten lösen das Problem nicht!

(Beifall FDP)

Erstens Wertschätzung, zweitens Personalausstattung und drittens kleinere Gruppen in den Kitas, das würde die Situation vor Ort tatsächlich entschärfen.

(Beifall FDP)

Völlig ausgelaugt standen vor wenigen Wochen zwei reizende, langjährig berufserfahrene Erzieherinnen aus einem Nichtindex-Kindergartenstadtteil, also einem wohlhabenden, vor mir. Krankheit, sonstige Ausfälle und der Wechsel von Kolleginnen hatten dazu geführt, dass sie den vergangenen Tag mit 76 Kindern zu zweit verbracht haben.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Dürfen die gar nicht!)

Deswegen sage ich auch nicht, wer es war. Ich weiß nicht, ob Sie die Fantasie haben, sich das vorzustellen. Ich konnte das kaum fassen. Ich habe ihnen gesagt: Machen Sie das nicht wieder, in solchen Situationen muss man schließen! Aber wissen Sie, das macht man nicht einmal gerade so, wenn man weiß, das bedeutet Umorganisation, Telefonate mit Vorgesetzten und jedes Mal akuten Notstand in zahlreichen Unternehmen und 76 Familien!

Durch finanzielle Steuerung ganze Stadtteile mürbe zu machen, in denen Dinge funktionieren, ist doch keine Lösung, meine Damen und Herren, und schon gar keine soziale! Wir brauchen andere Lösungen!

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Welche?)

Der Schuss der Senatorin ging nach hinten los. Anstatt einer Attraktivitätssteigerung entstand Unruhe durch Stellenkarussell. Die pädagogische Kooperation im Team und der Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu den Kindern haben sich dadurch verschlechtert. Für Erzieherinnen und Familien ist das in der aktuellen Situation so ziemlich das Letzte, was sie jetzt noch gebrauchen können.

Offensichtlich wurden die Maßnahmen ohne die Alltagsakteure geplant, denn wenn anerkannt wird, dass die Arbeitsbedingungen in den Indexkindergärten tatsächlich schwerer sind, wie konnte dann das Heer von Sozialassistentinnen und Sozialassistenten beim Schritt zur ungleichen Bezahlung im April noch völlig ignoriert werden? Ohne diese würde unser Betreuungssystem komplett zusammenbrechen. Übrigens nur einmal nebenbei: Warum gab es bei der Anhebung aller Grundschullehrergehälter auf A 13 nicht dieselbe Argumentation? Auch diese arbeiten in unterschiedlichen Stadtteilen. All das passt vorn und hinten nicht zu einer sozialen Argumentation.

(Beifall FDP)

Wir Freien Demokraten stellen fest, die Entscheidung der unterschiedlichen Vergütung war halbherzig, engstirnig, und sie löst die Probleme in unserer Stadt nicht. Unser Bildungsnotstand braucht keine Feuerlöschpolitik. Wir brauchen wie bereits Hannover, Hamburg und andere Städte zum nächsten Kita-Jahr dasselbe Gehalt für alle Erzieher und ein Konzept, wie auch bei den Sozialassistentinnen und Sozialassistenten die Wertschätzung ihrer Arbeit finanziell zum Ausdruck kommt.

(Beifall FDP)

Herr Bovenschulte hat in seiner Regierungserklärung in Aussicht gestellt, dass mit ihm 8b für alle Erzieher kommt. Wir hoffen, wir können Sie anders beim Wort nehmen, Herr Bovenschulte, als Herrn Dr. Sieling, Ihren Amtsvorgänger, der versprach, dass alle Kinder betreut werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Krümpfer.

Abgeordnete Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin von der FDP, ja, mit Ihrem Antrag liegen Sie gar nicht so verkehrt. Auch wir wollen, dass alle Erzieherinnen und Erzieher eine bessere Bezahlung bekommen. Aus meiner Sicht sollten alle Berufe in der Sozialwirtschaft wesentlich besser bezahlt werden, denn sie haben es verdient!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In Deutschland ist es nach wie vor üblich, dass Tarifverträge von zwei Partnern ausgehandelt werden, und zwar von Gewerkschaften und von Arbeitgebern mit ihren Verbänden.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Nein!)

Doch! So ist es auch mit der Bremer Vereinbarung gelaufen. Die Einführung einer besseren Bezahlung nach S 8b im TVöD Sozial- und Erziehungsdienst ist für fast 60 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher in der Stadtgemeinde Bremen möglich. Dazu gehörte dann die Maßnahme, die der Senat zur Umsetzung der Bremer Erklärung für gute Arbeit in den Kitas ergriffen hat. Die Umsetzung erfolgt in den Indexkitas – das ist ja auch schon gesagt worden –, die nach dem Benachteiligungsindex größer als 50 sind. Das finden wir richtig, denn die Arbeit in den Einrichtungen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen ist auch herausfordernd.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Die Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern in Kitas mit sozial besonders benachteiligten Kindern stellt aufgrund der damit verbundenen zusätzlichen pädagogischen und fachlichen Anforderungen eine besonders schwierige fachliche Tätigkeit im Tarifsinn dar. Für Erzieherinnen und Erzieher beim städtischen Träger KiTa Bremen ist die Eingruppierungsregelung bereits zum 1. April erfolgt und erreicht damit 41 Einrichtungen.

In einem zweiten Schritt sollen im Kindergartenjahr 2020/2021 auch noch Kriterien für die Eingruppierung nach TVöD Sozial- und Erziehungsdienst S 8b von Erzieherinnen und Erziehern mit zusätzlicher beruflicher Qualifikation und Erfahrung und herausgehobenen übergreifenden Tätigkeiten definiert werden, also ein zweiter Schritt, der dazu fol-

gen soll. Da sind die Träger sicherlich mit der Behörde auch im Gespräch, im Rahmen der Wirtschaftsplanung muss das ja jetzt auf dem Weg gebracht werden.

Bei den freien und kirchlichen Trägern sind es 96 Einrichtungen, bei denen es seit dem 1. August möglich ist und bei denen die Übertragbarkeit der Eingruppierungsregelung geprüft und konkretisiert werden soll. Hier zeigt es sich als nicht so einfach, da die freien Träger sehr unterschiedliche Tarifpartner haben, die auch andere Maßstäbe ansetzen.

Die Eingruppierung nach TVöD Sozial- und Erziehungsdienst S 4 sollte für alle Sozialassistentinnen und Sozialassistenten möglich sein, die sich in einer Weiterqualifizierung befinden. Auch dies muss mit den jeweiligen Tarifpartnern verhandelt werden.

Zum Schluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir selbstverständlich für alle Erzieherinnen und Erzieher sowie alle Sozialassistentinnen und Sozialassistenten eine bessere Bezahlung wollen. Diese Koalition wird dies auch in mehreren Schritten möglich machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Aber eben nicht sofort, wie es die FDP fordert! Deshalb lehnen wir den Antrag der FDP ab.

Ich wünsche mir, dass Sie, liebe FDP, sich noch einmal genauer zu Ihren Argumenten, die Sie vorgebracht haben, Gedanken machen. Wenn Sie von einer Vollversorgung sprechen wollen und hier das 21. Kind oder weitere größere Gruppen ansprechen, ich glaube, dann bekommen wir uns richtig in die Haare!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich kann einfach nur sagen: Bitte werben Sie doch bei allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für den Eintritt in Gewerkschaften, denn starke Gewerkschaften erreichen bessere Verhandlungsergebnisse! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Eschen.

Abgeordnete Dr. Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte

Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher und müssen natürlich diejenigen, die wir haben, fair und wertschätzend behandeln. Da liegt es nahe, das kann ich auch gut verstehen, eine höhere Bezahlung für alle Fachkräfte zu fordern – wir haben heute bereits ausführlich über fehlende Kita-Plätze, Fachkräftemangel und so weiter gesprochen –, aber für die unter anderem angesprochenen Lohngruppen S 8a und S 8b gibt es verbindliche Regeln, die im schon genannten TVöD-SuE, also dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes für Sozial- und Erziehungsdienst, festgelegt sind. Demnach gilt S 8a allgemein für Erzieherinnen und Erzieher und S 8b für Erzieherinnen und Erzieher mit schwieriger Tätigkeit. Diese Differenzierungsmöglichkeit muss sorgfältig genutzt werden.

Der Senat hat am 12. März 2019 die Vorlage zur Umsetzung der Bremer Erklärung für gute Arbeit in Kitas beschlossen, und mit der Vorlage wurden Eingruppierungsregelungen entwickelt, meine Kollegin Frau Krümpfer hat es schon erwähnt. Insbesondere sind diese Regelungen an Tätigkeiten von Erzieherinnen und Erziehern mit besonderen Belastungen in sozial herausfordernden Stadtteilen gebunden. Es wurde also eine Arbeitsplatzbewertung vorgenommen, derzufolge Erzieherinnen und Erzieher in Einrichtungen in solchen sozial herausfordernden Stadtteilen höhere Entgelte erhalten sollen.

Der nun vorliegende Antrag der FDP sieht vor, dass alle Erzieherinnen und Erzieher diese höhere Entgeltgruppe bekommen sollen. Im Ergebnis würde damit der besonderen Belastung von Fachkräften in sozial herausfordernden Stadtteilen nicht mehr Rechnung getragen werden. Zusätzlich muss man festhalten: Es entsteht leider kein einziger zusätzlicher Kita-Platz automatisch dadurch, dass einfach alle Fachkräfte höher eingruppiert werden.

Es sind für viele Erzieherinnen und Erzieher ganz andere Faktoren, die ihren Arbeitsplatz attraktiver machen würden. Ein Faktor ist eine ausreichende Personaldecke, damit ausreichend Zeit für alle Kinder und alle Aufgaben vorhanden ist und auch – es wurde schon angesprochen – Krankheitsfälle und Urlaubszeiten gut aufgefangen werden können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Noch heute Morgen hat mich die E-Mail einer Erzieherin erreicht, die betonte, dass ihr einfach mehr Zeit weiterhelfen würde, um zum Beispiel Familien mit Migrationshintergrund besser unterstützen zu

können, oder auch für die Vor- und Nachbereitung von Therapeutengesprächen bezüglich Förderkinder. Wir brauchen also – wir haben es heute schon x-mal erwähnt – so schnell wie möglich zusätzliche Fachkräfte, damit alle Gruppen ausreichend mit Personal ausgestattet sind.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Selbstverständlich hätte die Entscheidung für eine flächendeckende Höhergruppierung auch haushaltsrelevante Auswirkungen, das sollte man nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen in allen Bereichen Schwerpunkte setzen und wollen dies im Kita-Bereich bei der Ausbildung und bei der Sprachförderung tun. Beide Punkte werden noch in den kommenden zwei Tagen in der Landtagssitzung behandelt. Eine generelle Höhergruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialassistentinnen und -assistenten lehnen wir daher ab.

Aufnehmen und an anderer Stelle weiterdiskutieren würde ich aber gern den im Antrag enthaltenen Hinweis auf die bisher nicht systematisch berücksichtigte Höhergruppierung von sozialpädagogischen Assistenzkräften in Indexeinrichtungen. Das ist bisher nicht erfolgt. Auch in diesem Aufgabebereich dieser Fachkräfte können natürlich besondere Herausforderungen bestehen, sodass auch hier herausgehobene Tätigkeitsfelder identifiziert werden können. Lassen Sie uns darüber noch einmal sprechen! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ahrens.

Abgeordnete Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Eschen, Ihre Rede hat viel von dem vorweggenommen, was ich selbst gleich noch ausführen wollte. Sie haben allerdings einen Punkt in der Debatte angestoßen, der mich sofort wieder zum Nachdenken gebracht hat, und zwar haben Sie gesagt, S 8b werde für besonders schwierige Tätigkeiten bezahlt.

(Zuruf Abgeordnete Dr. Eschen [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, das ist richtig, ganz genau, es gab eine Arbeitsplatzbewertung, die an dieser Stelle vorgenommen worden ist. Das spricht zumindest zum Teil ein bisschen für den Antrag der FDP-Fraktion, denn wir

haben direkt neben diesen von besonderen Herausforderungen geprägten Kitas die Grundschulen, die Ganztagsgrundschulen, in denen die Erzieher mit denselben Kindern ab dem sechsten Lebensjahr weiterarbeiten, und das zeigt, dass es leider nicht ganz so einfach ist, wie man es sich im ersten Augenblick vorstellt.

Ja, meine Damen und Herren, ich glaube tatsächlich, dass uns hier auch an dieser Stelle fraktionsübergreifend eint, dass der Erzieherberuf aufgewertet werden muss. Dabei stellt sich in einem Haushaltsnotlageland dann aber auch die Frage, wie und in welcher Form genau das passieren soll. Eine übereilte Aufwertung für einige Erzieherinnen und Erzieher in den sogenannten belasteten Stadtteilen erfolgte ja nach einer Liste, die übermittelt wurde, ohne dass die Kriterien mit den 50 Prozent wirklich vollumfänglich allen klar und transparent offengelegt wurden, und der Senat hatte dabei diese Regelung vorrangig mit KiTa Bremen im Vorfeld besprochen und auch schon deren Umsetzung geklärt, während die ganzen Probleme einer solchen Umsetzung mit den freien Trägern in keiner Form besprochen oder gar geklärt waren. Einige der noch offenen Probleme sind ja im Einleitungstext des Antrags der FDP-Fraktion aufgeführt worden, es gibt aber noch wesentlich mehr.

Der katholische Gemeindeverband hat zum Beispiel einen Tarif für das gesamte Bistum und stand nun vor der Herausforderung, die Bremer Besonderheiten zu regeln, ohne sein gesamtes Gefüge komplett auf den Kopf stellen zu müssen. Das zeigt, dass der gut gemeinte Vorstoß der besseren Bezahlung nicht automatisch gut gemacht wurde.

In diese Kategorie würde ich allerdings – das muss ich leider so sagen – auch den Antrag der FDP einordnen, der ein sehr wichtiges Thema aufgreift, aber die von ihm selbst im Antragstext aufgeworfenen Probleme noch einmal in Teilen sogar verschlimmern würde, wenn man es konkret und logisch bis zum Ende denkt, weil es dann tatsächlich noch einmal wieder zu Schwierigkeiten auch bei freien Trägern et cetera führt. Darüber hinaus ist diese Vorlage weitgehend zahlenfrei, und ich kann Ihnen versichern, den Mehrbedarf von 4,8 Million Euro ab 2020, den der Senat laut Ihrem Einleitungstext selbst benannt hat, kann man in das Land der Legenden verweisen.

Allein bei KiTa Bremen kostet die Höhergruppierung für einen Teil der Erzieherinnen und Erzieher – und das sind ungefähr 50 Prozent – ohne bessere Ausstattung der Sozialassistenten bereits 5,9 Millionen Euro, wie wir gerade im Betriebsausschuss

zur Kenntnis nehmen konnten. Wenn man jetzt die Anzahl der Erzieher verdoppelt, ergibt das knapp 12 Millionen Euro. Wenn man dann noch die Sozialassistenten hinzurechnet, ergeben sich bei ganz groben überschlägigen Rechnungen schon ungefähr 13 Millionen Euro. Dazu käme dann noch, dass wir damit nur 50 Prozent der Gesamtplätze in Bremen abgedeckt hätten, denn die freien Träger und die Elternvereine stellen noch einmal 50 Prozent. Dann sind wir bei 26 Millionen Euro, und dann haben wir uns noch nicht um die Schulen gekümmert. Das heißt, nur bei grober Berechnung komme ich auf 30 Millionen Euro jährlich. Das ist die Dimension, die der Sportturm hat, die die GeNo mitbringt und die andere Haushaltsprobleme gerade mit sich bringen.

Wie gesagt, die E-Mail, die Frau Dr. Eschen erreicht hat, hat mich ebenfalls erreicht, und wer sich die Befragung der Erzieherinnen und Erziehern in Hamburg ansieht, der sieht, dass es einen Gleichstand zwischen dem Wunsch nach einer besseren Bezahlung und dem dringend notwendigen Wunsch gibt, die Rahmenbedingungen tatsächlich zu verbessern und dafür zu sorgen, dass die Arbeitsbedingungen weniger belastend sind, sodass man mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung und mehr Zeit dafür hat, zu kooperieren und sich dem einzelnen Kind etwas stärker widmen zu können. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns auch als CDU-Fraktion, denn in einem Haushaltsnotlageland können wir einen Euro nur einmal ausgeben, und dann ist das Geld weg.

Wenn wir vor der Frage stehen, ob wir 30 Millionen Euro jetzt ausgeben, und es gibt keinen einzigen Platz mehr, es hat keine einzige Erzieherin tatsächlich mehr Vor- und Nachbereitungszeit, es gibt immer noch die genauso dünne Personaldecke wie vorher, oder aber ob wir dieses Geld benutzen und tatsächlich die Arbeitsbedingungen für die einzelne Erzieherin und den Erzieher verbessern, für das einzelne Kind mit dem dann hoffentlich auch besseren Ergebnis der frühkindlichen Bildung – wenn mehr Zeit pro Kind verbleibt und es einen besseren Personalschlüssel gibt, kann man sich den einzelnen Herausforderungen des einzelnen Kindes natürlich auch wesentlich besser stellen und widmen –, dann müssen wir an dieser Stelle feststellen, dass wir große Bauchschmerzen damit haben, einmal eben so, ohne in irgendeiner Form genaue Zahlen zu kennen, einfach zustimmen zu können. Vor diesem Hintergrund werden wir uns bei diesem Antrag enthalten, denn für uns als CDU-Fraktion steht fest: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.

Um es an dieser Stelle auch noch einmal deutlich zu sagen: Wir hätten hohes Interesse daran, die Sprachförderung zu verbessern, und wir wissen, dass wir das nicht alles mit den fest angestellten Erzieherinnen und Erziehern bewältigen können. Wir können uns auch vorstellen, niedergelassene Logopäden zu bitten, noch zusätzlich mit in die Kitas zu kommen, und für externes Personal Geld zur Verfügung zu stellen, das additive, zusätzliche Sprachförderangebote in den Kitas anbietet, sodass insbesondere in den Stadtteilen mit den multiplen Herausforderungen nicht nur die kurze Zeit der Förderung für die beim CITO-Test sprachauffälligen Kinder stattfindet, sondern Elemente eingebaut werden, mit denen ab dem dritten Lebensjahr zusätzlich noch einmal gezielt gefördert wird, damit eben nicht, wie zum Beispiel in Gröpelingen, 70 Prozent der Kinder hinterher mit festgestellten Sprachauffälligkeiten in der ersten Klasse der Grundschule landen.

Das alles sind Dinge, die uns dazu führen zu sagen, wir brauchen einen Kassensturz bezogen auf die einzelne Maßnahmen, was jede einzelne Maßnahme kosten würde, und dann können wir hinterher eine Bewertung vornehmen, ob wir S 8b für alle oder aber andere Maßnahmen unterstützen, um die Rahmenbedingungen tatsächlich in den Kitas zu verbessern, um den Erzieherinnen und Erziehern mehr Freiraum zu geben, sich dem einzelnen Kind widmen zu können, damit letztlich bei den einzelnen Kindern in Bremen mehr ankommt. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Leonidakis.

Abgeordnete Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Das war ja gerade interessant, Frau Ahrens! Ich meine, mich noch an die Personalversammlung von KiTa Bremen erinnern zu können, wo Sie gegen die Ungleichbehandlung geschimpft haben, aber jetzt wollen Sie das irgendwie so fortführen.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Das habe ich nicht so gesagt!)

Also, ich weiß nicht, ob das so eine konsistente Haltung ist, aber das bleibt Ihnen überlassen!

Kommen wir zum Antrag! Frau Kollegin Bergmann hat richtig festgestellt, es gab hier schon einmal ei-

nen Antrag zu diesem Thema. Diesen Antrag hatten wir damals vorgelegt, das war im Juni 2018, da wurde er hier diskutiert. Unser Ansinnen war, dass wir den Fachkräftemangel angehen wollten, über den wir vorhin schon gesprochen haben. Wir haben ja schon in der Aktuellen Stunde festgehalten, der Fachkräftemangel ist die größte Ausbaubremse, die wir momentan haben. Wir haben viele Vakanzen – im dreistelligen Bereich –, und der Ausbau, den wir uns vorgenommen haben, also die Deckung der Unterversorgung, wird ja weitere Fachkräftebedarfe nach sich ziehen.

Im Moment ist es so, wir können schneller bauen, als wir Fachkräfte ausbilden. Das liegt in der Natur der Sache, wenn die Ausbildung einer Erzieherin fünf Jahre dauert. Insofern brauchen wir Maßnahmen, die die Gewinnung der Fachkräfte intensivieren und beschleunigen können. Deshalb war aus unserer Sicht die Höhergruppierung und damit auch die Attraktivierung des Berufs – die Aufwertung des Berufs der Erzieherin/des Erziehers – eine Maßnahme, die zusätzliche Fachkräfte nach Bremen locken kann, und natürlich wird dieser Effekt nur eintreten, wenn man das flächendeckend macht, denn wenn man es nur partiell macht, dann hat man eher eine Verschiebung. Das war die Logik hinter diesem Antrag, und insofern teilen wir das Ansinnen.

Der Einstieg ist aber ja auch schon geschafft mit Unterzeichnung der Bremer Erklärung „Gute Arbeit in Kitas“, die mehrere in diesem Raum hier Anwesende ja ausgehandelt haben. Frau Senatorin Bogedan, aber auch mein Kollege Herr Tebje haben dafür an einem Tisch gesessen und nicht nur darüber, was die Bezahlung angeht, sondern viele weitere Kriterien zur Aufwertung des Berufs der Erzieherin/des Erziehers und der Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten in Bremen vereinbart. Ein Bestandteil dessen ist die Einstufung in die Entgeltgruppe S 8b, und in 41 Bremer Einrichtungen ist sie bereits umgesetzt, als Anerkennung der besonderen Herausforderungen in den benachteiligten Stadtteilen, die ja nicht von der Hand zu weisen sind, wo extreme, auch gestiegene Anforderungen an die Fachkräfte festzustellen sind.

Man muss aber auch sagen, das hat, glaube ich, meine Kollegin Frau Eschen eben schon gesagt, Geld ist nicht alles. Geld ist etwas, aber nicht alles. Das sieht man daran, dass die angekündigten Versetzungsanträge zum Großteil wieder zurückgezogen wurden. Insofern ist es richtig, diese stufenweise Aufwertung jetzt zu machen, um die Priorität auf die benachteiligten Stadtteile zu richten und

die dortige enorme Leistung auch anzuerkennen. Wir gehen diesen schrittweisen Weg weiter. Der Koalitionsvertrag sieht ja auch vor, dass wir eine flächendeckende Höhergruppierung in die Entgeltgruppe SuE S 8b vornehmen wollen. Deswegen hätten wir uns auch vorstellen können, diesen Antrag zu überweisen.

Allerdings – und das möchte ich nicht verhehlen – habe ich Zweifel, ob es der FDP wirklich um das Ziel geht oder ob es nicht auch so ein Spiel der Serie „politische Posse“ ist. Aus der Debatte von 2018 – Frau Bergmann, ich habe ja schon gesagt, Sie haben das damals abgelehnt – möchte ich einmal aus dem Plenarprotokoll zitieren: „Die Eingruppierung in eine andere Tarifgruppe ist sicher auch wichtig, ist aber an dieser Stelle für uns keine Option. Tarifpolitik gehört nicht in die Bürgerschaft.“ Heute beantragen Sie genau das!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht müssen Sie sich alle noch einmal Gedanken über die Konsistenz Ihrer politischen Positionierung machen, aber das überlasse ich Ihnen!

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Dazu hat Frau Bergmann ja gerade etwas gesagt!)

Ja, das habe ich gehört! Logisch finde ich es trotzdem nicht!

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Erwischt!)

Sie beklagen in Ihrem Antrag die Folgen von Tarifpolitik, nämlich, dass zum Beispiel die BEK ihre eigenen Tarife über den sogenannten dritten Weg hat, den die kirchlichen Träger ja haben. Ehrlich gesagt, Frau Bergmann, beides ist falsch. Die Stadtgemeinde ist der kommunale Arbeitgeber und hat sich als solcher auch mit der Gewerkschaft ver.di zusammengesetzt und die Bremer Vereinbarung abgeschlossen. Sie kann also sehr wohl gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen eine Höhergruppierung beschließen und dort verhandeln, wo sie kommunaler Arbeitgeber ist, und das ist bei KiTa Bremen der Fall.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Dort, wo sie nicht Arbeitgeberin ist, kann sie natürlich den Trägern die Refinanzierung anbieten, analog zu dem, was sie als kommunale Arbeitgeberin macht, und ich wage einmal die Prognose, dass sich die Träger nicht dagegen wehren werden, wenn sie

eine Höhergruppierung analog zu dem angeboten bekommen, was man als kommunaler Arbeitgeber macht.

Insofern: Tarifpolitisch ist das alles möglich, aber die Frage ist, ist es auch finanzierbar, und ist es in dieser Schnelligkeit richtig, wie Sie es jetzt vorschlagen. Wir lehnen daher Ihren Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ab, weil er einen Vorgriff auf die Haushaltsberatungen bedeutet und man damit möglicherweise Gefahr läuft, dass das Geld, das wir dafür investieren würden, dem nötigen Ausbau, über den wir eben gesprochen haben, das Geld wegnimmt – insofern müssen wir das ganz vorsichtig in den Haushaltsberatungen abwägen –, aber wir lehnen ihn auch ab, weil er zumindest von Ihrer Seite nicht wirklich glaubwürdig ist. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe es, glaube ich, in der Rede vorhin schon erwähnt: Wir müssen uns das Gesamtpaket anschauen, und da geht es nicht nur darum, genügend Plätze zu schaffen, sondern eben darum, Fachkräfte zu gewinnen, aber auch zu sichern. Es ist schon mehrfach gesagt worden, die Umsetzung der Entgeltgruppe S 8b ist eine Maßnahme in einem Gesamtpaket, das wir „Bremer Erklärung ‚Gute Arbeit in KITAS‘“ genannt haben. Hintergrund dieser gemeinsamen Erklärung der Freien Hansestadt Bremen und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ist die Tatsache, dass wir uns, wie wir es eben auch schon ausführlich diskutiert haben, in einem Zustand befinden, in dem wir eben nicht die ideale Situation schaffen können, dass wir verkleinerte Gruppen haben, dass wir massenhaft Erzieherinnen und Erzieher haben und zusätzlich die qualitativen Verbesserungen, die wir uns eigentlich wünschen würden und nach wie vor unser Entwicklungsziel sind, jetzt auch schon ganz konkret unmittelbar umsetzen können.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Also haben wir uns auf den Weg gemacht und gesagt, es muss ein Gesamtpaket geben, um den Beruf attraktiv zu machen, und in diesem Gesamtpaket sind Ziele definiert worden, dass es angesichts der Fachkräfteproblematik eben wichtig ist, auch zusätzliche Belastungssituationen in den Blick zu

nehmen und auch auf die Arbeitssituation der einzelnen Beschäftigten zu schauen.

Zur Gewinnung von Fachkräften ist dann beschlossen worden, dass eine praxisintegrierte Ausbildung stattfinden und angeboten werden soll, dass wir Fachschulkapazitäten ausweiten sollen – das haben wir erledigt –, dass wir Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger verschiedener Berufsgruppen einbringen wollen, das haben wir auch schon erledigt, und dass wir finanzielle Anreize und die Verkürzung von Ausbildungszeiten schaffen wollen. Auch das haben wir erledigt.

Dann haben wir gesagt, es ist genauso wichtig, sich die Personalentwicklung in Kitas anzuschauen. Es soll Personalgewinnungskampagnen geben, auch das haben wir erledigt – man erinnert sich vielleicht noch an die Plakate, die wir in der Stadt aufgehängt haben –, es soll in einem erhöhten Maße Fortbildung und Qualifikation geben, auch das haben wir erledigt, mittlerweile werden Angebote der Fortbildung und Qualifizierung für Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung auch im Landesinstitut angeboten, und wir wollen in die Entwicklung eines pädagogischen Konzepts zum Fachkäfitemix einsteigen. Das ist begonnen, aber noch nicht vollendet worden, ebenso begonnen worden ist die Schaffung von Möglichkeiten der horizontalen Personalentwicklung.

Dann erst – unter Ziffer 4 – kommt „Bezahlung, Eingruppierung“, und da steht der entscheidende Satz: „Es erfolgt ein stufenweiser Einstieg in die Bezahlung nach Entgeltgruppe 8b“, und ehrlich gesagt ist damit für mich an der Stelle auch schon alles zu diesem Thema gesagt. Ich habe mehrfach in allen möglichen Runden immer wieder betont: ein stufenweiser Einstieg! Wir wollen insgesamt die Höherbewertung des Berufs der Erzieherin/des Erziehers, und wir wollen natürlich auch dazu beitragen, dass wir dem, was wir vorhin diskutiert haben – dass wir durchaus unterschiedliche Belastungssituationen in Stadtteilen haben und dort eben noch nicht mit anderen Maßnahmen wie einer Verkleinerung der Gruppen reagieren können –, eben auch Rechnung tragen, indem wir im Moment etwas nicht gleichzeitig machen, indem wir Ungleiches ungleich behandeln.

Unter Ziffer 5 folgt dann das Thema „Zentralisierung der Beitragsfestsetzung und Anmeldeverfahren“. Auch da zwei Häkchen dahinter! Übrigens, bei der Zentralisierung des Anmeldeverfahrens

wird es auch dazu kommen, dass wir derzeit an einer Onlineanmeldung arbeiten, die ist noch nicht vollzogen.

Dann kommt noch das Thema „Gesundheitsschutz, Arbeitsbedingungen“ unter Ziffer 6, dazu gehört die finanzielle Unterstützung der Träger aus hierfür zusätzlich in den Haushalt der Tagesbetreuung einzustellenden Mitteln – auch das haben wir erledigt, in vielen Kitas sind die Maßnahmen dann auch schon umgesetzt –, und in dieses Gesamtpaket fügt sich diese Maßnahme ein. Deshalb finde ich es wirklich schon ein bisschen lächerlich, mir vorzuwerfen, dass wir nur einzelne Maßnahmen vorlegen und kein Gesamtkonzept. Hier liegt ein Gesamtkonzept vor, das wird ignoriert, und es wird irgendwie nur auf eine einzelne Maßnahme rekurriert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich muss sagen, wer erstens Fakten nicht zur Kenntnis nimmt und zweitens vorhandene Konzepte weder liest noch verstehen kann und dann das faktisch Machbare mit seinen Vorschlägen auch noch negiert, der kann, ehrlich gesagt, nicht erwarten, dass man dann auch konstruktiv über die Vorschläge spricht, und deshalb ist der Antrag aus meiner Sicht abzulehnen. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt wird immer wieder in dieser Debatte auf alle möglichen Dinge ausgewichen – auf Attraktivitätssteigerung und auf Ausbildung und so weiter –, und es werden hier Pakete aufgebaut, was man nicht auch alles macht. Wir haben jetzt einmal einen ganz konkreten Baustein hier in die Mitte gepackt, nämlich die Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern. Sie sagen, Sie wollen, und Sie wollen, und Sie wollen, und wenn es dann konkret wird, dann ist es irgendwie anders. Wir reden über Wertschätzung, über Attraktivitätssteigerung, aber sich bei einer angemessenen Finanzierung zurückziehen, das passt für mich nicht.

Wenn wir schon über den Spaltpilz der unterschiedlichen Bezahlung sprechen – und das ist es, unterschiedliche Bezahlung ist immer ein Spaltpilz –, dann müssen wir unseren Blick noch auf eine andere Schiefelage richten: KiTa Bremen ermöglicht

den Sozialassistentinnen und Sozialassistenten eine Zusatzqualifikation, die Einordnung nach der bestehenden Tarifordnung in die Entgeltgruppe S 4, während die freien Träger nur nach der Entgeltgruppe S 4 vergütet werden können, und zwar nimmt Kita Bremen diese Mittel aus unbesetzten Stellen für Erzieherinnen und Erzieher. Diese Möglichkeit steht anderen Trägern nicht offen, und dadurch entsteht für sie ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den städtischen Kitas. Das muss konzeptionell korrigiert werden, denn das verstößt gegen das Besserstellungsgebot.

Auch für die Tagespflege brauchen wir endlich eine finanzielle Gleichstellung und eine gute Ausstattung, denn Tagespflege ist aus dem Gesamtkonstrukt des Betreuungssystems gar nicht mehr wegzudenken. Auch hier brauchen wir passgenaue Qualifizierungsbausteine, um für Tagespflegepersonen berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Die Zukunft muss auf Vielfalt setzen. Die Stadt Bremen und die freien Träger brauchen ein transparentes Finanzierungssystem in allen pädagogischen Berufsfeldern der Kindertageseinrichtungen. Eine Frustration der freien Träger durch Besserstellung von städtischen Trägern oder bestimmten Betreuungsformen werden wir Freien Demokraten weiterhin anmahnen und dem auf gar keinem Fall zustimmen.

Obwohl in allen diesen Debatten immer viele Zahlen bewegt werden, habe ich kaum Zahlen genannt, aber jetzt gehe ich doch noch einmal auf Zahlen ein: Die Bildungsbehörde antwortete auf eine im Jahr 2017 gestellte parlamentarische Anfrage zum Erzieherbedarf der kommenden Jahre, dass es bis zum Ausbau 2020 780 offene Stellen geben wird, gleichzeitig würden 2 000 Absolventen auf den Markt kommen, sodass wir im Jahr 2020 1 200 Erzieher über dem Bedarf hätten. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran noch erinnern können.

Nun wissen wir alle, dass diese Zahlen meilenweit von unserer aktuellen Situation entfernt sind. Wer hat sich in dieser Behörde denn so unglaublich verrechnet, und mit so unglaublichen Konsequenzen, und wie wurde damit intern umgegangen? Wie positioniert sich die Behörde zu solchen nicht nachvollziehbaren Abweichungen? Auch auf die angekündigte Großoffensive zur Ausweitung von Ausbildungszahlen auf 150 Plätze folgen jetzt gerade einmal 50 PiA-Auszubildende. Das ist ja gut, aber eine bremische Erklärung zur Attraktivitätssteigerung und Sicherung von Fachkräften im Kita-Bereich hat uns doch etwas mehr erhoffen lassen. Wie

sollen wir weiterhin den Zahlen, Berechnungen, Bewertungen und Zukunftsplanungen aus diesem Haus unser Vertrauen schenken, wenn die Zahlen immer wieder von vorn bis hinten auch nicht annähernd stimmen und Aussagen Bestand haben?

Frau Dr. Bogedan, es geht nicht gegen Menschen, es geht auch nicht um Sie, ich sage einmal, Sie sind mir als Person überhaupt nicht unsympathisch.

(Heiterkeit SPD)

Ja, wir Schwaben sagen das so herum! Ich kann es auch andersherum sagen: Frau Bogedan ist für mich eine sympathische Person auf menschlicher Ebene, aber es geht nicht um sie, es geht nicht um Menschen, es geht um Bremer Kinder. Wir brauchen eine ehrliche, transparente und leistungsfähige Bildungsbehörde, und deswegen bitten wir als FDP-Fraktion – –.

(Zuruf)

Ich merke schon am Stimmungsbild, dass das voraussichtlich nicht durchgehen wird. Wir bitten eigentlich und ringen herzlich um Ihre Zustimmung, weil wir glauben, dass das ein ganz wichtiger Baustein ist, um in der gesamten Gemengelage in dieser Stadt und bei diesem Thema etwas voranzubringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Eigentlich wollte ich mich gar nicht zu Wort melden, aber das mit dem Spaltpilz, den Sie gerade hier beschrieben haben, Frau Bergmann, konnte ich doch irgendwie so nicht stehen lassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wer ist denn in Deutschland dafür verantwortlich, dass wir eine Zerklüftung der Tariflandschaft im sozialen Erziehungsdienst und in der Pflege als solcher haben? Ich kann mich noch gut daran erinnern, es gab einen gemeinsamen Branchentarifvertrag in Deutschland, den BAT, nach dem alle Träger und Ähnliche bezahlt haben. Es ist doch Ihre Ideologie des Vermarktens von Sozialeinrichtungen und von Kliniken, die dazu geführt hat, dass die Träger in den letzten Jahren Stück für Stück in eine Spirale nach unten gegangen sind, und jetzt

beklagen Sie, dass wir keine einheitliche Bezahlung haben! Das ist doch unehrlich!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Thema Wettbewerbsverzerrung! Es war die BEK hier in Bremen, die die Erzieherinnen und Erzieher jahrelang deutlich besser bezahlt hat als alle anderen Einrichtungen. Auch das ist doch unehrlich, Frau Bergmann!

Ich will noch einmal etwas zum Thema Tarifeinheit sagen: Ja, es gibt Verhandlungen darüber, wie zukünftig die Eingruppierung von Erzieherinnen und Erziehern sein soll, und da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Ich selbst war Elektriker im öffentlichen Dienst. Da gibt es normale Elektriker, da gibt es Elektriker, die machen schwierigere Tätigkeiten, und welche, die machen besonders schwierige Tätigkeiten. Da gibt es Leute, die bekommen die Entgeltgruppe 5, es gibt Leute, die bekommen die Entgeltgruppe 6 und andere die Entgeltgruppe 7. Bei den Erzieherinnen und Erziehern haben wir eben bundesweit die Einstufung, es gibt die Entgeltgruppe S 8a für Erzieherinnen und Erzieher und die Entgeltgruppe S 8b für Erzieherinnen und Erzieher, die besonders schwierige Tätigkeiten machen.

Ich will einmal ein Beispiel nennen: Ich kenne Einrichtungen hier in Bremen, in denen alle Kinder in der Einrichtung einen Sprachförderbedarf haben, ob es in Hemelingen oder in Gröpelingen ist, und ich kenne Einrichtungen in Schwachhausen, da hat kein einziges Kind einen Förderbedarf. Deswegen haben wir unterschiedliche Tätigkeiten bei den Erzieherinnen und Erziehern, und diese werden momentan unterschiedlich eingruppiert und bewertet. Das ist der Fakt, an dem wir uns orientiert haben, auch bei der Bremer Erklärung. Das kann man anders sehen, das kann man auch anders regeln, aber das müssen eben die Tarifparteien entsprechend im Tarifvertrag SuE als solchem machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie denn eine einheitliche Bezahlung wollen, dann sagen Sie doch endlich, Sie wollen aus der Vermarktung dieser unterschiedlichen Bereiche heraus, sagen Sie doch, Sie wollen einen Flächentarifvertrag, der auch für die Kirchen gilt. Dann können wir auch gern einen Flächentarifvertrag machen, dann können auch alle Kolleginnen und Kollegen in allen Einrichtungen als solche gleich bezahlt werden. – Ich danke Ihnen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bergmann zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, dass für eine Gruppe, in der sehr viele Kinder sind, die die Sprache nicht sprechen, die Erhöhung des Gehalts nicht die zielführende Maßnahme ist. Dafür braucht man einfach mehr Personal.

(Zuruf Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE])

Nein! Unabhängig davon geht es aber nicht, unterschiedliche Gehälter zu bezahlen, und deswegen denken wir, dass die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher auf ein Level gebracht werden müssen. – Danke!

Vizepräsidentin Grotheer: Meine Damen und Herren, Sie haben die Möglichkeit, sich noch zu Wort zu melden, wenn Sie die Debatte gern fortführen wollen, aber dann bitte vom richtigen Platz zum richtigen Zeitpunkt!

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Bogedan.

Senatorin Dr. Bogedan: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann ich nicht unkommentiert stehen lassen, Frau Bergmann! Wir diskutieren hier über die Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern, und was kommt heraus? Ein Bashing von Kolleginnen und Kollegen in meiner Behörde, die sich Tag für Tag dafür abmühen, um das, was wir vorhin und jetzt diskutiert haben, umzusetzen, nämlich, dass wir eine gute Kindertagesbetreuung haben, dass wir Plätze schaffen und Fachkräfte gewinnen. Das machen Sie Tag für Tag, und deshalb finde ich das nicht in Ordnung. Vor allen Dingen ärgert es mich deshalb so, weil ich es ja gerade vorhin erklärt habe. Es kann doch nicht sein! Man muss doch auch irgendwann an den Punkt kommen, dass man einfach zuhört!

Ich habe doch vorhin genau erklärt, dass wir das System absichtlich – politisch gewollt – umgestellt haben auf nicht feste Plangrößen, auf sich beweglich orientierende Ziele. Wenn wir also die Zahl der Plätze erhöhen, erhöht sich automatisch auch der Bedarf der Erzieherinnen. Wenn wir die Zahl der

Plätze erhöht haben, haben wir deshalb in den letzten Jahren Jahr für Jahr die Zahl der Fachschulplätze erhöht. Aus diesem Grund ist es völlig richtig, dass die Zahlen, die Sie damals vorgetragen haben, nicht übereinstimmen. Darüber hinaus ist es auch völlig richtig, dass wir „über Bedarf“ ausbilden, nämlich über den Bedarf, den wir in Kitas haben. Auf den Zusammenhang hat Frau Ahrens eben schon hingewiesen und uns wiederum – anders als Sie jetzt – vorgeworfen, dass wir diesen darüber hinausgehenden Bedarf gar nicht ausreichend anpassen.

Es wäre hilfreich, wenn Sie sich einmal auf ein Zahlenpaket verständigen, mit dem Sie antreten wollen, dann können wir uns damit auseinandersetzen. Wir legen unsere Zahlen regelmäßig transparent offen, die kann man nachlesen, sie sind auch in der Busta-Schnellmeldung für alle Fachschulen enthalten. Das ist ganz einfach nachzuvollziehen, und ich bitte Sie: Nutzen Sie diese Möglichkeit, lesen Sie, wenn Sie Unterstützung brauchen,

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

wir stellen das auch gern noch einmal alles ordentlich zusammen! – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert zu einer Kurzintervention.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Senatorin, für die FDP möchte ich zurückweisen, dass wir hier irgendwen bashen wollen. Wir haben echte Sorgen um die Erziehung unserer Kinder, und deswegen haben wir uns hier bemüht, mit diesen Dingen anzutreten und diese vorzutragen. Uns geht es ernsthaft darum, dass es eine bessere Situation und bessere Chancen für die Kinder in dieser Stadt gibt. Wenn Sie von beweglichen Zielen reden, lenkt das aus unserer Sicht nur davon ab, ob die Ziele erreicht werden, nämlich dass diejenigen, die einen Kindergartenplatz haben wollen, ihn bekommen,

(Zurufe)

und auf der anderen Seite auch davon, dass man dafür qualifiziertes Personal braucht. Wenn uns dann vorgeworfen wird, dass wir eine andere Meinung entwickelt haben, ist das ja nett, aber auch

Sie haben das Recht, Ihre Meinung einmal zu ändern, wenn Sie zu einer besseren Erkenntnis kommen. Wir nehmen das für uns in Anspruch. – Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer [20/89 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(CDU, M.R.F., Abgeordneter Beck [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Die Chance auf Bundesmittel nicht verstreichen lassen – Finanzielle Mittel für die Anschaffung von Elektrobussen für die BSAG jetzt bereitstellen

Antrag der Fraktion der CDU vom 3. Dezember 2019 (Drucksache [20/91 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin

Dr. Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden schon seit Jahren über die Notwendigkeit einer Verkehrswende. Wir reden seit Jahren darüber, dass gerade der öffentliche Nahverkehr einer der Hauptanker ist, diese Verkehrswende mit den einzelnen Segmenten, die es dann jeweils gibt, auch

zu schaffen, und wir reden auch seit Jahren darüber, dass wir diese Verkehrswende nicht nur bei den einzelnen Akteuren neu umstellen müssen, sondern dass wir auch die Antriebe verändern müssen. Ich glaube, wir wissen auch seit Jahren, dass gerade die Brennstoffe, also Diesel, nicht die richtigen Antriebe sind und wir letztlich zu neuen Antrieben kommen müssen.

Diese Diskussion ist jetzt in den letzten Jahren oder Monaten noch einmal durch die sehr massiv gewordene Diskussion zum Klimaschutz – einige würden Klimakatastrophe sagen – noch einmal forciert worden. Wir müssen eben diese Probleme global denken und lokal handeln, und deswegen haben wir heute diesen Antrag gestellt, denn nach unserer Ansicht ist das, was wir im Moment als Istzustand bei den Antrieben im öffentlichen Nahverkehr betrachten, mehr oder weniger gleich Null. Gut, die Straßenbahn nicht, sie wird mit Strom angetrieben, keine Frage, aber bei den Bussen muss man eben resümieren, dass wir seit Jahren herumdoktern, Konzepte schreiben, Konzepte entwickeln, die rot-grüne Regierung in den letzten zwölf Jahren bis dato immer den Vorteil hatte, dass sie alles immer nach Berlin abschieben und sagen konnte, wir würden ja gern, aber Berlin, der Bund, die bösen Verkehrsminister der CSU,

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut sind die alle nicht!)

die alle interessiert das ja nicht. Ja, aber das hat sich ja nun geändert.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Echt? Was hat sich denn geändert?)

Nicht, dass die Verkehrsminister nicht mehr aus Bayern kommen, das hat sich nicht geändert – Gott sei Dank! –, aber dass gerade der Bereich Unterstützung des öffentlichen Nahverkehrs wirklich massiv auch aus Berlin finanziell unterlegt wird, das passiert, und was passiert hier in Bremen?

(Beifall CDU)

Vielen Dank! Was passiert in Bremen? Wir stellen einen Antrag, wir erstellen Konzepte, wir machen und tun, und wenn wir, sage ich einmal, eine Zusage bekommen, dann lassen wir die BSAG allein. Ich glaube schon, dass wir jetzt an einem Punkt sind, wo wir sagen müssen, ja, wir gehen jetzt diesen Weg, und aufhören müssen mit immer wieder neuen Konzepten.

Jetzt konnten wir lesen, dass die Verkehrssenatorin nun ja auf Wasserstoff setzt. Jetzt ist die Frage, ist die Elektromobilität damit außen vor? Deswegen müssen wir das eine tun, ohne das andere zu lassen. Nach unserer Ansicht ist es sehr wichtig, eben auch für Symbole, auch für Symbolpolitik – das ist auch sehr wichtig –, wirklich diese Sachen, die wir finanziell unterstützt bekommen, dann auch zu machen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, dass wir eben diese fünf Elektrobusse anschaffen und der Senat dies auch finanziell unterfüttert. Ich glaube nicht nur, dass der Bund große Teile davon bezahlt, ich glaube, finanzielle Gründe sind für den Klimaschutz ein schwieriges Argument, aber die Nachredner werden mir dann vermutlich gleich erklären, dass das alles Unfug ist und dass Dieselbusse eine ganz, ganz tolle Sache sind. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss das Pult einmal hier hochfahren, es scheint ja zwischen uns doch ein Größenunterschied zu sein.

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Abgeordneter Strohmann [CDU]: Längenunterschied!)

Zumindest ist es immer schön, wenn man mit Heiko Strohmann diskutiert, bleibt immer eine gewisse Leichtigkeit in der Debatte, selbst wenn wir über ganz ernste Themen reden.

Ich will einmal mit zwei Vorbemerkungen anfangen: Auch unsere Fraktion und ich wünschen uns vor Ort möglichst schnell und möglichst viele emissionsfreie Busse. Wir haben vor vier, fünf Jahren sogar einmal ein Positionspapier geschrieben, da haben wir hineingeschrieben, dass wir – vor Ort, wohlgemerkt! – die gesamte Busflotte bis 2030 emissionsfrei haben wollen. Das hat sich nun nicht als realistisch erwiesen, da waren wir wieder einmal unserer Zeit ein bisschen voraus, das kommt ja ab und zu vor. Die Technik ist einfach nicht so schnell vorangegangen, wie wir uns das gewünscht haben.

Die zweite Vorbemerkung ist: Ich wünsche nicht, dass wir, wenn wir eine Strategie entwickeln, dabei so hastig und überstürzt agieren, dass wir ganz viel Geld dabei verbrennen, das ist für mich ganz wichtig!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir, CDU und Koalition, sind bei Verkehrsfragen ja meistens nicht so meilenweit auseinander, und es ist auch dieses Mal so, dass ich nicht finde, dass wir meilenweit auseinander sind, sondern der Antrag geht natürlich in die richtige Richtung. Nur, Sie kommen dann etwas zu hastig ins Stolpern und schlagen Sachen vor, die einfach jetzt noch nicht durchdacht sind und einfach auch zu schnell sind.

Ich will das auch erklären: Dieser Antrag hat drei Punkte. Beim ersten Punkt dreht es sich um diese fünf Busse, sie haben eine Förderquote von 40 Prozent. So ein Elektrobus kostet im Augenblick etwa zweieinhalbfach so viel wie ein normaler Bus. Das heißt, wir haben eine Menge aus dem Bremer Haushalt zu finanzieren, wenn wir denn diese fünf Busse haben wollten. Das Ressort hat das einmal berechnet, das sind, glaube ich, sieben Millionen Euro, die das für zehn Jahre kostet. Das heißt, wir haben eine Sache, die erst einmal sehr haushaltsrelevant ist, und es ist nicht so besonders günstig. Deswegen haben sich auch nicht so viel Kommunen an diesem Programm beteiligt.

Das nächste ist nämlich ein Programm, an dem Bremen sich auch beteiligt und Interesse gezeigt hat, da geht es um 15 Busse, für die es aber eine Förderung von 80 Prozent gibt, und es hat ja von der EU eine Clean Vehicles Directive gegeben, in der festgelegt worden ist, dass die Städte und die Länder, gerade auch in entwickelten Bereichen mit einem guten Bruttoinlandsprodukt, etwa bis 2025 vor Ort ein Viertel solcher emissionsfreier Busse haben müssen. Da besteht schon eine gewisse Eile. Dafür muss man sich, glaube ich, erst einmal entscheiden, welche Technologie wir denn eigentlich wollen.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz. – Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Heiko Strohmann hat es getan, da finde ich wirklich falsch zu sagen, wir wüssten schon alles darüber. Dann würde das ja funktionieren, das funktioniert aber ja eben nicht! Ich habe auch mit den Hamburger Kollegen gesprochen.

Präsident Imhoff: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Buhlert zulassen?

Abgeordneter Saxe /Bündnis 90/Die Grünen): Wenn er nicht zu viel Zeit von mir wegnimmt!

Präsident Imhoff: Herr Kollege Dr. Buhlert, Sie dürfen eine Zwischenfrage stellen. – Bitte!

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Die Clean-Vehicles-Richtlinie ist ja zu begrüßen, aber wissen Sie denn schon, wie sie in nationales Recht umgesetzt wird und dass sie dann auch direkt für das Unternehmen gilt, oder will Herr Scheuer nicht über alles einen Durchschnitt legen und berechnen, und müssen wir uns dazu noch positionieren, wie sie dann national umgesetzt wird?

Abgeordneter Saxe /Bündnis 90/Die Grünen): Das soll bis 2021 in nationales Recht umgesetzt werden, und in Herrn Scheuer stecke ich nicht, vielleicht kann Heiko Strohmann das dann nachher in seinem zweiten Redebeitrag erklären.

(Abgeordneter Magnitz [M.R.F.] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Es wäre zu wünschen, dass da jedenfalls sehr viel mehr Druck auf den Kessel kommt, und es ist auch vollkommen klar, dass der Bund mehr Förderprogramme auflegen muss, damit die vielen Städte, die dieses eine Viertel beschaffen müssen, dann eben auch in die Lage versetzt werden, das zu finanzieren, weil wir da über eine Größenordnung sprechen, die wahrscheinlich in Richtung der Straßenbahnfinanzierungen geht, die wir bisher gemacht haben. Das heißt, wir reden über eine ganze Menge Geld.

Präsident Imhoff: Herr Saxe, es gibt noch eine Frage von dem Abgeordneten Magnitz. Möchten Sie sie zulassen?

Abgeordneter Saxe /Bündnis 90/Die Grünen): Nein, das würde mir jetzt zu viel Zeit wegnehmen. Ich habe nur noch 50 Sekunden, die will ich dafür ganz sicher nicht nutzen. Ich habe ja auch noch eine zweite Runde, und die werde ich auch noch nutzen.

Es ist also nicht logisch, uns erstens vorzuschlagen, einmal diese fünf Busse zu sehr schlechten Konditionen zu beschaffen, und uns im zweiten Beschlusspunkt zu sagen, Leute, jetzt brauchen wir aber einmal eine Antriebstechnologie, kümmert euch darum! Sie haben dann eine Vorfestlegung für die fünf Busse getroffen, und dann stellen wir vielleicht am Ende fest, dass es Wasserstoff sein wird. Also, das ist für mich ein logischer Fehler, der neben der Haushaltsrelevanz darin steckt, und deswegen können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Wir müssen auch sagen, was richtig daran ist: Wir müssen miteinander darüber reden, dass wir so eine Antriebsstrategie brauchen. Ich glaube, wir müssen darüber auch jetzt in der Deputation mit allen reden, um das fachliche Know-how, das bei allen unstrittig vorhanden ist, dann zusammen zu bündeln und zu schauen, was wir denn wirklich in Bremen wollen. Wollen wir Wasserstoff, wollen wir kleine Batterien, große Batterien, O-Busse, da gibt es also noch viel zu entscheiden. Ich habe, wie gesagt, bei einem Besuch in Hamburg erlebt, dass es auch da mit den Elektrobussen nicht so zur Zufriedenheit war, wie sie es sich eigentlich vorgestellt hatten. – Erst einmal vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU! Sie haben Ihren Antrag überschrieben mit dem Titel „Die Chance auf Bundesmittel nicht verstreichen lassen“, das finde ich erst einmal gut. Mittel, die dort liegen, die wir nutzen können, sollten auch abgerufen werden.

Dann geht es aber weiter, „Finanzielle Mittel für die Anschaffung von Elektrobussen für die BSAG jetzt bereitstellen“, und da wird man so ein bisschen stutzig und denkt sich, na ja, irgendwo werden da sicherlich auch noch Kosten für uns in Bremen versteckt sein, und in der Tat, wenn man dann weiterliest, dann liest man, dass der Bund gerade nur die Differenz beziehungsweise die Mehrkosten im Vergleich zu den Kosten eines normalen Dieselmotors übernimmt, und das im Übrigen auch nur bei den Elektrobussen, die wir anschaffen. Die Differenz beziehungsweise die Kosten für die Anschaffung eines normalen Dieselmotors muss Bremen dann letztendlich selbst tragen.

Sie sprechen in Ihrem Antrag von fünf Bussen, für die es zumindest für die Mehrkosten, die durch die Anschaffung dieser Elektrobusse entstehen, eine Finanzierungszusage geben soll. Das kann man jetzt machen, und ja, wenn man die Zukunft in der Elektromobilität sieht, wenn sie dort liegt – und da sind sich ja Wissenschaftler im Moment alles andere als einig –, dann wäre es natürlich ärgerlich, dieses Geld dort jetzt liegen zu lassen und nicht abzurufen. Wissen Sie aber, was noch viel ärgerlicher wäre? Wenn wir in Bremen bei der aktuell sowieso

schon mehr als knappen Haushaltslage, in einer Situation, in der wir kaum Geld für Schulen, für attraktiven ÖPNV, für Sicherheit haben, Geld zum Fenster hinauswerfen!

(Beifall FDP, M.R.F.)

Wir unterstützen die Verkehrswende hin zu erneuerbaren und emissionsarmen Antrieben, und wir unterstützen auch die Ausstattung der BSAG mit eben diesen Antrieben. Dafür sollte allerdings erst einmal klar sein, in welcher Antriebstechnik die Zukunft liegt, denn ansonsten fahren demnächst nämlich zig verschiedene Antriebsarten in Bremen herum, für die es dann ja auch unterschiedliche Ladeinfrastrukturen braucht, das kostet dann zusätzliches Geld und so weiter.

Wohin die Reise geht, das wissen Sie aktuell anscheinend auch noch nicht, und deswegen widersprechen Sie sich in Ihrem eigenen Antrag auch. In Punkt 1 fordern Sie die Bereitstellung von Geld, um den Elektro-ÖPNV hier in Bremen voranzutreiben. In Punkt 2 wiederum fordern Sie, dass danach erst einmal ein Konzept erarbeitet werden soll, ob Elektroantriebe überhaupt die Zukunft sind und welche Antriebsstrategie für den ÖPNV hier in Bremen mit welchen regenerativen Energieträgern zukünftig verfolgt werden soll. Das macht aus unserer Sicht schlichtweg keinen Sinn.

(Beifall FDP)

Es macht keinen Sinn, bevor so ein Konzept überhaupt vorliegt, jetzt schon einmal Steuergeld in eine bestimmte Antriebsart zu stecken, ohne zu wissen, ob nach der Erstellung dieses Konzepts diese Antriebsart überhaupt weiterverfolgt werden soll. Ehrlicherweise, auch wenn ich bei nichts mehr Bauchschmerzen bekomme als bei dem permanenten Zögern des Senats in fast allen Fragen, außer Fahrradbrücken, so muss ich doch sagen, an dieser Stelle finde ich diese sehr zögerliche Herangehensweise, das Abwägen, den Willen herauszufinden, das Bewerten der verschiedenen Antriebsarten, bevor man anfängt, Steuergeld zu investieren, erst einmal richtig. Deswegen werden wir diesen Punkt 1, diese kopflose Bereitstellung von Geld, gerade nicht nur durch den Bund, sondern insbesondere auch durch Bremen, ablehnen.

Ihr Antrag enthält aber auch gute und wichtige Punkte, und das sind die Punkte, die danach kommen. Das ist unter anderem die Forderung, dass nun zügig ein Konzept erstellt werden soll, wie der ÖPNV schadstoffärmer und ökologischer gestaltet

werden kann, wie überhaupt die Antriebsstrategie im ÖPNV in Zukunft aussehen soll, und natürlich die regelmäßige Berichterstattung. Das finden wir gut, das unterstützen wir. Deswegen beantragen wir an dieser Stelle getrennte Abstimmung. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist beantragt, dass Bremen sich an einer Aktion vom Bund beteiligt, die besagt, wenn ihr jetzt Elektrobusse kauft, dann bekommt ihr 40 Prozent der Mehrkosten aus dem Bundessäckel, den Rest müsst ihr euch selbst organisieren. Das erinnert mich ein bisschen an griechische Tragödien, wenn die Danaer kommen, denn vor denen muss man sich hüten, wenn sie mit Geschenken kommen.

Wir wissen, dass eine Umstellung auf E-Antriebe im Bereich des ÖPNV, insbesondere für Busse, dringend notwendig ist. Bundesweit gibt es 36 000 Busse im Linienverkehr. Bremen, die BSAG, hat ungefähr 230, wenn ich richtig zusammengezählt habe, was auf der Webseite steht. Es ist tatsächlich dringend notwendig, diese Busse von Diesel auf eine Form von E-Antrieb umzurüsten.

Jetzt haben wir gerade, was die Frage angeht, was eigentlich besser ist, batteriebetriebene Busse oder brennstoffzellenbetriebene Busse,

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Erdgas!)

eine sehr schnelle und sehr unterschiedliche technische Entwicklung. Wenn man ein bisschen im Internet stöbert, was eigentlich besser ist, Batterie, E-Antrieb oder Brennstoffzelle, dann kommt man selbst sehr schnell zu dem Schluss, im Kern taugen batteriebetriebene Busse für Kurzstrecken, und im Kern taugen brennstoffzellenbetriebene Busse für lange Strecken, für Fahrten, in denen sie ein ausgeglichenes Tempo haben können. Wenn man sich das näher anschaut, dann findet man unterschiedliche Aussagen zur Alltagstauglichkeit. Wie lange halten die Dinger eigentlich, wenn wir sie kaufen? Da gibt es Einschätzungen, dass durchaus 20 bis 25 Prozent der Busse eben teilweise nicht zur Verfügung stehen, weil die technische Entwicklung in allen Bereichen noch nicht so weit ausgereift ist,

dass sie dieser konstanten Belastung im ÖPNV gerecht wird.

Die Frage ist auch, welche Form von CO₂-Einsparung wir wollen. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, wenn wir den normalen Strommix nehmen, den wir heute noch haben – also, im letzten Halbjahr waren es 47 Prozent aus alternativen Energien, das ist schon eine ganze Menge, aber es ist immer noch so, dass elektrobatteriebetriebene oder brennstoffzellenbetriebene Fahrzeuge lange laufen müssen, bevor sie einen Diesel einholen, insbesondere gilt das natürlich für Kleinwagen, aber auch für Busse –, auch da hat die Brennstoffzelle im Kern die Nase vorn. Sie hat auch die Nase vorn, wenn es darum geht, welchen CO₂-Abdruck eigentlich die Batterie respektive Brennstoffzelle hinterlässt, es gibt also eine ganze Menge Hinweise darauf, dass die Brennstoffzelle eigentlich das Antriebsmodul für Busse im ÖPNV-Verkehr ist. Das ist noch nicht ausgemacht.

Gerade weil wir in einer Situation sind, in der sich die technischen Voraussetzungen, die Entwicklungsarbeit und die Arbeit an der Entwicklung von alltagstauglichen Fahrzeugen in zunehmender Geschwindigkeit entwickeln, teile ich die Einschätzung, dass wir uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht festlegen sollten, fünf batteriebetriebene Busse zu kaufen, nicht nur weil die Förderung meines Erachtens unzulänglich ist, sondern im Wesentlichen, weil wir uns dann unter Umständen auf einen Weg begeben, der sich tendenziell als Sackgasse und tendenziell als zu gering CO₂ ersparend entpuppt. Deswegen halte ich diese Forderung zum jetzigen Zeitpunkt für falsch.

Ich sage auch, dass wir an einer Perspektive arbeiten müssen, und ich kenne das ja aus Zeiten, als ich in der Opposition saß: Man ist oft geneigt, etwas zu beantragen, was die Regierung sowieso schon gerade macht.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Machen die etwas?)

Das ist hier auch so ein Fall. Ich bin relativ sicher, ich weiß, dass wir genau an dieser Fragestellung intensiv arbeiten. Meine Wirtschaftssenatorin hat ja gerade mit den Kollegen aus Norddeutschland eine Wasserstoffstrategie beschlossen beziehungsweise ins Auge gefasst. Es ist also nicht so, dass man diese Landesregierung auffordern muss, eine neue Strategie zu entwickeln, sondern sie ist auf dem Weg dahin.

Weil erstens die Entscheidung für die Anschaffung solcher Busse jetzt ein Fehler ist und es zweitens einer Aufforderung, eine Strategie zu beschließen, derzeit nicht bedarf, werden wir den Antrag ablehnen und in der gewohnten Geschwindigkeit und mit dem gewohnten Erfolg weiter an dieser Strategie arbeiten. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Bitte nicht fallen, Herr Rupp!

(Abgeordneter Rupp [DIE LINKE]: Ich würde ja gern nicht fallen, aber wenn das die Arbeitssicherheit sieht, dann bekommen wir Ärger! Das sind Stolperfallen, die gefährlich sind!)

Wir arbeiten daran.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Haben wir überhaupt eine Berufsgenossenschaft?)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Klaus-Rainer Rupp, ich hoffe, die letzte Bemerkung war keine Drohung! Wenn Sie weiter in dieser Geschwindigkeit arbeiten, dann mache ich mir nämlich große Sorgen, denn wenn ich mir überlege, für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Linie 1, Linie 8 – Sie haben das ja jetzt in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben –, hatten wir die Beschlüsse im Jahr 2005, wir schreiben jetzt das Jahr 2019!

Trotzdem ist aber diese Diskussion doch ehrlicherweise sehr spannend gewesen. Ich finde auch, lieber Ralph Saxe, zum Teil haben Sie recht, natürlich haben wir bei der Elektromobilität noch massive Probleme, und wir alle, die sich mit dem Thema auch technisch ein bisschen befasst haben, wissen, dass Elektromobilität, gerade bei der CO₂-Bilanz, nur punktuell einsetzbar ist, also gerade für Überland-Lkw-Verkehre wird Elektromobilität für die Zukunft nicht funktionieren. Da werden wir andere Antriebsformen brauchen, und da wäre Wasserstoff eine Möglichkeit.

Jetzt wissen wir aber alle – –.

(Abgeordneter Magnitz [M.R.F.] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nein, dem stimme ich nicht zu, ich will hier in den letzten Minuten noch etwas Inhaltliches sagen!

Präsident Imhoff: Ich wollte fragen, ob Sie eine Frage zulassen. Ich muss ja fragen, bevor Sie antworten.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Entschuldigen Sie, Herr Präsident, nein, ich habe nicht mehr so viel Redezeit! Hier geht es ja auch um Inhalte.

Was mich ehrlicherweise dann nur immer, auch gerade bei den Grünen oder einigen der Grünen, so ein bisschen nervt, ist diese Diskussion, die wir in den letzten Wochen hatten, diese Verhetzung von Diesel, die Verhetzung von Autofahren und dergleichen. Sich aber gleichzeitig hier hinzustellen und zu sagen, eigentlich ist der Diesel Euro 6 mit AdBlue-Technologie ziemlich gut, was ja auch stimmt, Herr Bruck, Sie schütteln den Kopf: Das machen Sie ja jetzt gerade, Sie schaffen keine Elektrobusse an.

Als Zweites will ich sagen, einmal vielleicht aus der Historie Bremens: Wir haben mit Windkraft angefangen, da haben viele gesagt, was soll der Unfug denn? Wir hatten Windkraftanlagen – die ersten, die so gebaut wurden – mit 650 kW. Da war eigentlich auch nie absehbar, welcher Markt sich daraus entwickelt. Genauso ist es auch bei der Elektromobilität. Wer, wenn nicht wir als öffentliche Hand, muss diese Produkte anschaffen, um sie alltagsfähig in den Massenmarkt zu bringen? Wer, wenn nicht wir? Wir können doch nicht von den Menschen verlangen, kauft euch alle Elektroautos, die taugen zwar nicht so viel, ihr müsst es machen, aber wir machen es jetzt nicht, denn wir wollen das jetzt nicht, weil wir nicht genau wissen, ob das der richtige Weg ist! Das ist im Grunde genommen auch genau das, was wir in unserem Antrag noch einmal geschrieben haben.

Außerdem, noch einmal an die FDP: Das ist kein Widerspruch in sich.

(Abgeordneter Güngör [SPD]: Doch!)

Nein! Das ist nämlich genau Ihr Problem: Sie machen etwas, dann sagen Sie, nein, das ist ja doch nicht das Richtige, dann lassen wir das, dann denken wir wieder nach.

Wir wissen alle seit etlichen Jahren noch nicht genau, wohin der Markt der Antriebe sich entwickelt. Elektromobilität, also batteriebetriebenen, Wasserstoff, synthetisch hergestellte Kraftstoffe, vielleicht entwickeln wir auch noch einmal irgendwie Helium 3, das ist ja auch ein sauberer Antrieb, könnte

man machen, holen wir vom Mond. Ich weiß letztlich noch nicht, was in den nächsten 20 Jahren passiert. Deswegen müssen wir immer am Ball bleiben.

Es ist ja auch nicht so, dass wir in den letzten Jahren nichts gemacht haben. Wir haben sehr viel konzeptionell, und es gibt ja auch schon Konzeptpapiere der BSAG oder ganz besonders von Bremerhaven-Bus, wo man schaut, wie neue Antriebsmöglichkeiten sich entwickeln können, aber eines ist bei beiden gleich: Die politische Unterstützung der handelnden Koalitionen war jeweils immer überschaubar, denn spätestens wenn es ums Geld ging, da erinnere ich mich nur: Wir reden hier alle in Sonntagsreden, die Straßenbahn ist ehrlicherweise ökologisch und ökonomisch das Beste.

(Zuruf Abgeordneter Saxe [Bündnis 90/Die Grünen])

Ökonomisch vielleicht nicht so, aber wenn wir einmal die Diskussionen über die Anschaffung der Straßenbahn anschauen, und das war kein CDU-Senator oder die CDU-Opposition oder so, es war die grüne Finanzsenatorin, die da ziemlich lange herumgehampelt hat, bis wir neue Straßenbahnzüge bekommen haben, und über den Ausbau will ich auch nicht reden! Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, und ich bin gern bereit, dies auch hier alles zurückzunehmen, aber dann bitte ich auch um eine fachlich ordentliche Diskussion, und hören Sie bitte auf mit dieser Verhetzung! Dann müssen wir auch klar und deutlich sagen, im Moment ist der Dieselmotor leider Gottes noch das Beste, dann habe ich damit kein Problem, und dann können wir gemeinsam suchen, aber beide Seiten zu bespielen, das wird auf Dauer nicht funktionieren!

Sie haben hier einen ökologischen Anspruch, den müssen Sie jetzt wahrnehmen, ob Ihnen das passt oder nicht, und wir liefern Ihnen die Anträge dazu. Sie lehnen diesen Antrag ab, was ich ökologisch unvernünftig finde. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal für die Debatte bedanken, weil ich glaube, es ist ein guter Einstieg, dass wir tatsächlich miteinander weiter dieses Thema in der Deputation bearbeiten können, und ich glaube, wir

haben uns auch alle gegenseitig verstanden und uns auch noch einigermaßen lieb.

Trotzdem noch: Ich finde, das war wirklich ein guter Einstieg, ich meine, Sie haben ja auch erkannt, dass es vielleicht besser gewesen wäre, diesen Antrag zurückzuziehen oder nicht zu stellen, aber die Debatte jetzt ist zumindest ein guter Einstieg, und da finde ich es auch irgendwie wertvoll.

Wir müssen einfach noch einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir hier nichts im größeren Maße – und wir reden hier über Millioneninvestitionen – anschaffen können, wenn wir noch Zweifel haben, ob es die richtige Technologie ist, und das ist bei Elektrobussen nun tatsächlich so. Sie stehen nur zu 70 Prozent zur Verfügung, es gibt keine zuverlässigen Gelenkbusse, die wir in Bremen aber eigentlich haben müssten. Wir haben uns noch nicht entschieden, ob wir lieber große Batterien oder kleine Batterien möchten, oder wollen wir nicht doch Oberbuslinien? Wasserstoff ist dann noch ein eigenes Thema. Ich glaube, solange wir das nicht miteinander geklärt haben, wird es uns in dieser Stadt nicht gerecht, einmal eben so einen Schnellschuss zu machen.

Es ist wichtig, dass wir das miteinander diskutieren. Es ist auch nicht so, dass wir dabei Geld sparen wollen, indem wir sagen, dann fahren wir doch einmal die Dieselbusse weiter, darum kann es gar nicht gehen. Ich habe ja schon diese Verordnung der EU genannt, wir sind gezwungen, bis 2025 mindestens ein Viertel mit solchen Technologien zu machen, und das ist gar nicht so weit weg! Also, wir müssen miteinander diskutieren, und wir müssen versuchen, da einzusteigen.

Also, noch einmal: Ich bedanke mich sehr für den Hinweis, dass wir eine Antriebsstrategie brauchen. Ich weiß aber sowohl nach Gesprächen mit der BSAG, die schon längst ein Papier dazu gemacht hat, als auch von der Senatorin, dass man längst dabei ist. Ich nehme heute auch ausnahmsweise einmal sehr viel Einigkeit mit der FDP wahr, dass wir da in die richtige Richtung blinken.

Lassen Sie uns weiter diskutieren, weiter fachlich auf so einem hohen Niveau! Ich wünsche mir, dass sich alle letztlich an diesen Debatten beteiligen und nicht zwischendurch mit irgendwelchen Fragen kommen, sondern sich dann tatsächlich auch einmal in dieser Bremischen Bürgerschaft aktiv mit Redebeiträgen beteiligen, damit wir fachlich wirklich etwas hinbekommen, was eine günstige Lösung für Bremen ist und uns auch im Hinblick auf

unseren hohen ökologischen Anspruch, den ja auch die CDU betont hat, dann wirklich weiterbringt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Schiemann.

Abgeordnete Schiemann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! So, nun bin ich auch endlich einmal an der Reihe, es ist ja nun schon fast alles gesagt worden, aber ich muss auch eines sagen: Auch wir lehnen diesen Antrag ab.

Ich habe einmal zu den Anfängen des öffentlichen Nahverkehrs in Bremen recherchiert. Im Jahre 1876 gab es mit der Pferdebahn von Bremen nach Hastedt das erste öffentliche Verkehrsmittel in Bremen. Wenige Jahre später, 1891, fand bereits die Umstellung auf eine elektrisch betriebene Straßenbahn statt, was nebenbei deutlich macht, dass das, was heute im Zuge der Verkehrswende diskutiert wird, in Bremen eigentlich nichts Neues ist. Bremen fährt nämlich schon seit 130 Jahren elektrisch.

Wie können wir es nun hinbekommen, neben den Straßenbahnen nunmehr auch die Busflotte der BSAG auf emissionsfreie Antriebsarten umzustellen? Der Senat befindet sich nach seiner Antwort vom 3. Dezember auf eine Kleine Anfrage der CDU derzeit mit den Verkehrsbetrieben noch in Gesprächen über die Einrichtung und den Ausbau von alternativen Antriebsarten für den Busverkehr. Hierzu sei, so die Antwort des Senats, eine Entscheidung hinsichtlich einer zukünftig zu bevorzugenden alternativen Antriebstechnik noch nicht getroffen worden. Ich halte es nicht nur aufgrund der Investitionen, die dafür nötig sind, für absolut richtig, bei dieser Frage nichts über das Knie zu brechen. Es ist sinnvoll, genau zu prüfen, welcher alternativen Antriebstechnik für die Umstellung der BSAG-Busse der Vorzug gegeben wird.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ob es am Ende tatsächlich auf eine komplette E-Flotte hinausläuft, ist dabei keineswegs sicher. Derzeit sind nur wenige Elektrobusse im ÖPNV der Länder unterwegs. Von insgesamt circa 40 000 Bussen, die auf Deutschlands Straßen unterwegs sind, sind nur etwas mehr als 840 mit elektrischer Antriebstechnik ausgestattet. Das hat leider Gründe: Elektrobusse leiden laut vorliegenden Er-

fahrungsberichten noch sehr unter Startschwierigkeiten. Sie haben derzeit noch eine zu geringe Reichweite, sind in der Anschaffung etwa doppelt so teuer wie Dieselbusse und zudem bislang noch sehr viel störungsanfälliger. Hinzu kommen hohe Investitionskosten für Lademöglichkeiten und die Umrüstung von Betriebshöfen und Werkstätten.

Völlig klar ist aber, trotz der Förderung des Bundes würde die Anschaffung von fünf E-Bussen Bremen eine hohe Gegenfinanzierung abverlangen, und völlig klar ist auch, E-Busse sind nicht die eierlegende Wollmilchsau einer klimaschützenden Verkehrspolitik.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird nicht die eine Maßnahme geben, mit der wir unser Klima schützen. Es werden zahlreiche und vor allem auch viele kleine Beiträge sein, die uns dabei helfen können, einen Temperaturanstieg zumindest zu begrenzen. Lassen Sie uns gemeinsam genau prüfen, was aus Sicht des Klimaschutzes sinnvoll und finanzierbar ist! Völlig klar aber ist, dass dies für Bremen nicht umsonst zu bekommen sein wird. Auch das muss abgewogen werden.

Manchmal mag auch ein Blick in die Hauptstadt hilfreich sein. Dort hat man ein ehrgeiziges Ziel, bis 2030 die gesamte Busflotte der BVG auf Elektromotoren umzustellen, und man hat bereits eine zweistellige Zahl entsprechender Busse im Betrieb. Auch dort sollten wir eine Expertise einholen und diese in unserer Strategie für alternative Antriebsarten im ÖPNV berücksichtigen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letztendlich sind hier schon verschiedene Begrifflichkeiten durch den Raum geschwirrt. Wir haben teilweise über Wasserstoffantrieb gesprochen, die Kolleginnen und Kollegen haben auch irgendwann einmal synthetische Kraftstoffe gefordert. Jetzt auf einmal findet man das Seelenheil in der Elektromobilität. Es werden weiterhin auch nach wie vor viele Dieselbusse in Bremen unterwegs sein. Jetzt haben wir noch die Brennstoffzelle von Klaus-Rainer Rupp. Also, uns stellt sich schon die Frage, wie viele unterschiedliche Infrastrukturen für das Laden, für Reparaturen und so weiter Sie letztendlich bereithalten wollen, denn das kostet alles Geld,

und zwar Steuergeld. Das sind Millioneninvestitionen, und letztendlich verursacht auch allein schon die Herstellung von Bussen eine gewisse Umweltverschmutzung. Selbst Elektrobusse sind nur dann grün, wenn sie mit grüner Energie betankt werden, das wissen Sie auch.

Herr Strohmann, Sie verwechseln die Diskussion über private Pkws auf der einen Seite in der wir Freien Demokraten sehr wohl sagen, dass wir einen ergebnisoffenen Wettbewerb der verschiedenen Antriebsarten haben wollen, was ja auch damit zu tun hat, dass wir jetzt allein im Land Bremen nicht die Besitzer von mehr als 300 000 Pkw zwingen können, auf einen anderen Antrieb umzusteigen, weil es den Menschen nicht zuzumuten ist, und die Umrüstung des ÖPNV auf der anderen Seite, wo wir schon sehen, dass eine Art Hauruckentwicklung deutlich besser klappt, allein weil es schon um eine andere Anzahl von Fahrzeugen geht, weil die Stadt hier ganz andere Entwicklungs- und Einwirkungsmöglichkeiten hat und sich natürlich allein schon aus Kostengründen irgendwann einmal für eine Richtung entscheiden muss.

Noch einmal: Wir finden Ihr Anliegen ja richtig, den ÖPNV nachhaltig zu machen, schadstoffärmer und nachhaltiger, aber wie in meiner ersten Rede schon gesagt, lassen Sie uns bitte erst das Konzept entwickeln und erst gemeinsam herausfinden, was die Antriebsformen der Zukunft für die nächsten Jahre und Jahrzehnte sind, und erst dann dafür sorgen, dass die Umrüstung auch durchgeführt wird! Das ist für uns die logische Reihenfolge und nicht andersherum. Alles andere ist für uns Aktionismus und einfach an der Stelle nicht klug. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Nein, dieses Mal habe ich nicht den James gemacht aus Dinner for One, über das Kabel hier, aber egal.

Erstens, Herr Schäck, ist mir durchaus klar, dass genau die Frage, können wir uns eigentlich eine doppelte Infrastruktur leisten, in der Frage, für welchen Weg entscheiden wir uns, eine völlig elementare Frage ist. Wenn es aber so ist, dass man mit unterschiedlichen Antrieben unterschiedlichen Herausforderungen am besten gerecht werden kann, dann muss man sich die Frage stellen: Kön-

nen wir uns diese doppelte Infrastruktur nicht möglicherweise doch leisten? Das wissen wir im Moment noch nicht. Deswegen bin ich mit Ihnen einer Meinung, dass wir uns genau mit diesen fachlichen, sachlichen, ingenieurtechnischen Fragen auseinandersetzen müssen, bevor wir einen Schnellschuss machen und jetzt fünf Busse bestellen.

Ich komme auch noch einmal zur Frage der Strategie: Wenn es nach mir ginge, würden die Mehrkosten nicht zu 40 oder 80 Prozent gefördert, sondern es würden mindestens 100 Prozent der Mehrkosten oder möglicherweise sogar mehr übernommen, weil die Folgen der Klimaänderung verglichen mit den notwendigen Investitionsmitteln, die notwendig sind, sie zumindest zu dämpfen, sind nach allen Erfahrungen beziehungsweise nach allen Schätzungen deutlich höher.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich finde, es ist die Aufgabe von Bundesregierung und Landesregierungen, genau so viel Geld zur Verfügung zu stellen, dass wir diese Entwicklung beschleunigen. Das ist überhaupt keine Frage.

Reden wir noch einmal über Perspektiven. Es ist klar, jede Form von E-Antrieb ist nur dann sinnvoll, wenn sie in irgendeiner Weise grün hergestellt wird, also entweder grüner Strom oder grüner Wasserstoff. Es kann nicht sein, dass wir es machen wie die Chinesen. Die haben jetzt schon tausende von E-Fahrzeugen, aber die verlagern den Auswurf nur von der Straße ins Kraftwerk. Das kann nicht die Lösung sein. Wobei man vielleicht auch darüber nachdenken muss: Effiziente Rauchgasreinigungsanlagen könnten uns vielleicht auch noch helfen. Egal. Aber das Co2 wird erzeugt.

Deswegen, wie gesagt: Wichtig ist grüner Strom oder grüner Wasserstoff. Wenn man das will, dann ist die Entscheidung, eine Wasserstoffstrategie für die norddeutschen Länder zu entwickeln, eine richtige Entscheidung, weil das ist der erste Schritt hin zu einer konsequenten Umstellung auf E-Mobilität, auf der Basis von ökologisch erzeugtem Strom.

Wenn man das wiederum berücksichtigt, erlaube ich mir, noch einmal auf einen Vorschlag zurückzukommen, den wir vor vier oder fünf Jahren gemacht haben, als es hier mit der Windkraftenergie ein bisschen abwärts ging. Da haben wir den Vorschlag gemacht: Warum haben die norddeutschen Küstenländer nicht einen gemeinsamen Offshorewindpark und investieren somit in die Grundlagen

einer Wasserstofftechnologie beziehungsweise in die Grundlagen einer E-Mobilität. Und wenn Sie sich schon geeinigt haben, zu sagen, jetzt machen wir Wasserstofftechnologie, dann wäre es doch folgerichtig, dass Sie sagen, dann bauen wir uns erst einmal auch einen schönen Offshorewindkraftpark, dann haben wir die notwendige Energie, um Strom oder grünen Wasserstoff zu erzeugen, mit dem wir dann so oder so unsere Busse und Fahrzeuge betreiben können. Wenn das allerdings an der Schuldenbremse scheitert, dann wissen wir,

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

dass es einen weiteren Grund gibt, diese Schuldenbremse insbesondere für ökologische Investitionen vielleicht mal infrage zu stellen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Magnitz.

Abgeordneter Magnitz (M.R.F.): Herr Präsident, liebe Kollegen! An die CDU-Fraktion beziehungsweise auch ganz direkt an den Kollegen Strohmann: Herr Strohmann, ich weiß nicht, kennen Sie die jüngsten Erfahrungen der Stadt Trier? Trier ist ein bisschen kleiner als Bremen, deswegen gibt es da ein paar Busse weniger, aber ich erzähle Ihnen eben, falls Sie es nicht wissen, was da innerhalb des letzten Jahres abgelaufen ist.

Die Stadt Trier hat vor einem Jahr begonnen, E-Busse anzuschaffen, den ersten vor einem Jahr, dann gleich danach noch einen und vor einem halben Jahr den letzten. Von allen drei Bussen fährt keiner mehr. Es ist der totale System-Blackout gewesen, und die Technologie kann nicht wieder – jedenfalls nicht in absehbarer Zeit – in Betrieb genommen werden. Die Frage ist, kann sich ein Haushaltsnotlageland wie Bremen solche Späße leisten? Ich denke einmal, das können wir bei der Verantwortung, die wir dem Steuerzahler gegenüber haben, wirklich nicht tun.

Darüber hinaus gibt es noch einen zweiten Aspekt. Es ist völlig egal, ob mit 40 Prozent, mit 60 Prozent oder mit 100 Prozent gefördert wird, alle Prozente sind Steuergelder, und der Rest wird eben auch vom Steuerzahler beziehungsweise ein kleiner Teil von denen bezahlt, die den ÖPNV nutzen. Also, da gibt es schon über die gesamte Bandbreite hinweg eine große Verantwortung, der wir uns bitte sehr auch stellen sollten.

Die Frage der doppelten Infrastruktur ist hier mehrfach angesprochen worden. Die deutsche Autoindustrie hat es längst entschieden. VW wird ab 2030 keine Verbrennungsmotoren mehr bauen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Eine doppelte Infrastruktur ist so teuer, dass sie nicht vorzuhalten ist. Das killt auf ökonomische Art und Weise jede betriebswirtschaftliche Gestaltung, und das ist nicht nur bei Autoherstellern so, sondern das gilt auch für einen Betrieb wie die BSAG. Wir brauchen also nicht darüber nachzudenken, dass das funktionieren könnte.

Der volkswirtschaftliche Schaden dieser ganzen Angelegenheit, dieses ganzen Betreibens des Irrwegs der E-Mobilität ist gigantisch. Aktuell haben wir Zahlen, 130 000 verlorene Arbeitsplätze in der Kfz-Industrie, und das ist erst der Anfang. Das geht ganz intensiv und ganz breit noch weiter.

Ich kann Ihnen nur sagen, effektiv, sauber und preiswert, diese Antriebsart gibt es, und sie heißt Diesel! Diesel ist eine deutsche Spitzentechnologie, und wir sollten sie erhalten und ausbauen.

Der nächste Irrweg – das kann ich Ihnen auch sagen – ist der Weg in die Wasserstofftechnik, denn Wasserstoff ist von seiner Energiedichte und von seiner Bewirtschaftung her so unsinnig, dass man bitte sehr es lassen sollte. BMW hat sich längst davon verabschiedet, und das aus gutem Grund.

Noch eine allerletzte Bemerkung zu dem ganzen Thema: Der Anteil Deutschlands an der CO₂-Emission und vor allem der Anteil Bremens an der CO₂-Emission ist so marginal, ich kann gar nicht sagen, wie viele Stellen hinter dem Komma wir bemühen müssen, um eine Veränderung darzustellen, die dadurch hervorgerufen würde! Während wir uns brüsten, bis 2022 die beiden letzten Kohlekraftwerke in Bremen abzuschalten, sind weltweit aktuell 1 700 im Bau. Merken Sie daran nicht, wie unsinnig das ist, was wir hier treiben? Lassen Sie uns endlich auf den Boden der Tatsachen zurückkommen, und lassen Sie uns mit vernünftigen Dingen die Zukunft gestalten! Das ist das, was jetzt angesagt ist, und das ist das, was wir dem Steuerzahler und unseren Wählern schuldig sind. – Danke schön!

(Beifall M.R.F.)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht lassen Sie mich einmal so anfangen: Klimaschutz geht uns alle an, Herr Magnitz, ob in Bremen oder in Deutschland, es ist ein globales Problem und wir können hier nicht die Augen schließen und sagen: Uns geht das nichts an, es sollen andere erst einmal ihren Job machen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Und zu sagen, Diesel ist das umweltfreundlichste – ich glaube, da muss man kein Wissenschaftler sein, um zu wissen, dass dies mitnichten so ist. Deswegen bin ich froh, Herr Strohmann, um diese Debatte. Sie haben letztes Mal ja auch schon die synthetischen Kraftstoffe hier auf die Tagesordnung gesetzt. Das zeigt noch einmal, dass wir in dem Ziel hier, vielleicht bis auf einen Abgeordneten, der zuletzt geredet hat, uns einig sind: Wir wollen Busse, wir wollen Fahrzeuge, die umwelt- und klimafreundlichere Antriebe haben als der Diesel es ist. Und das ist erst einmal gut und deswegen bin ich auch dankbar für diese Debatten.

Was mich immer wieder erstaunt bis leicht irritiert sind dann aber Debatten, die heißen: Elektromobilität ist jetzt die Lösung für den Klimaschutz. Das ist mitnichten so. Das haben einige hier vorhin auch schon gesagt, ob Elektromobilität oder Wasserstoff, erst einmal ist es nur ein Beitrag zum Klimaschutz, wenn es aus erneuerbaren Energien gespeist ist. Wenn der Strom für die Elektromobilität aus Kohlestrom kommt, ist es mitnichten ein Beitrag zum Klimaschutz. Dann hilft es nur, den Feinstaub und den Stickstoff zu reduzieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn man sich dann mit der Elektromobilität genauer beschäftigt und sich den ganzen Lebenszyklus anschaut, die Ökobilanz, da muss man erst einmal feststellen: Man braucht Rohstoffe wie Lithium oder wie Kobalt. Wenn man sich anschaut, wie die abgebaut werden, dann ist das mitnichten umweltfreundlich, sondern eher eine ziemlich große Umweltsauerei.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP])

Wenn man sich dann auch noch anschaut, wo Kobalt herkommt: Es kommt aus dem Kongo, wir wissen alle, es ist ein Krisengebiet. „NDR“-Info hat die ganze letzte Woche eine tolle Dokumentation ge-

zeigt, wie ausbeuterische Kinderarbeit in den Kobaltminen im Kongo vonstattengeht. Es gibt keine Zertifizierungen, aber aufgrund der Elektromobilität ist der Hunger nach diesen Rohstoffen immer größer und größer geworden. Und wenn wir hier unter dem Label Klimaschutz über Elektromobilität sprechen, dann finde ich, gehört es auch dazu, sich Gedanken zu machen, wo kommen die Rohstoffe her, wie sieht es mit der Wiederverwertung aus oder dem Recycling, auch das ist nicht gelöst. Ich finde, das gehört in diese Debatten mit rein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf Abgeordneter Eckhoff [CDU])

Wenn man das dann vergleicht, zum Beispiel mit Wasserstoff, dann ist es in der Tat so, auch da ist es erst klimafreundlich, wenn es mit erneuerbaren Energien hergestellt wird, aber wir sind zumindest unabhängig von den Rohstoffen aus diesen Krisengebieten. Deswegen finde ich, ist es richtig, sich genau zu überlegen: Was ist eigentlich am Ende der beste Technologiepfad? Auch wenn man es dann vergleicht, Herr Rupp ist darauf eingegangen bei Elektrobussen: Es kommt darauf an, wieviel Strecke man machen will, die Reichweite von Elektroautos, Elektrobussen ist bei weitem geringer, als die von Wasserstoffantrieben, die Effizienz im Übrigen auch, man braucht sehr schwere Batterien im Vergleich zu einem Wasserstofftank. Also ich persönlich glaube, Wasserstoff ist eher der Treibstoff der Zukunft.

Deswegen ist es auch richtig, die Frage zu stellen, welche Technologiepfade für Bremen am geeignetsten sind, weil wir uns entscheiden müssen, wir können nicht zweigleisig fahren. Und da hängt die ganze Infrastrukturfrage dran: Welche Werkstätten, welche Tank- und Ladevorrichtungen müssen wir dann einrichten und damit aber auch finanzieren. Es gibt Batteriebusse mit großer Batteriereichweite und Elektrobussen mit kleiner Batterie und der Notwendigkeit zum Zwischenladen, es gibt die Wasserstofftechnologie mit der Brennstoffzellentechnik und es gibt auch Oberleitungsbusse und es gibt Mischformen dazwischen.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Und wenn im Antrag geschrieben wird, das Für und Wider unterschiedlicher regenerativer und emissionsloser Antriebsarten ist hinlänglich bekannt, dann muss man ehrlicherweise auch hinzufügen: Es sind noch weitere Praxiserfahrungen nötig. Dann sollte man sich gut überlegen, ob man zu den Erstanwendern und Erprobern gehören

möchte. Angesichts der aktuellen technischen Entwicklungen und, das gehört auch zur Wahrheit dazu, der nicht überall positiven Praxiserfahrungen, macht es für Bremen viel Sinn, sich für größere Beschaffungen genau unter Auswertung dieser Erfahrungen den besten Technologiepfad auszuschauen. Dieser Frage geht die BSAG nach, die geht meine Behörde auch im Austausch übrigens mit dem VDV, das ist der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, das ist der Dachverband alle ÖPNV-Betriebe, und mit anderen Städten und Verkehrsunternehmen gerade nach.

Wenn im Antrag behauptet wird, der Bund übernimmt dabei vor allem die Mehrkosten gegenüber konventionellen Dieselnissen, dann ist das auch nur die halbe Wahrheit.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Herr Strohmann, vielleicht auch Herr Schäck vorhin, da muss ich Sie leider korrigieren, der Bund übernimmt die Mehrkosten – -. Nein, bei dieser Förderung, die Sie gerade angesprochen hatten in dem Antrag, wo es um fünf Busse geht, ist es so, dass der Bund nur 40 Prozent der Mehrkosten übernimmt. Wenn man das jetzt einmal ausrechnet, dann sind das auf zwölf Jahre 7,4 Millionen Euro Zusatzkosten für fünf Busse. Und dann muss man sich die Frage stellen: Ist es eine gute Förderquote, für fünf Busse 7,4 Millionen Euro Steuergelder mehr auszugeben? Denn die BSAG hat sie erst einmal nicht in ihren Wirtschaftsplänen stehen. Also es ist eine Frage an uns im Senat, aber auch an den Haushalter, zu überlegen, wollen wir 7,4 Millionen Euro ausgeben für fünf Busse? Wenn man das einmal in PV-Anlagen umrechnet, könnte man mit dem Geld zum Beispiel fünf bis zehn Megawatt produzieren.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Oder schaut man sich Förderkulissen an, und auch da hat sich die BSAG beworben für 15 Busse, wo dann 80 Prozent der Zusatzkosten bezahlt werden. Ich glaube, dass das deutlich ein Mehrwert ist. Es sind zur Umsetzung, vorhin wurde das von Herrn Dr. Buhlert schon angesprochen, der europäischen Clean Vehicles Directive in nationales Recht, wir wissen noch nicht genau, wie es aussehen wird, ab August 2021 wird es aber kommen, umfangreichere Förderprogramme des Bundes zu erwarten, die es dann eben auch zu nutzen gilt, weil ich davon ausgehe, dass die Förderkulisse dann deutlich besser ist. Deswegen finde ich, geht der Antrag in der Zielsetzung schon in die richtige Richtung, aber

jetzt mal eben schnell eine schlechte Förderung für 7,4 Millionen Euro Bremischer Gelder gut zu heißen, fällt mir zumindest schwer.

Ich finde schon, dass wir unsere Busflotte relativ schnell umrüsten sollen, ich kann mir auch vorstellen, dass ein Anteil von Elektrobussen, ein kleiner Anteil, erstmal der Start sein kann. Aber bevor man sich endgültig festlegt, finde ich, tun wir gut daran, wirklich technologieoffen die unterschiedlichen Antriebsarten und Förderkulissen uns ganz genau anzuschauen. Deswegen möchte ich in Aussicht stellen, weil das der zweite Punkt des Antrages war, dass wir auch in der Deputation regelmäßig berichten und auch gemeinsam diskutieren, was für Bremen, was für die BSAG am Ende die sinnvollste Anschaffung ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort für eine Kurzintervention der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Senatorin, mich hat Ihr Redebeitrag jetzt doch ein bisschen überrascht, obwohl ich Ihnen inhaltlich im Hinblick auf die Bedingungen des Abbaus der Rohstoffe für Batterien recht gebe. Das wissen wir aber schon seit Jahren. Es war immer die CDU, die vor diesem Hype – Batterie, alles ganz toll! – gewarnt hat, das nur einmal vorweg.

Ich will jetzt aber noch einmal klarstellen, damit wir hier die Begrifflichkeiten nicht durcheinanderbringen: Der Antrieb eines batterieangetriebenen Fahrzeugs und eines Fahrzeugs mit Brennstoffzellen ist eigentlich der gleiche. Es ist ein Elektromotor, nur die Energie ist anders, Brennstoffzelle und Batterie, aber der Antrieb ist der gleiche.

Das Problem, das Sie hier haben, ist: Bei Verbrennungsmotoren haben Sie logischerweise einen anderen Antrieb, da brauchen Sie Verbrennung, Getriebe und so etwas, was Sie beim Elektroantrieb nicht haben. Deswegen ist es aber, glaube ich, kein Widerspruch in sich, Batterien und dann weitergehend in der Entwicklung Wasserstoff zu nutzen, weil es letztlich vom Antrieb her mehr oder weniger das Gleiche und sogar relativ einfach umrüstbar ist. Deswegen – das will ich nur noch einmal hier gesagt haben! – ist es auch vernünftig, wir reden hier über fünf Busse, und wir müssen irgendwann auch einmal anfangen, etwas zu machen, außer darüber zu diskutieren, denn in zwei Jahren

kommt dann das Nächste, und wir bleiben immer noch bei Dieselmotoren.

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Strohmann, ich wünschte, jeder würde die Debatte über Rohstoffe und die Gewinnung der Rohstoffe so führen. Die Debatte wird aber im Moment nicht geführt, sondern es gibt einen Hype um Elektromobilität.

Die deutsche Automobilindustrie hat erst einmal jahrelang Energie aufgewendet, wie Dieseltests manipuliert werden können, statt Zeit in Elektro- oder Wasserstoffantriebe zu investieren. Das hätte ich einmal für einen Fortschritt gehalten!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das kritisiere ich deutlich an der deutschen Automobilindustrie, die nämlich jetzt wieder hinterhinkt, weil zum Beispiel in Asien die Wasserstoffautos schon längst produziert werden. Man kann sie bestellen, serienreif hergestellt, was die deutsche Automobilindustrie bisher nicht so richtig gut hinbekommen hat. Ich freue mich aber, Herr Strohmann, und das ist nämlich auch noch einmal ein Novum: Jetzt, wenn plötzlich alle anfangen, über Elektromobilität nachzudenken – auch die deutsche Automobilindustrie –, dann fängt man auch an, über die Rohstoffe nachzudenken, und da würde ich mir wünschen, dass wir uns alle gemeinsam auf den Weg machen und sagen, wir möchten, wie bei anderen Rohstoffen auch, eine saubere Zertifizierung, damit wir wissen, dass nach ILO-Kernarbeitsnormen gearbeitet wird, dass wir ausbeuterische Kinderarbeit verhindern, und damit wir wissen, woher unsere Rohstoffe kommen, wie sie gewonnen und wie sie auch ordnungsgemäß wieder entsorgt werden. Das gehört für mich zu einer guten Technologie!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da würde ich mich freuen, wenn sich alle auf den Weg machen.

Dann will ich noch sagen, weil Sie sagen, mein Gott, es sind ja nur fünf Busse: Ich sage, mein Gott, es sind ja nur fünf Busse, aber 7,4 Millionen Euro! Ist es uns das wert? Diese Frage müssen wir uns hier stellen. Sie sagen ja, man kann das einmal so eben ein bisschen umrüsten, nehmen wir den E-

Bus und bauen dann irgendwann die Batterie aus und den Wasserstofftank ein: Es hängt aber die ganze Infrastruktur mit daran – hier leuchtet schon der Smiley, meine Zeit ist abgelaufen, ich mache es jetzt auch kurz! –, an dieser Entscheidung hängt nicht nur der Bus, sondern bei der BSAG die ganze Infrastruktur, entscheide ich mich für Ladesäulen oder für eine Wasserstofftankstelle.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Das ist nicht das Problem!)

Sie schütten den Kopf, doch es ist so! Das ist das, worüber wir uns dann auch ausreichend Gedanken machen müssen, deswegen kann man das nicht so leicht wegwischen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Wer der Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die Ziffer 1 ab.

Nun lasse ich über die restlichen Ziffern abstimmen.

Wer den restlichen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, Abgeordneter Beck [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt die restlichen Ziffern ab.

Damit ist der Antrag insgesamt abgelehnt.

Natürliche Geburten stärken – Den Weg frei machen für einen hebammengeleiteten Kreißaal in der Stadtgemeinde Bremen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 5. Dezember 2019

(Drucksache [20/97 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Bernhard.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Tegeler.

Abgeordnete Tegeler (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete, geschätzte Gäste! Wie wir beim vorliegenden Antrag gleich zu Beginn feststellen, haben viele Schwangere den Wunsch, wirklich selbstbestimmt, natürlich und ohne medizinische Eingriffe zu entbinden. In der Stadtgemeinde Bremen gibt es seit Jahren eine konstant hohe Kaiserschnittquote von über 30 Prozent. Entbindungen ohne ärztliche Intervention, ohne wehenverstärkende Mittel oder zum Beispiel Periduralanästhesien sind bisher leider eine Ausnahme.

Die künstliche Auslösung der Geburt vor Einsetzen der Wehen, etwa durch die Verabreichung von Oxytocin, birgt große Risiken, hat oft negative Auswirkungen auf die anfängliche Mutter-Kind-Bindung und kann zu Schwierigkeiten beim Stillen führen. Die Periduralanästhesie, also eine Betäubung über das Rückenmark, welche schmerzarme Entbindungen ermöglichen soll, aber auch in der Regel vor einem Kaiserschnitt gesetzt wird, ist ebenfalls nicht ganz ohne Risiko, etwa in Bezug auf eine dauerhafte oder zeitweilige Schädigung des Rückenmarks.

Die häufig auftretenden Risiken und negativen Folgen eines Kaiserschnitts für Mutter und Kind, etwa Wundheilungsstörungen, erhöhte Thrombosegefahr, auch physisch bedingte geringere Fruchtbarkeit, aber auch psychische Probleme, sind hinreichend erforscht.

(Vizepräsidentin Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Bei Folgeschwangerschaften besteht unter anderem ein erhöhtes Risiko eines Gebärmutterrisikos, insbesondere an der durch den Kaiserschnitt erzeugten Narbe. Um also diesen und anderen Problemen entgegenzuwirken und Schwangeren auch im klinischen Umfeld die Möglichkeit zu geben, auf natürlichem Wege zu entbinden, wurde in Skandinavien und Großbritannien Anfang der Neunzigerjahre das Konzept des hebammengeleiteten Kreißaals entwickelt.

Am städtischen Klinikum Reinkenheide in Bremerhaven wurde 2003 der deutschlandweit erste hebammengeleitete Kreißaal eingerichtet. Inzwischen existieren bundesweit 18 weitere. In diesem Betreuungsmodell arbeiten die Hebammen eigenverantwortlich und selbstständig in Teams innerhalb eines Krankenhauses. Sie betreuen die Frauen in der Schwangerschaft, während der Entbindung und gegebenenfalls in den ersten Wochen nach der Geburt. Rund um die Geburt ist eine Eins-zu-eins-Betreuung angestrebt, was der Hebamme ermöglicht, die Gebärende kontinuierlich und individuell zu betreuen. Ein hebammengeleiteter Kreißaal ist eine Ergänzung des geburtshilflichen Angebots und besteht parallel und in enger Kooperation zum ärztlich geleiteten Kreißaal. Nur bei Komplikationen während der Geburt wird ärztliches Personal hinzugezogen.

Das Modellprojekt im Klinikum Reinkenheide, für Deutschland erstmalig, wurde während der Projektlaufzeit vom Verbund Hebammenforschung wissenschaftlich begleitet und 2010 von der FH Osnabrück evaluiert, dazu komme ich vielleicht in der zweiten Runde noch. Die Evaluation wie auch die Erfahrungen aus Großbritannien und Skandinavien geben diesen Bemühungen recht.

Hier und heute setzen wir uns also dafür ein, dass der Senat gemeinsam mit dem Hebammenlandesverband, der Krankenhausgesellschaft, den niedergelassenen Frauenärztinnen, den interessierten Kreißaalleitungen und Chefärztinnen der geburtshilflichen Abteilungen und den Krankenkassen eine Arbeitsgruppe Hebammenkreißaal mit der Zielsetzung einrichtet, zügig einen ersten hebammengeleiteten Kreißaal im Rahmen des kommunalen Klinikverbundes oder in den freigemeinnützigen Kliniken aufzubauen und die nötigen Fortbildungsangebote für Hebammen zu schaffen.

Aus Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht, vor dem Wunsch nach einer natürlichen Geburt und

aus Wertschätzung für die in Bremen tätigen Hebammen: Ich bitte um Zustimmung. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Reimers-Bruns.

Abgeordnete Reimers-Bruns (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es kaum zu glauben ist, wir alle hier im Saal – und vor allem kaum zu glauben nach der heftigen Debatte, die wir heute Nachmittag hier gehört haben! – haben eines gemeinsam: Das Erleben der eigenen Geburt!

(Heiterkeit)

Allerdings fehlt uns die Erinnerung daran. In vielen Fällen ist das aber auch ein Glücksfall, denn eine Geburt verläuft nicht immer wie gewünscht.

Dass der Verlauf der eigenen Geburt Auswirkungen auf die körperliche und seelische Entwicklung eines Menschen hat, wird von einer Vielzahl von Fachleuten vertreten. Sich bei der Geburt ins Leben durchzukämpfen, kann einen Menschen auch für die Herausforderungen des weiteren Lebens stärken, und in diesem Hause haben wir doch immer viele Herausforderungen, die wir bestehen müssen.

Wenn eine Frau sich auf die Geburt ihres Kindes vorbereitet, ist die Frage, wer Unterstützung leisten soll, eine zentrale Frage. Das haben wir gerade sehr schön auch noch einmal von Frau Tegeler, meiner Kollegin aus der Linksfraktion gehört. An sich ist die Schwangerschaft einer Frau keine Krankheit und die Geburt ein natürlicher Vorgang. In unserer zivilisierten Welt aber – wir können auch von einer überzivilisierten Welt sprechen, in der alles durchgeplant ist und nichts dem Zufall überlassen wird – wird auch die Geburt eines Kindes in allen Details geplant, und es hat schon beinahe technische Züge angenommen, eine Schwangerschaft oder eine Geburt zu erleben.

Trotzdem möchten viele Frauen vor, bei und nach der Geburt nicht auf die Unterstützung einer Hebamme verzichten. Das ist kein Zusatzwunsch, sondern gesetzlich ist geregelt, dass ohne Hebammen kein Arzt, keine Ärztin, außer im Notfall, ein Kind entbinden darf. Eine Hebamme wiederum muss aber keinen Arzt, keine Ärztin bei der Geburt eines Kindes konsultieren. Diese Regel unterstreicht die

große Bedeutung der Geburtshelferinnen hier in Deutschland, deren Zahl bis 2018 auf über 24 000 angestiegen ist und die im selben Jahr bei mehr als 700 000 Geburten die Verantwortung getragen haben.

Deshalb gewährt ein hebammengeleiteter Kreißsaal, wie er eben beschrieben worden ist und wie uns die Bremerhavener-Kolleginnen und Kollegen ja auch schon vorgemacht haben, den Gebärenden eine selbstbestimmte Geburt ihres Kindes. Das heißt, den Frauen werden zum Beispiel unter der Geburt keine wehenhemmenden oder wehenverstärkenden Medikamente verabreicht, wie Frau Tegeler auch schon ausgeführt hat. Die Rückenmarksnerven werden nicht betäubt, die Eigendynamik von Geburtsvorgängen wird respektiert. Geburten kennen nämlich kein Wochenende, keinen Feiertag, keine Rücksicht auf Nachtruhe.

Frauen wünschen sich vermehrt eine selbstbestimmte Geburt. Deshalb bitten wir von der SPD-Fraktion um Unterstützung des gemeinsamen Antrags. Es ist doch schön, auch wenn wir heute die Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven nicht dabei haben, dass wir einmal dem folgen, was die Bremerhavener schon lange praktizieren. – Vielen Dank“

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Laut WHO-Kriterien sind 70 Prozent aller Geburten in Deutschland als normale Geburten einzustufen. Gleichzeitig wird von der WHO festgestellt, dass lediglich acht Prozent aller Geburten normal stattfinden. Wehenbeschleuniger, Schmerztherapie, Dammschnitte, Kaiserschnitte et cetera – wir haben gerade schon vieles davon gehört – haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Es herrscht vorwiegend ein großes Bedürfnis nach sicherer medizinischer Versorgung bei der Geburt.

Dieses Bedürfnis nach Sicherheit wurde bisher auch in Bremen anderen Bedürfnissen untergeordnet. Frauen wünschen sich gleichzeitig eine kontinuierliche Betreuung in der Schwangerschaft, während der Geburt sowie auch im Wochenbett. Sie wünschen sich eine möglichst interventionsarme Geburt mit Selbstbestimmung und der Erfüllung individueller Bedürfnisse. Vielerorts ist dies

aber nur außerklinisch möglich. Für den Entscheidungsprozess, wo die Geburt stattfinden wird, wählen 98 Prozent der Schwangeren die Klinik, um ein möglicherweise entstehendes Risiko auszuschließen. 1998, auf dem nationalen Hebammenkongress in Bremen, wurde erstmals die Idee genannt, hebammengeleitete Kreißsäle zu etablieren. Daraus entstand eine Arbeitsgruppe, und seit 2003 haben wir einen hebammengeleiteten Kreißsaal in Bremerhaven am Klinikum Reinkenheide.

Seit der Idee sind 20 Jahre vergangen, und leider hat es für die Stadt Bremen keine Entwicklung diesbezüglich gegeben. Der hebammengeleitete Kreißsaal am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide ist ein Erfolgsmodell. Ein Fachgremium erstellte das Konzept, es wurde wissenschaftlich evaluiert. Dieser Kreißsaal befindet sich eingebunden im klinischen Setting. Er wird von Hebammen geleitet, im Grundsatz findet keine medizinische Betreuung statt. Sollte dies aber im Verlauf der Geburt doch nötig werden, ist eine medizinische Intervention ohne Verlegung jederzeit möglich. Die Frauen erhalten eine ganzheitliche Betreuung durch Hebammen, sie kommen während der Schwangerschaft schon in den Kreißsaal, bekommen entsprechende und umfassende Beratung und erfahren auch die Nachsorge von den ihnen vertrauten Hebammen.

Ein anderer Aspekt, den ich noch nennen möchte: Der Beruf der Hebamme hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Die Ansprüche in den klinischen Kreißsälen sind hoch, die Arbeitsbelastung ist kaum zu bewältigen. Der vom Hebammenverband geforderte Schlüssel eins zu eins ist um ein Vielfaches überschritten. Teilweise betreuen Hebammen in den Kreißsälen gleichzeitig fünf Frauen. Das führt dazu, dass Hebammen aus dem Beruf flüchten beziehungsweise ihre Arbeit in der Vor- oder Nachsorge für Schwangere suchen. Hebammen sollten im Sinne des Hebammenverbandes von fachfremden Tätigkeiten befreit werden, verstärkt in die Organisation und Leitung von geburts-hilflichen Abteilungen eingebunden werden.

Zwei Wege weist der Hebammenverband auf. Der erste Weg ist, und das ist in Bremen schon erfolgreich umgesetzt: Der Berufsgruppe der Hebammen ist es gelungen, ihre Ausbildung dual an den Hochschulen zu akademisieren. Damit beweisen sie, dass eine hohe Fachlichkeit und eine fundierte Ausbildung den Hebammen auch zukünftig zukommen werden. Bremen wird ab Herbst 2020 circa 18 Studienplätze für Hebammen anbieten.

Das bedeutet, dass in Bremen eben auch eine entsprechende Anzahl praktischer Einsatzplätze zur Verfügung stehen muss.

Die zweite Bitte oder Forderung des Hebammenverbandes ist der hebammengeleitete Kreißsaal. Der Beruf der Hebammen braucht unsere Unterstützung. Wir wollen einen guten Personalschlüssel in den Kreißsälen und uns verantwortlich zeigen, damit in Bremen ausgebildete Hebammen in unserer Stadt verbleiben. Frauen, die ein Kind bekommen, sollen die Wahl haben, wie sie selbstbestimmt und natürlich ein Kind zur Welt bringen können, und gleichzeitig die Sicherheit haben, dass medizinische Unterstützung bei Bedarf möglich ist, ohne dass Kind und Mutter sich einer Gefahr aussetzen. Darum bitten wir, Bündnis 90/Die Grünen, um Unterstützung für diesen Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch.

Abgeordneter Bensch (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir gesundheitspolitisch Weichen stellen können, damit es zu einer deutlichen Erhöhung von natürlichen Geburten kommt, wenn wir gesundheitspolitisch die Weichen dafür stellen können, dass es zu einer deutlichen Verringerung der Kaiserschnittraten kommt, wenn wir dafür Sorge tragen können, dass die Frauen im Zuge des Geburtsvorgangs mehr Selbstbestimmtheit erleben, und wenn wir darüber hinaus auch noch die Attraktivität des Berufs der Hebammen steigern wollen, dann können wir nur eines tun: Wir sollten diese Weichen stellen und diesem wirklich hervorragenden und zielführenden Antrag Folge leisten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Da wir als CDU-Fraktion ein sehr hohes Interesse daran haben, dass wir nicht lange warten, sondern wirklich auch in sechs Monaten ein Konzept haben, beschränke ich mich darauf, noch einmal darauf hinzuweisen: Wer es nicht getan hat, lesen Sie sich diesen Einleitungsteil vom Antrag durch, darin steht noch einmal alles, was die Kolleginnen und Kollegen eben gesagt haben! Das ist selbsterklärend, ein richtig schöner und zufriedenstellender Antrag, der einem auch ein Stück weit das Herz erwärmt. Liebe Ute Reimers-Bruns, vielen Dank für

diesen Antrag, uneingeschränkte Zustimmung der CDU-Fraktion! Wir werden den Prozess zur Umsetzung – und es wird noch ein langer Prozess sein – aktiv begleiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Grünen und die Koalition werben um Zustimmung zu ihrem Antrag. Wir stimmen als Freie Demokraten mit großer Freude zu. Wir hätten das auch gern getan, wenn wir den Antrag mitgestellt hätten, aber das war von der Koalition nicht gewollt, namentlich insbesondere nicht von der LINKEN. Wir bedauern das, aber wir unterstützen den Antrag dennoch, weil er gut ist.

(Beifall FDP)

Ein Aspekt ist noch nicht genannt worden: Wir haben seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden natürliche Geburten, wir haben Hausgeburten, und wir haben Geburtshäuser in Deutschland, alles Dinge, die sinnvoll sind.

Wenn man an das denkt, was Rainer Bensch und die anderen Rednerinnen und Redner gesagt haben, die Anzahl der natürlichen Geburten zu erhöhen, nicht die Kaiserschnitttrate zu erhöhen, und auf der anderen Seite eben auch eine Risikoabsicherung für die Risikoschwangeren und diejenigen Fälle zu beachten, in denen das eben nicht mit einer natürlichen Geburt gehen wird: Wir haben hier in der Tat insofern eine Lücke, als hebammengeleitete Kreißsäle fehlen. Sie füllen eben genau diese Lücke zwischen Hausgeburten und Geburtshäusern, die immer weniger werden, auch weil die Risiken von den Hebammen nicht mehr abgebildet und die Versicherungsprämien nicht mehr getragen werden können.

Wir unterstützen mit vollem Herzen die Forderung hier aus dem Haus, aber natürlich auch des Hebammenverbandes, hebammengeleitete Kreißsäle einzurichten. Es muss ja auch am Ende des Tages nicht nur einer sein, denn es gibt viel mehr Geburten, und es ist doch eigentlich schade, dass wir jetzt schon seit 2003 oder 2004 brauchen, um diese Idee, die in Bremerhaven so hervorragend umgesetzt ist, vielleicht auch deswegen gut umsetzbar war, weil

dort die Hebammenschule tätig war, hier in Bremen umzusetzen.

Es bietet sich dann auch die Chance, wenn wir hier an der Hochschule die Ausbildung haben, diese Ausbildung auch mit dieser Arbeit in den hebammengeleiteten Kreißsälen – ob sie dann bei der GeNo sind oder bei den Freigemeinnützigen, werden wir ja noch sehen – umzusetzen. Insofern ist es ein spannender Antrag, von uns aus nur zu unterstützen, denn es geht um mehr natürliche Geburten, eine bessere Mutter-Kind-Bindung, bessere Möglichkeiten zum Stillen oder mehr Chancen für das Stillen. All diese Dinge sind genannt worden, und das können wir nur alle gemeinsam wollen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Bernhard.

Senatorin Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es freut mich ganz außerordentlich, dass es hier eine derart breite Zustimmung gibt, wobei ich auf der anderen Seite sagen muss: Überfällig wäre es längst!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Es ist gesagt worden, 2003 gab es den ersten hebammengeleiteten Kreißsaal in Reinkenheide, 2008 gab es bundesweit vier, 2016 waren es dann 16, die aktuelle Karte für Deutschland zählt 19 hebammengeleitete Kreißsäle.

Für Bremen, muss man sagen, hat dieses Reinkenheider Modell immer noch nicht die Realität erreicht, und das finde ich wirklich ein bisschen schade, denn wir haben schon sehr lange Jahre darüber gesprochen.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Wir auch!)

Es geht um Wahlfreiheit, und es ist auch ein Hinweis darauf, wie Freiheit aktuell überhaupt verteilt ist. Wir können heute in Deutschland, glaube ich, inzwischen über 400 verschiedene Automodellreihen entscheiden. Es gibt 5 000 verschiedene Biersorten, es gibt alles Mögliche, was man sich im Grunde genommen weitläufig aussuchen kann.

Wenn es aber darum geht, wie Frauen ihr Kind bekommen, dann wird es auf einmal sehr, sehr schmal. Mehr als die arztgeleitete Geburt ist ja im

Grunde genommen nicht möglich. Es erstaunt schon, weil es, wenn man bedenkt, wie Geburten möglich sein können, das Nächstliegende ist, das Normalste und eigentlich das, was am ehesten umgesetzt werden müsste, dass Frauen natürlich in der Ägide von Hebammen Kinder bekommen können und nicht in irgendeiner Weise medizinisch bis zum Abwinken durchreguliert. Ich habe durchaus persönliche Erfahrungen in dem Zusammenhang, und ich kann nur wirklich dringend davon abraten, dass wir diese Situation nicht ändern.

Ich will jetzt nicht darüber fabulieren, was passieren würde, wenn Männer Kinder bekämen.

(Heiterkeit)

Wahrscheinlich hätten sie alle nur noch die Schmerzmittel auf der Seite stehen und würden sich da wahrscheinlich nicht mehr so groß hineinbegeben, aber wie gesagt, das ist nur eine Vermutung.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Immer diese Vorurteile!)

Die Geburtshilfe – und das sage ich auch mit Blick auf unsere Krankenhaus- und Gesundheitswirtschaft – ist ökonomisch kein attraktiver Bereich, das darf man nicht vergessen. Geburten dauern, sie erfordern Personal, und sie sind letztendlich finanziell nicht lukrativ. Die Eins-zu-eins-Betreuung durch eine Hebamme, die eigentlich sein sollte, wirft einen Schatten darauf. Wenn wir uns die Arbeitssituation und die Verdienstsituation von Hebammen anschauen, dann wissen wir ganz genau, auf welcher, sagen wir einmal, gesellschaftlich anerkannten Ebene das steht. Für einen Kaiserschnitt gibt es 3 000 Euro, für eine normale Geburt 1 000 Euro, eine Prostata-OP bringt 8 000 Euro. Da kann man sich jetzt einmal vorstellen, wie das Ranking aussieht.

Viele Bundesländer denken übrigens inzwischen darüber nach, die Krankenhausplanung entsprechend aktiver zu gestalten, und in NRW ist klar, dass in die nächste Krankenhausplanung die Kreißsäle mit aufgenommen werden. Das ist, finde ich ehrlich gesagt, eine durchaus interessante Idee.

(Zuruf Abgeordneter Bensch [CDU])

Das ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die weit verbreitete Tendenz, dass Kreißsäle zunehmend geschlossen werden. Wir haben hier ein extremes Problem, und daraus ging unter anderem hervor,

dass die Zahl der Krankenhäuser, die Geburten durchführen, sich seit 2006 um 25 Prozent verringert hat.

Statistiken, wie oft Kreißsäle geschlossen und Schwangere abgewiesen werden, werden offiziell nicht geführt, wir können nur mutmaßen. Es gibt eben einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Hebammenmangel und den entsprechenden Arbeitsbedingungen. Das ist in dem Zusammenhang auch immer wieder zu beleuchten. Es ist insofern ein attraktives Modell für Hebammen, wo sie entsprechend auch arbeiten können.

Es gibt auch ein paar andere interessante Entwicklungen, es gibt so etwas wie ein Hebammenkontor, in Hamburg zum Beispiel. Da haben sich Hebammen im Grunde genommen zusammengeschlossen. Sie haben keinen Arbeitsvertrag mit dem Krankenhaus mehr, sondern mit dem Hebammenkontor, können aber auch im Krankenhaus die Geburten durchführen. Die Leistungen werden dann direkt mit den Kassen abgerechnet und eben nicht über das Krankenhaus. Es gibt durchaus interessante Ansätze, die man noch einmal in die Überlegungen einbeziehen muss. Ich bin der Meinung, wir müssen uns dringend darum bemühen.

Ich kann nur sagen, wir werden dieses Konzept selbstverständlich sofort in Angriff nehmen, und ich hoffe, dass wir dann so schnell wie möglich auch entsprechende Ergebnisse in Bremen vorweisen können. – Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Unterstützung!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer [20/97 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ausbau des Straßenbahnnetzes bis 2030 beschleunigen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 5. Dezember 2019 (Drucksache 20/98 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin
Dr. Schaefer.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abgeordneter Saxe (Bündnis 90/Die Grünen):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir uns beim Thema öffentlicher Nahverkehr auch mit den relevanten Punkten beschäftigen. Wir haben uns beim letzten Mal mit den Tarifstrukturen beschäftigt, heute dann noch mit den Zukunftsantrieben, die man sich für den öffentlichen Nahverkehr wünscht. Ein ganz besonders wichtiges Thema dafür, ob wir es tatsächlich schaffen, dass die Anreize für einen Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr so groß sind, dass wir eben auch den Anteil der Menschen erhöhen, die den öffentlichen Nahverkehr nutzen, sind eben Angebotsverbesserungen.

Die CDU sagt in solchen Fällen immer, ihr habt ja zwölf Jahre nichts gebaut. Das stimmt. Wir haben etwas zu Ende gebaut, wir als Grüne hätten gern schon in der letzten Legislaturperiode die Linien 1 und 8 gebaut, ich habe es selbst auch persönlich als einen großen Rückschlag empfunden, dass wir das nicht geschafft haben. In dem Antrag steht aber ja jetzt, dass wir aus diesem Vorhaben nicht mehr herauskönnen. Ich habe dann auch in einer Sitzung gesagt, ihr wisst, was hier steht, das ist jetzt ein Schwur, dass wir als Koalition jetzt tatsächlich die Linien 1 und 8 anfangen, Baurecht ist geschaffen worden, das konnte man auch alles lesen. Ich muss an dieser Stelle noch einmal erwähnen, dass das auch mit einer Bedingung verknüpft ist, die auf Huchting bezogen ist, dass sich die Bedingungen für die Menschen in Huchting in Sachen ÖPNV-Verbindungen auf keinen Fall verschlechtern dürfen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch ein Schwur für die Querspange Ost, das war ja in gewissen Teilen der alten Koalition durchaus umstritten. Auch das ist jetzt nicht mehr

umstritten, und auch da werden wir in dieser Legislaturperiode anfangen.

Mit diesem Antrag wurde aber versucht, sich auch Gedanken darüber zu machen, wie wir denn in der Zukunft noch weitere Straßenbahnverlängerungen hinbekommen können. Wir sind uns, glaube ich, alle miteinander einig, dass die Situation in der Überseestadt sehr unbefriedigend ist und wir an der Situation etwas ändern können. Die Koalitionsvereinbarung hat als eine Lösung – nicht als die Lösung, aber als eine sehr hilfreiche Lösung – formuliert, dass sich die Koalition eine Straßenbahn in die Überseestadt hinein wünscht. Das wäre im Augenblick nur aus bremischen Mitteln darstellbar, das heißt, wir müssten diese zwölf bis 15 Millionen Euro, die das vielleicht kostet, aus bremischen Mitteln bezahlen.

Der Ansatz dieses Antrags ist dann eben, erst einmal zu formulieren, wo denn Stellen in der Stadt sind, wo wir zukünftig etwas für den öffentlichen Nahverkehr machen müssen. Der Ansatz ist aber auch zu fragen, ob wir uns nicht Projekte, die wir schon im Verkehrsentwicklungsplan positiv gesehen haben, noch einmal anschauen, sie priorisieren und möglicherweise auch miteinander verknüpfen können. Es ist natürlich denkbar, dass man die Straßenbahn in die Überseestadt auch mit einer Straßenbahn nach Osterholz oder mit der Verlängerung der Linie 8 verknüpfen kann. Das ist, glaube ich, sinnvoll. Es ist im Augenblick so, Osterholz ist besser, aber vielleicht machen wir einfach alles, das wäre ja auch nicht schlecht. Ich glaube, beide Maßnahmen haben große Vorteile, sowohl die Verlängerung der Linie 8 als auch die Straßenbahn nach Osterholz, deswegen stehen sie auch so im Verkehrsentwicklungsplan. Die dritte Verlängerung ist eben die nach Oslebshausen, auch das ist also etwas, das sehr weit oben in der Hierarchie steht.

Ich glaube, das ist der Ansatz, den wir darin haben, zu schauen, ob wir da etwas miteinander verknüpfen können, um dann eben in die vom Bund geförderten Großprojekte hineinzukommen. Das ist wichtig, denn da kann es eine Förderung von 90 Prozent geben. Wir können schlecht selbst all diese Straßenbahnverlängerungen aus bremischen Mitteln bewältigen, wenn wir noch gleichzeitig die Tarife senken wollen. Das ist alles miteinander nicht zu leisten. Das heißt, wir sind darauf angewiesen, dass wir in diese Bundesförderung hineinkommen.

Der Bund hat auch schon gelernt, er hat schon gemerkt, die erhöhten Mittel, die er selbst zur Verfügung gestellt hat, schaffen wir gar nicht mehr auszugeben. Es ist schon im Gespräch, dass diese Summe für Großprojekte von 50 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro gesenkt werden sollen. Das ist also der Ansatz dieses Antrags, noch einmal nachzuschauen, was wir machen können, was wir miteinander verknüpfen können, damit wir auch mehr machen können.

Ich finde auch gut, dass zumindest im Begründungsteil dann auch noch einmal das zukünftige Problem Woltmershausen adressiert worden ist. Ich glaube, wir alle in der Koalition erkennen an, dass die Lösung der Verkehrsprobleme oder auch die Vorausschau, welche Verkehrsprobleme es geben würde, in der Überseestadt nicht immer optimal gelungen ist, dass wir da Probleme haben, die wir ganz dringend lösen müssen.

Wir erkennen, glaube ich, auch an, dass die Entwicklung des Tabakquartiers in Woltmershausen eine ganz tolle Entwicklung ist. Wer da schon einmal gewesen ist, also mich hat es jedenfalls sehr begeistert, was da möglich ist, aber die verkehrliche Anbindung von Woltmershausen besteht im Augenblick nur durch diesen kleinen Tunnel, und das wird am Ende nicht ausreichen, sodass wir das noch einmal adressiert haben. Da müssen wir etwas tun und auch jetzt schon planen, bevor die Probleme kommen.

Um auch einmal das Wort Fahrradbrücke in dieser Rede unterzubringen: Auch die Fahrradbrücke zwischen Woltmershausen und der Überseestadt ist eine, die wir so ganz allmählich voranbringen wollen.

Eines möchte ich auch noch erwähnen: Was wir sehr schnell entscheiden müssen, ist der Standort des Haltepunktes Technologiepark.

(Beifall CDU)

Ich glaube, das ist ganz wichtig. Wir selbst als Grüne favorisieren tatsächlich diese Verlängerung der Linie 8, also in die Otto-Hahn-Allee. Ich habe jetzt gerade mehr Zustimmung bei der CDU bekommen, als ich gedacht habe.

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen, CDU)

Es wäre, glaube ich, auch sehr wichtig, einen Haltepunkt im Bereich Überseestadt an der Stephani- brücke zu finden und hinzubekommen. Es gibt ein

Gleis, das jetzt nicht mehr benötigt wird, das eigentlich zu Kellogg's geführt hätte. Darüber gilt es noch einmal nachzudenken, ob wir da nicht auch noch eine S-Bahnverbindung mit der Straßenbahn- verbindung verknüpfen könnten, das wäre sehr reizvoll.

(Glocke)

Ich bin fertig und sage herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Schiemann.

Abgeordnete Schiemann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe einmal ein wenig in die Statistik geschaut, denn seit in Bremen 1878 die erste Bahn ihren Betrieb aufgenommen hat, sind unsere Straßenbahnen buchstäblich ein Erfolgsgang. 100 Millionen Fahrgäste pro Jahr hat der Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen, pro Jahr sind jeden Tag 343 000 Personenfahrten allein in Bussen und Bahnen in Bremen zu verzeichnen. Jeden Werktag legen unsere Straßenbahnen auf den Bremer Gleisen dazu rund 25 000 Kilometer zurück, auf das Jahr hochgerechnet kommen ungefähr acht Millionen Fahrzeugkilometer zusammen. Unsere Straßenbahnen fahren auf unseren Bremer Gleisen also rund 200 Mal im Jahr um die Erde, acht Millionen Kilometer jährlich, die nicht nur einen riesigen Beitrag zum Klimaschutz, sondern vor allem zur Mobilität der Bremerinnen und Bremer in unserer Stadt leisten.

Ja, meine Damen und Herren, das hört sich schon einmal ganz positiv an, und auch externe Gutachter bescheinigen Bremen, dass wir hier ein gut ausgebauten ÖPNV-Netz haben, aber auch bei diesem Thema gilt, was Voltaire einst so treffend beschrieben hat: Das Bessere ist der Feind des Guten,

(Beifall SPD)

denn klar ist eben auch, für die in Bremen angestrebte Verkehrswende braucht es erheblich mehr, nämlich einen Netzausbau und eine Angebotsoffensive im ÖPNV. Der Bedarf dafür ist da, das machen die repräsentativen Umfragen der BSAG immer wieder deutlich. Sehr viel mehr Menschen können sich vorstellen, häufiger den ÖPNV zu nutzen oder gar auf das eigene Auto zu verzichten, allerdings unter Bedingungen, und dazu gehört neben dem Preis für das BSAG-Ticket in erster Linie, dass der ÖPNV für sie wirklich verfügbar ist, am

besten direkt vor der Haustür, aber zumindest in der Nähe, um von dort aus ohne große Wartezeiten tatsächlich möglichst jedes Ziel in der Stadt zu erreichen. Das müssen wir erreichen, aber das kann bis 2030 nur funktionieren, wenn wir mit unseren Bahnen und Bussen die direkte und zügige Verbindung der Stadtteile mit der Innenstadt, den Nebenzentren und weiteren wichtigen Zielen gewährleisten, und zwar in einem dichten Takt tagsüber, abends und am Wochenende. Dazu braucht es vor allem eines: Einen effektiven Ausbau des Straßenbahn- und Busnetzes!

Ja, man baut nicht einmal eben so eine neue Straßenbahnverbindung, und ja, das Netz auszubauen ist alles andere als billig. Deswegen kommt den Fördermitteln des Bundes eine besondere Rolle zu. Nur wenn es in Bremen gelingt, einzelne Maßnahmen zu einem neuen Ausbauprogramm zu verknüpfen und zu bündeln, haben wir eine Chance auf Fördermittel des Bundes im Rahmen des GVFG-Großvorhabenprogramms, nur so können wir Planungsmittel für den ÖPNV-Netzausbau bis 2030 schaffen.

Wie notwendig dieser Netzausbau ist, wird insbesondere bei der Überseestadt deutlich. Wir haben dort ein echtes Vorzeigequartier geschaffen, das sich immer mehr mit Leben füllt, aber wir müssen schlicht dafür sorgen, dass dieses Leben sich nicht zunehmend im Stau auf den Straßen abspielt.

Auch andernorts aber ist die Notwendigkeit eines Netzausbaus offenkundig, beispielsweise zur Anbindung mancher Gewerbegebiete. Das ist übrigens nicht nur klimapolitisch völlig unumgänglich, sondern auch für die Lebensqualität in unserer Stadt und für die Mobilität der Menschen, die in ihr wohnen. Ich bitte deshalb um Unterstützung unseres Antrags. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tebje.

Abgeordneter Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Der vorliegende Antrag ist auch ein Versuch, mit den Unzulänglichkeiten der Bundesförderung zurechtzukommen oder sie zu verbessern. Die Förderung des ÖPNV-Ausbaus durch den Bund erfolgt nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Förderfähige Vorhaben müssen eine positive Wirtschaftlichkeit aufweisen, die mit

der sogenannten standardisierten Bewertung ermittelt wird, aber genau dieses Verfahren legt einem zügigen und effektiven Ausbau des ÖPNV auch viele Steine in den Weg.

Das Verfahren nach der standardisierten Bewertung ist kompliziert und trotzdem schlecht. Erstens gibt es einen sehr hohen Schwellenwert von derzeit 50 Millionen Euro – darauf hat der Kollege Saxe gerade schon hingewiesen –, und das führt dazu, dass Kommunen viele kleine, sinnvolle Projekte nicht gefördert bekommen, wohingegen zweifelhafte Großprojekte gefördert werden. Man muss auch immer etwas Neues bauen, eine Ertüchtigung vorhandener Strukturen wird nicht gefördert.

Zweitens ist eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgeschrieben, bei der die Auswirkungen auf alle Verkehrsteilnehmer bepreist werden: Eingesparte Personenkilometer, Unfalltote, alles wird mit einem Betrag in Euro und Cent bewertet. Das hat teilweise seltsame Folgen. Wenn man zum Beispiel eine Straße auf den ÖPNV umrüstet und der Autoverkehr dafür in Zukunft einen Umweg in Kauf nehmen muss, dann ist das nach dem Standardverfahren wahrscheinlich nicht wirtschaftlich, denn die zusätzlichen Autokilometer sind viel teurer als die eingesparten ÖPNV-Kilometer. Die autofreie Innenstadt, eigentlich eines der wichtigsten kommunalen Verkehrsprojekte, wird man daher nur schwer aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert bekommen.

Das ist immer wieder thematisiert worden. Der Deutsche Städtetag hat sich vor drei Jahren für eine Überarbeitung der Bewertungsregelungen ausgesprochen, die Grünen und DIE LINKE haben im Bundestag immer wieder kritisch nachgefragt. Passiert ist bislang nichts. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Senat mit dem Antrag aufgefordert wird, sich auf Bundesebene für eine Änderung der Berechnung einzusetzen,

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

zum Beispiel für die Einführung einer Nutzwertanalyse.

Die bisherige Form der standardisierten Berechnung gehört einfach in eine andere Zeit, sie muss angesichts der Herausforderungen von Klimaschutz und Stadtbau endlich erneuert werden.

Wir werden auch einmal die Debatte über einen Ringschluss führen müssen. Beim Stichwort Ringschluss denken alle bislang immer nur an die A

281. Eine autoarme, ÖPNV-freundliche Stadt muss aber auch für den ÖPNV mehr anbieten als die klassische strahlenförmige Ausrichtung auf die Innenstadt. Wenn wir den ÖPNV in den Mittelpunkt der Verkehrsplanung stellen, dann müssen auch die Stadtteile untereinander durch den ÖPNV verbunden werden.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Sie haben recht! Aber ich halte Ihnen gerade vor, wie Sie das in den Beiräten umsetzen!)

Ich sage nur einmal ein Beispiel: Ich sehe auch für Hastedt, dass man dort auch anderweitig über die Weser kommen kann, die Debatte ist ja durchaus noch einmal wieder neu zu führen. Da will ich nur einmal an die Erdbeerbrücke denken, wo es durchaus Möglichkeiten gäbe.

Gerade aber auch die äußeren Stadt- und Ortsteile mit den Anbindungen an die Umlandkommunen brauchen eine bessere ÖPNV-Anbindung. Wichtig ist beim Ausbau aber auch, dass die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihren Anliegen mitgenommen werden. Wenn beispielsweise die Huchtingerinnen und Huchtinger befürchten, dass durch den Straßenausbau der derzeit vorhandene Busingverkehr im Stadtteil geöffnet wird und man dadurch längere Wegezeiten in Kauf nehmen muss, dann können die Politik und der Verkehrsverbund nicht einfach darüber hinweggehen. Das hat auch der Kollege Saxe gerade gesagt, für die Huchtingerinnen und Huchtinger ist der Ringverkehr wichtig, dies sollte man auch nicht außer Acht lassen.

Das gilt aber eben auch für den Bremer Osten. Dort brauchen wir nicht nur eine Ostspange, sondern insbesondere die Fortführung der Linie 3 über die Malerstraße und der Linie 10 nach Osterholz. Die Menschen in Hemelingen, Arbergen und Osterholz wollen eben keine schlechteren Taktzeiten, sondern sie wollen deutlich bessere Taktzeiten mit dem ÖPNV auch in die Innenstadt haben, und wenn der Antrag dafür plädiert, mehrere Vorhaben des ÖPNV-Ausbaus zu einem größeren Projekt zu bündeln – das hat Herr Saxe auch gerade gesagt –, dann ist das eben nicht nur ein Trick, sondern es macht den Sinn, dass diese Maßnahmen Teil eines Gesamtprojekts werden. Auch die Beiräte haben mehrfach darauf hingewiesen, die einzelnen Vorhaben müssen zusammen gedacht und deren Folgen aufeinander abgestimmt werden. Nur so ist eine soziale und ökologische Verkehrswende tatsächlich zu schaffen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäck.

Abgeordneter Schäck (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wissen, sind wir nicht dafür zu haben, den Autofahrern das Autofahren so lange zu verderben, bis aber auch wirklich der letzte aus lauter Frust sein Auto stehen lässt. Wir sind aber sehr dafür zu haben, den ÖPNV so attraktiv zu machen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihn gern nutzen und mehr Menschen als heute auch freiwillig ihr Auto stehen lassen.

Wir haben hier beim letzten Mal darüber gesprochen, dass wir den ÖPNV teilweise kostenlos machen wollen, um ihn attraktiver zu machen. Das haben wir damals abgelehnt. Wir sind zwar sehr dafür, den ÖPNV attraktiver zu machen, allerdings zeigen ja auch die Erfahrungen aus anderen Städten, dass die Attraktivität eines ÖPNV gerade im Hinblick auf die Frage, ob Autofahrer dafür dann auch ihr Auto stehen lassen, gerade nicht über ein kostenloses Angebot funktioniert, sondern über ein attraktives Angebot, das heißt, Sauberkeit, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Taktung, ein dichtes Haltestellennetz, überhaupt ein Straßenbahnnetz, das einen Plan dahinter erkennen lässt und so weiter.

Es ist interessant zu sehen, dass Sie oben im Antragstext von der Querspange Ost und dem Ausbau der Linien 1 und 8 sprechen, Vorhaben, die wir teilweise für nicht sinnvoll halten, wie Sie wissen. Unter den Beschlusspunkten unten kommen die Themen Querspange Ost und der Ausbau der Linien 1 und 8 nicht mehr explizit vor. Sie sprechen dort von den im Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplans enthaltenen Straßenbahnausbaumaßnahmen. Das ist relativ clever, zumal das, glaube ich, auch in Ihren eigenen Reihen teilweise etwas kontrovers diskutiert worden ist. Da es sich aber nach unserer Wahrnehmung vorerst lediglich um eine Machbarkeitsstudie handelt und für uns die Vorteile eines Ausbaus des ÖPNV grundsätzlich deutlich überwiegen – und so viel nehme ich schon einmal vorweg –, werden wir Ihrem Antrag an dieser Stelle zustimmen.

Es ist allerdings sehr schade, und das sage ich auch an dieser Stelle deutlich, dass Sie leider nur die Straßenbahnen betrachten. So gern ich selbst auch Straßenbahn fahre, wissen Sie ja selbst wahrscheinlich genauso gut wie ich, dass es deutlich teurer ist, eine Person mit der Straßenbahn von A

nach B zu transportieren als mit einem Bus, dass Schienen die Innenstadt oft zerschneiden und laut sind, dass Straßenbahnen oft nicht einfach so umgelenkt werden können und dadurch deutlich unflexibler sind und insbesondere bei Reparaturen am Schienennetz oft monatelange Sperrungen und Bauarbeiten notwendig sind. Darüber hinaus sind Straßenbahnen nicht nur teuer, sondern immer auch ein hohes finanzielles Risiko, was Sie insbesondere in Zeiten der sehr, sehr knappen Kassen berücksichtigen sollten.

Auch, wenn wir uns an dieser Stelle gewünscht hätten, dass wir hier nicht nur über Straßenbahnen sprechen, sondern auch über Busse als die deutlich flexiblere Alternative, und auch das Thema Ergänzungen durch private Anbieter, was uns von der FDP immer sehr wichtig ist, von Ihnen aber leider komplett ignoriert worden ist, werden wir Ihren Antrag unterstützen, allein schon deswegen, weil Sie zumindest in diesem Punkt auf Straßenbahnen bezogen nun endlich auch das umsetzen, was wir schon lange fordern: dass der ÖPNV ausgebaut und attraktiv wird. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abgeordneter Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht heute weiter mit den Überraschungen. Also, dass die FDP den Ausbau der Straßenbahnen schon seit Jahren fordert, das ist jetzt eine Neuheit, aber ich freue mich, dass Sie dabei sind!

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Schäck bringt neuen Wind hinein, ist doch gut!)

Das kann natürlich sein, stimmt! Ich habe damals andere Diskussionen erlebt, aber okay, ich finde es trotzdem gut.

Wir werden – das sage ich auch vorweg – diesen Antrag mittragen, wir werden ihn unterstützen. Allein die Überschrift gefällt mir schon, den Ausbau zu beschleunigen, das finde ich toll. Jetzt könnte ich ja böse sagen, wieso beschleunigen, das setzt ja voraus, dass man schon in Bewegung war, aber es ist ein guter Ansatz!

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Auch aus der Ruhelage kann man beschleunigen! – Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wir werden als CDU-Fraktion auch die Diskussion auf Bundesebene begleiten, gerade im Hinblick auf das Zusammenlegen von Projekten, das finde ich auch ganz wichtig, auch dass wir da eine Finanzierung hinbekommen, aber eines müssen wir dann hier – lieber Ralph Saxe, Sie haben von einem Schwur gesprochen – vor Ort auch gemeinsam durchhalten, ich glaube, das ist eigentlich bei der Diskussion über den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs immer das Problem der letzten Jahre gewesen: Wir haben hier gesagt, das ist wichtig, das ist ökonomisch wichtig, das ist ökologisch wichtig, aber dann ist vor Ort, wenn die Bürgerinitiative XY kam, der eine oder andere doch manchmal ganz schnell zusammengebrochen oder eingeknickt. Davon nehme ich hier niemanden aus, das war in Huchting nicht anders als im Osten mit der Diskussion über die Querspange Ost.

Ich sehe es nämlich schon anhand des Beispiels, der Kollege von der LINKEN hat es ja so ein bisschen genannt: Wir müssen eben ausbauen und planen, aber gleichzeitig die Menschen auch mitnehmen. Das ist manchmal auch ein Widerspruch in sich, einerseits darf man ihnen nicht etwas aufdrücken, aber andererseits sind die Diskussionen manchmal schwierig.

Dann nehme ich einmal das Beispiel Oslebshausen, das steht ja nicht im Text, sondern nur wieder Osterholz: Ich bin sehr enttäuscht darüber, weil die Linien 10 und 2 auch in Richtung Oslebshausen fahren, und es ist nicht nur für Oslebshausen wichtig, eine durchgehende Straßenbahn zu haben, sondern auch für ein mögliches Park-and-ride-System für Ritterhude und die niedersächsischen Einpendler. Ich nehme das aber einmal als Beispiel, da wird es dann nämlich die erste Feuerprobe geben, denn kurioserweise – der Beirat Gröpelingen hat ja auch schon Beschlüsse gefasst – waren es die Grünen, die dem Straßenbahnausbau sehr skeptisch gegenüberstehen. Ich sage auch voraus – ich kenne mich da ein bisschen aus –, wir werden mit den Anwohnern in der Heerstraße massive Auseinandersetzungen haben, weil sie den Wegfall ihrer heiß geliebten Parkplätze bemängeln werden. Das ist einfach so, damit müssen wir umgehen.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Macht den Radweg weg!)

Nein, da ist keiner! Ich will das nur sagen, denn entscheidend ist nicht nur, was wir hier konzeptionell einbringen, was wir hier machen, sondern ob wir dann gemeinsam auch die Kraft und die Muße

haben, es umzusetzen, denn nur so kann es gelingen. Ich kann für die CDU-Bürgerschaftsfraktion versprechen, wir sind dabei, weil wir es für einen ungemein wichtigen Schritt halten, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, und deswegen werden wir das unterstützen. Ich will dann aber nicht, dass ich irgendwann sage, ich habe das damals gesagt, und jetzt schlagen Sie sich in die Büsche, das ist der wichtige Schwur für die nächsten Jahre! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag rennt in der Tat offene Türen bei uns ein. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes ist uns gemeinsam ein zentrales Anliegen. Ich möchte, damit zumindest ich gleich noch mit der Straßenbahn fahren kann, ganz kurz zu den einzelnen fünf Punkten noch einmal Stellung nehmen.

Punkt eins: Für das Thema Straßenbahn in die Überseestadt wird gerade eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Dazu wird ein Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger, Ortschaften und Öffentlichkeit durchgeführt werden, um Transparenz und Verständnis zu schaffen. Das ist das, was Heiko Strohmann gerade gesagt hat, man muss auch vor Ort für die Akzeptanz sorgen und dann auch gemeinsam vor Ort dann dafür werben, wenn man den Straßenbahnausbau möchte. Deswegen ist es auch richtig, so ein Beteiligungsverfahren mit Bürgerinnen und Bürgern und der Ortschaften durchzuführen. Das bedeutet auch, dass es manchmal in der Erstellung etwas länger dauert als eine Bearbeitung im stillen Kämmerlein, aber ich finde, das ist gut angelegte Zeit. Man muss auch sagen, dass der Personalaufwand zur Projektbegleitung dann etwas höher ist. Die öffentliche Beteiligung dient damit aber bereits auch zur Vorbereitung des erforderlichen Planfeststellungsbeschlusses. Bei der Maßnahme Umsteigeanlage Gröpelingen haben wir damit im Übrigen gute Erfahrungen gemacht. Deswegen lohnt es sich.

Punkt zwei: Eine Prioritätenreihung der Maßnahmen auf Grundlage der Machbarkeitsstudien ist zielführend, da auch bei einer Förderung durch Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Bundes eine Kofinanzierung durch den bremischen Haushalt erforderlich wird. Hier dient

eine Staffelung einer eher gleichmäßigen Verteilung über mehrere Jahre im Haushalt, nebenbei bemerkt würden gleichzeitige Umsetzungen auch in der Bauabwicklung und in den Auswirkungen auf das Straßennetz und den Verkehr kritisch sein.

Punkt drei: Die Bündelung der Maßnahmen ist absolut sinnvoll, um eine Förderung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz möglich zu machen. Hierzu ist nach aktueller Gesetzeslage eine Mindestförderhöhe von 50 Millionen Euro zu erreichen. Diese Bündelung – das wissen Sie alle – ist bereits gängige Praxis, die Straßenbahnmaßnahmen aus dem Basisszenario des Verkehrsentwicklungsplans, wie die Linie 1 zum Bahnhof Mahndorf, die Linie 1 nach Huchting, die Querverbindung Ost, die Linie 8 von Huchting über Stuhr nach Weyhe, sind seinerzeit ebenfalls zu einem Förderpaket geschnürt worden. Das wollen wir für die weiteren Straßenbahnmaßnahmen genauso handhaben, falls dies für die Projekte zielführend ist.

Punkt vier: Auf Basis des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes werden kommunale Großprojekte wie der Straßenbahnausbau durch den Bund gefördert. Zur Erreichung der Klimaziele – und davon gehen wir zurzeit aus – wird vom Bund die Novellierung dieses Gesetzes vorbereitet.

Ich möchte jetzt einmal positiv erwähnen, zusammen mit meinen Länderkolleginnen und -kollegen aus den anderen Verkehrsministerien habe ich mich im Oktober auf der Verkehrsministerkonferenz dafür eingesetzt, dass nicht nur das Gesamtfördervolumen – das waren bisher 333 Millionen Euro pro Jahr – in mehreren Schritten angehoben wird, nämlich insgesamt auf zwei Milliarden Euro bis 2025, sondern dass auch für Straßenbahnprojekte die anteilige Projektförderung von derzeit 60 Prozent auf 75 Prozent angehoben wird – das hat zumindest Bundesverkehrsminister Scheuer auch noch einmal bestätigt – und die Mindestfördersumme von 50 auf 30 Millionen Euro reduziert wird. Das wird uns ungemein helfen, nicht nur, dass mehr gefördert wird, sondern dass eben die Mindestfördersumme auch noch einmal reduziert wird, die eine Stadt oder eine Kommune dann aufbringen muss.

Diese und weitere Forderungen der Länder sind auch im Gesetzesentwurf aufgenommen worden, der am letzten Mittwoch, also am 4. Dezember, im Verkehrsausschuss des Bundesrates beraten wurde. Ich denke, meine Damen und Herren, mit diesem Ergebnis können wir sehr zufrieden sein,

denn wir haben erreicht, dass das neue Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz Anfang nächsten Jahres rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft tritt und die Rahmenbedingungen für die Förderung der geplanten Straßenbahnprojekte hier in Bremen sich damit deutlich verbessern.

Im letzten Punkt des Antrags bitten Sie darum, die Deputation nach drei Monaten zu informieren und kontinuierlich über das Thema zu berichten. Das werden wir natürlich sehr gern tun. Die kontinuierliche Berichterstattung in der Deputation ist auch in den letzten Jahren schon immer erfolgt, und das werden wir natürlich auch gern fortsetzen.

Ich möchte trotzdem einmal den Appell loswerden: Wir wollen den Straßenbahnausbau, Sie haben sich alle hier dafür ausgesprochen, aber man muss wissen, dass der personelle Aufwand für die Durchführung von Straßenbahnprojekten inklusive der Machbarkeitsstudien und Beteiligungsverfahren erheblich ist. Das muss man dann auch gemeinsam schaffen. Ich freue mich über die Unterstützung durch die Bürgerschaft und eben auch über die Unterstützung, die dieser Antrag zum Ausdruck bringt. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/98 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch drei Tagesordnungspunkte ohne Debatte, und dann haben wir eine Punktlandung.

**Ortsgesetz zur Aufhebung des Ortsgesetzes über den Eigenbetrieb Musikschule Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen sowie zum Erlass des Ortsgesetzes über die Musikschule Bremen der Stadtgemeinde Bremen, über die Teilnahme am Unterricht und die Erhebung von Unterrichtsgebühren
Mitteilung des Senats vom 26. November 2019
(Drucksache [20/87 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M. R. F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Vorkaufsortsgesetz „Könecke – Coca-Cola, Hemelingen“
Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2019
(Drucksache [20/94 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Ich bitte um die Gegenprobe.

**168. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans 2517 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Hemelinger Bahnhofstraße, Zum Sebaldsbrücker Bahnhof, Hastedter Heerstraße, Bahnstrecke Bremen – Bassum und Brauerstraße
Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019
(Drucksache [20/102 S](#))**

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Ich bedanke mich recht herzlich bei Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Die Beratung ist eröffnet.

Ich schließe die Sitzung.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Schluss der Sitzung 18:55 Uhr)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 10. Dezember 2019

Anfrage 10: Wie vernetzt und digital sind Bremens Bauämter?

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Vernetzung zwischen den Bremer Bauämtern und involvierten städtischen Behörden, unter anderem Naturschutzbehörde, Bodenschutzbehörde, Polizei Bremen, bei Bauanträgen?

Zweitens: Warum übermitteln städtische Behörden für das Baugenehmigungsverfahren relevante Unterlagen, zum Beispiel Baumbestandsbescheinigungen, nach Antragstellung nicht direkt an das zuständige Bauamt?

Drittens: Inwiefern hält der Senat die Einführung einer elektronischen Bauakte für sinnvoll?

Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Im Baugenehmigungsverfahren werden alle betroffenen Behörden beteiligt, in der Regel in Papierform. In den Fällen, bei denen eine Bauvorlage digital vorliegt, wird diese auch per E-Mail weiter übermittelt. Die Stellungnahme erreicht die Baubehörde in diesen Fällen auch per E-Mail. Die eventuell im Nachgang zur Stellungnahme notwendige Abstimmung wird überwiegend per E-Mail vorgenommen, um das Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Zu Frage zwei: Bei der Übermittlung von Unterlagen ist zwischen notwendigen Bauvorlagen für die Antragstellung und der Behördenbeteiligung im Laufe des Baugenehmigungsverfahrens zu unterscheiden.

Die betroffenen Behörden erhalten im Genehmigungsverfahren vom zuständigen Bauamt die relevanten Unterlagen und senden ihre Stellungnahme dorthin zurück.

Die Darstellung des geschützten Baumbestandes ist Bestandteil der mit dem Bauantrag einzureichenden Bauvorlagen. Zur Verbesserung des

Baumschutzes wurde die Baumbestandsbescheinigung als behördliche Bestätigung eingeführt. Sie nimmt somit bei den Bauvorlagen eine Sonderstellung ein. Sie ist mit dem Antrag einzureichen, um auch bei den genehmigungsfreigestellten Vorhaben ohne Behördenbeteiligung dem Baumschutz Rechnung zu tragen.

Zu Frage drei: Vor dem Hintergrund der rechtlichen Verpflichtung aus dem Onlinezugangsgesetz und der IT-Strategie der FHB wird die Einführung eines digitalen Baugenehmigungsverfahrens als notwendiger Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Verwaltung betrachtet. Im Rahmen des Projektes zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes wurde mit Kammern und Unternehmensverbänden die prioritär in Bremen zu digitalisierenden Verwaltungsleistungen identifiziert. Hierbei wurde der Digitalisierung der Baugenehmigung hohe Relevanz beigemessen, da sie branchen-übergreifend benötigt wird und auch sehr hohe Fallzahlen aufweist. Der Senat teilt diese Auffassung.

Die Digitalisierung bestehender Bauakten wurde im Jahr 2014 begonnen und ist zu etwa 60 Prozent abgeschlossen.

Anfrage 11: Schulwechsel von kindlichen Opfern aufgrund von Körperverletzungsdelikten an Huchtinger Grundschulen im Jahr 2018

Ich frage den Senat:

Erstens: Wie viele Grundschulkinder wurden im Jahr 2018 Opfer von Straftaten an Grundschulen im Stadtteil Huchting, und wie viele dieser Kinder wurden auf Verlangen ihrer Erziehungsberechtigten in Grundschulen anderer Bremer Stadtteile umgeschult oder untergebracht?

Zweitens: Können Eltern von betroffenen Kindern die zum Teil durch eine notwendige Umschulung entstehenden Fahrtkosten bei der Senatorin für Kinder und Bildung beantragen?

Drittens: Wie wird mit den kindlichen Tätern mittels der schulischen Ordnungsmaßnahmen verfahren, und werden alle kindlichen Täter der Jugendbehörde gemeldet?

Beck (AfD)

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Für das Jahr 2018 liegen ebenso wie für 2019 keine Meldungen über besondere Vorkommnisse dieser Art von den Grundschulen im Stadtteil Huchting vor. In zwei Fällen wechselten im Jahr 2018 Kinder auf das Betreiben ihrer Eltern an andere Grundschulen, jeweils außerhalb des Stadtteils. Dem vorangegangen waren Konflikte an den bisherigen Schulen, in einem dieser Fälle wurde der Vorwurf erhoben, es sei zu einer Tötlichkeit seitens eines Mitschülers gekommen.

Schulwechsel in der Grundschulzeit, die nicht durch einen Umzug begründet sind, sind nur in besonderen und begründeten Ausnahmefällen vorgesehen. Anträge auf Schulwechsel werden immer mit einem Beratungs- und Klärungsgespräch verbunden. Über die Anträge entscheidet die Schule.

Zu Frage zwei: Fahrtkosten ab einer bestimmten Entfernung zwischen Wohnort und Schule können auf Antrag bei der Senatorin für Kinder und Bildung übernommen werden. Voraussetzung für die Erstattung von tatsächlich erforderlichen Ausgaben für die Schülerbeförderung ist die Vorlage eines Bremen-Passes.

Zu Frage drei: Fehlverhalten von Schülerinnen und Schülern wird auf schulischer Ebene mit den Ordnungsmaßnahmen begegnet, die in den Paragraphen 46 und 47 des Bremischen Schulgesetzes festgelegt sind, beispielsweise mit pädagogischen Maßnahmen, die geeignet sind, die Schülerin oder den Schüler das eigene Fehlverhalten erkennen zu lassen. Als solche kommt der Ausschluss von der Teilnahme am Unterricht bis zu einer Woche, der Ausschluss von Klassen- oder Schulveranstaltungen oder die Erteilung eines schriftlichen Verweises in Betracht. In besonderen Fällen kann eine Meldung an das Amt für Soziale Dienste erfolgen.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 7. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
6.	Bebauungsplan 2484 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Breitenweg, Friedrich-Rauers-Straße, Eisenbahnlinie Bremen-Oldenburg und Bürgermeister-Smidt-Straße (Bearbeitungsstand: 19.08.2019) Mitteilung des Senats vom 26.11.2019 (Drucksache 20/88 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2484
10.	Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 3 vom 29. November 2019 Bericht des städtischen Petitionsausschusses vom 03.12.2019 (Drucksache 20/93 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie empfohlen.
12.	Flächennutzungsplan Bremen 9. Änderung Bremen – Horn-Lehe (Feuerwache 7) (Bearbeitungsstand: 27.03.2019) Mitteilung des Senats vom 03.12.2019 (Drucksache 20/95 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen.
13.	Bebauungsplan 2512 für ein Gebiet in Bremen Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Am Stadtwaldsee und Kuhgrabenweg (Teilbereich A) sowie für ein Gebiet in Bremen – Walle zwischen Christrosenweg, Fleetstraße, Rosenweg und Waller Straße (Teilbereich B - Ausgleichsfläche) Mitteilung des Senats vom 03.12.2019 (Drucksache 20/96 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2512.

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft